freiraum

NR. 22

3 DM

KNAST-IWF-GENTECH-KURDEN-IN-RAF-R2-PALÄSTINA

FREIRAUM

ANARCHISTISCHE ZEITUNG

Sommer 88, Nr. 22

Herausgeber und V.i.S.d.P.:

Konrad Frank, Kurze Gasse 10, 7800 Ulm

Sämtliche Artikel geben nur in Ausnahmefällen die Meinung des Herausgebers wieder.

Eigendruck im Selbstverlag

Anschrift:
Postlagerkarte Nr. 073396 A, 8000 München 34

Gefangene und Insassen von Anstalten, sowie weitere mögliche Bedürftige erhalten Freiabos.

Von verschiedenen alten Exemplaren können zum Schleuderpreis von 1.- DM folgende Ausgaben angefordert werden: 5,6,7,8,10,13,15,16,18,19,20,21

Von folgenden Exemplaren existieren nur noch Wenige bzw. nur noch Fotokopien, sie kosten deshalb 3,- DM: 0,1,2,3,4,9,11,12,17

Lieferung nur gegen Vorkasse!

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis die dem Gefangenen oder Insassen persönlich ausgehändigt wurde. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitung nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Bezugsbedingungen:

Abonnement:
6 Nummern kosten 20,- DM, nur gegen Vorkasse!!!

Wiederverkäufer: 2,30 pro Stück; auf Rechnung, mit Rückgaberecht. Die Rechnung ist innerhalb von 2 Monaten zu bezahlen, sonst erfolgt Löschung aus der Kartei und bei schweren Fällen direkte Aktion.

Zum Letzen Mal

Liebe Leute, ihr haltet hier vielleicht die letzte Ausgabe des Freiraum in Händen. Weiter hinten findet ihr einen Artikel, in dem die Gründe dafür näher gebracht werden. Die Redaktion stimmt vielleicht nicht mit der Wortwahl, sicher aber inhaltlich mit diesem Artikel überein. D.h., wenn von euch nicht mehr Unterstützung kommt, sowohl in Form von Artikeln, Vertrieb und Kohle, dann haben wir keine Lust mehr, noch weiter zu machen. Verarschen können wir uns schließlich auch allein.

Die in der Nummer 21 angekündigte Patriarchatssondernummer entfällt leider. Gründe: Euer geringes Interesse, vor allem aber die Weigerung der meisten Frauen, ihre Texte zusammen mit Artikeln von Männern zu diesem Thema erscheinen zu lassen. Eine Nummer nur mit Texten von Männern wollten wir auch nicht machen. Tut uns leid, das hätten wir vor der Ankündigung abklären sollen.

Wut und Haß

VOLL EINS IN DIE FRESSE!

Warum? Weil ich kein Bock mehr habe, weil mir alles auf'n Arsch geht!

Etwas konkreter: Da gibt's also die FREIRAUM-Redaktion, die sich echt tierisch reinhängt und verdammt viel riskiert, um euch die Möglichkeit zur offenen Diskussion, zum Info-Austausch zu geben und autonome Inhalte unter's Volk zu bringen. Und was kommt von EUCH? NIX!!! Ab und zu, nachdem ihr erst ewig motzt von wegen drei Märker und so (alle 2-3 Monate!!), wird er vielleicht mal gekauft. Dann wird meist erst mal rumgenörgelt, was "die" da wieder produziert haben, viel schlaue Kritik und überhebliche Besserwisserei. Im übrigen is' er ja sowieso 'n Teil, wo ein paar Leute ihren Kram loswerden müssen.

N' ARSCH AB, ODER WAS???

Die Zeitung sieht genau so aus, wie ihr es bestimmt. Die Redaktion hat rein technische Aufgaben, d.h. sie stellt eure Artikel zu einer Zeitung zusammen. Warum? Weil wir sowas für verdammt wichtig halten und weil es sowas kaum noch gibt. Anschelnend seid ihr aber zu blöd, zu faul oder folge, um irgendwas in der Richtung auf die Reihe zu kriegen. Ich hab's satt, ständig den Leuten die Füße küssen zu müssen, bis mal 'n paar Zeilen kommen. Dann eben nicht!

Dann die Kohle und der Verkauf:

Verdammt unsolidarisch, wenn ihr nicht mal die paar Märker abdrücken könnt und wenn sowas wie Verkauf von eurer Seite überhaupt nicht läuft. Auch andere Zeitungen (z.B. Aktion) bringen teilweise nicht mal mehr unsere Anzeigen, von Verkauf ganz zu schweigen (obwohl wir für den Aktion-Vertrieb in Bayern sorgen!).

Echt liebe, flammende Grüße nach Hamburg und Berlin! Die schaffen's nämlich, die Zeitung massenhaft zu verkaufen, die Kohle rüberwachsen zu lassen und Artikel zu schreiben!

Ich bitte euch jetzt nicht mehr, ich stelle ganz einfach ein Ultimatum: Wenn sich da bis zur nächsten Ausgabe nix ändert, sehe ich nicht ein, warum ich noch weitermachen soll. Und irgendwann gibt's halt dann kein' FREIRAUM mehr.

Die Bullen brauchen uns nicht mehr plattzumachen - wir erledigen das für sie.

Autonome wollt ihr sein? Wir werden's Ja sehen.

Ein Redaktionsmitglied

P.S.: Speziell angepißt sollen sich hier auch andere bayrische Städte wie Erlangen, Nürnberg oder Wackersdorf fühlen!

Heringe piepsen wie Mäuse

Erklärung von "Genarchiv und vielen Frauen"

Die Beantwortung der Frage, warum die Kriminalisierungsaktion jetzt,und warum sie die radikalen GegnerInnen der Gen- und Reproduktionstechnologie trifft,liegt in der Schärfe des gesellschaftlichen Konflikts um diese Technologieentwicklung.
Mit ein paar grundsätzlichen Bemerkungen, von welchem Standpunkt aus wir - das Genarchiv und viele Frauen- unsere Kritik formulieren und praktischen machen, sowie der SChilderung, auf welchen Ebenen und mit welcher Zielsetzung die Betreiber an der durchsetzung der Technologie arbeiten, möchten wir diesen Konflikt darstellen.
Unsere radikale Ablehnung meint:

I. Die einzigen Probleme, die mit Hilfe der Gen- und Reproduktionstechnologie gelöst werden, sind die Profitprobleme der Chemie und Pharmaindustrie und die Karriere-Probleme der Mediziner und Molekularbiologen.
Gentechnologie ist eine der wichtigsten Wachstumsbranchen der 90 er Jahre und wird nach Meinung der Betreiber die Grundlage für eine weitere Industrielle Revolution abgeben. Die Propagandastrategie der Befürworter, daß Umwelt-und Ernährungprobleme gelöst werden könnten, daß neue Heilungschancen in der Medizin entstünden, ist eine Propagandalüge.
Diese Probleme sind niemals technisch, sondern nur politisch zu lösen.

II. Die Aussonderungspolitik des STaates gegen"unproduktive und unangepaßte "Menschen gewinnt in der Zusammenarbeit mit Humangenetikern, Gynäkologen, Reproduktionstechnologen und Grundlagenforschern aller beteiligten Disziplinen eine neue Qualität.
Die Definitionsgewalt dieser Herren und Damen, d.h. die Definition dessen, was Leben und Tod, dessen was "lebenswert" und "unwert" ist, hat eine gar nicht zu unterschätzende sozialpolitische und gesellschaftsplanerische Dimension.
Mit dieser Definition und dem entsprechenden technischen Instrumentarium leisten Medizin und Biologie dem STaat SChützenhilfe bei der Bewältigung der sog. "sozialen Krise" :
- die Ausmerze medizinisch als "unwert" definierter Menschen in der pränatalen Diagnostik und humangenetischen Beratung
- die Versuche Chemieresistenz genetisch zu lokalisieren und entsprechende Menschen zu züchten oder die Arbeitsplatzvergabe daran zu koppeln
- die Definition von Krankheit und pschischer Krisensituation als genetisch bedingt,

werden bzw. finden heute schon Eingang in die Kostendämpfungsprogramme im Gesundheits-u. Sozialwesen.

III. Forderungen nach gesellschaftlicher bzw staatlicher Kontrolle und die Versuche, positiv nutzbare Anwendungsbereiche zu benennen,sind unserer Meinung nach gerade ein Beitrag zur Akzeptanzförderung.
Mal abgesehen davon, daß die als"negativ" definierten und zu "kontrollierenden"Asuwirkungen gerade die Zielsetzung getechnologischer Forschung und Praxis sind, hat diese Kategorie von TÄtern eh nicht mit strafrechtlichen Konsequenzen zu rechnen.
DRittens wird dadurch der Illusion Vorschub geleistet,daß eine KOntrolle von Forschung möglich wäre, statt diese Illusion zu zerstören.
Unser FAZIT: Wir brauchen diese Technologie nicht und wir werden diese Entwicklung in allen Bereichen bekämpfen.
Die Positionen und Taten der Gegenseite werde ich an zwei Beispielen, die sich auf die Anwendung der Gentechnologie beim Menschen beziehen, darstellen.

1986 konnte Frau Helga Kuhse von der Monash-Univerität in Australien folgende POsition zum moralischen Status des Embryos auf dem Humangenetikerkongreß in Berlin vertreten:(die Zitate stammen aus dem e.coli-bri Nr.1, eine Zeitung an der Ulla handwerklich und inhaltlich mitgearbeitet hat)

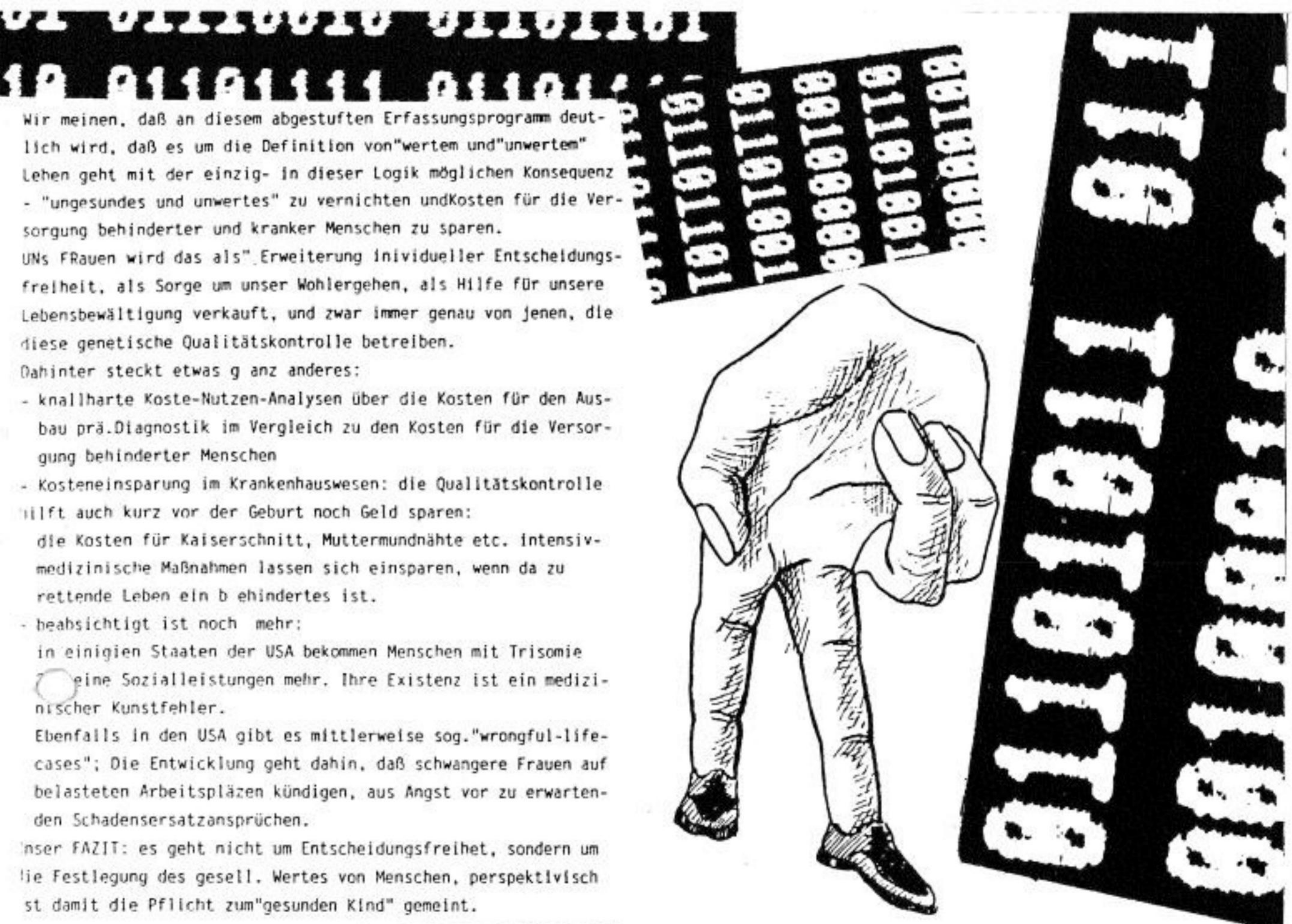
- " Solange der Embryo keine Nerven und kein Hirn entwickelt hat, also weder Schmerzen noch Angst oder Freude empfinden kann, ist er für medizinische Experimente gegenüber Labortieren... das vom moralischen STandpunkt bessere Objekt. Die Herstellung von Embryonen exklusiv für Forschungszwecke ist aus diesen Gründen ohne Einschränkung zulässig.
- Ältere Embryonen/Feten mit Hirn und Nerven sind- biologisch gesehen - zwar Mitglieder der Art"Homo-sapiens",aber keine durch das gesellschaftliche Tötungsverbot geschützte Personen.
- Personalität und Selbst-Bewußtsein entwickeln sich erst im ersten Lebensjahr, bei behinderten Kindern nur rudmentär oder gar nicht. Infantizid(Kindestötung) und insbesondere die Tötung behinderter Kinder(durch Nahrungs-/Therapieentzug oder Medikamente) ist daher zulässig.
- Die Entscheidungen sind im wesentlichen von Medizinern zu tragen und mit Ethik-Kommissionen abzustimmen."

Frau Kuhse meint," es gilt, den auf überholter religiöser Grundlage errichteten Begriff der UNverletzlichkeit des Lebens abzulösen durch eine rationale Ethik, die dem wissenschaftlichen und kulturellen Erfordernissen der modernen Zeit angemessen ist.Im Rahmen dieser Ethik ist es möglich und notwendig, lebenswertes und lebensunwertes Leben zu unterscheiden und das lebensunwerte zu vernichten".
Verbal wird diese Position gelegentlich- aber auch nur sehr leise- in den Reihen der Humangenetiker kritisiert.
Doch die Praxiy des Zugriffs auf den Frauenkörper in der pränatalen Diagnostik, und die z.B. öffentlich diskutierte Möglichkeit der Verwertung menschlicher Embryonen in der Transplantationsmedizin fallen nicht hinter dieo.g. Bewertung menschlichen Lebens zurück, sondern setzen sie in die Praxis um:

1. Schwangerschaftsvorsorge:
Als Programm umfaßt die Vorsorge verschiedene Ebenen, wobei die sog."Stufe I" die "normale" Ultraschalluntersuchung beim niedergelasssenen Arzt bedeutet.Sie wird von den Gynäkologen als "Durchsiebung aller SChwangeren" zur ERfassung von Störungen und Abweichungen bezeichnet.
Bei Zweifel an der Normalität des Kindes werden die Frauen in "Nußknackerzentren"- auch eine Wortschöpfung der Mediziner- das sind geburtshilfliche Zentren- verfrachtet. Dort erfolgen in Zusammenarbeit mit humangenetischen Forschungszentren weitere- technisch ausgefeiltere Ultraschalluntersuchungen- als Stufe II und III bezeichnet.
Ist frau einmal dort gelandet, so schließen sich weitere med. Maßnahmen wie Fruchtwasseruntersuchungen u.a.m. an.

01100101 01101001

01110010



Wir meinen, daß an diesem abgestuften Erfassungsprogramm deutlich wird, daß es um die Definition von"wertem und"unwertem" Lehen geht mit der einzig- in dieser Logik möglichen Konsequenz - "ungesundes und unwertes" zu vernichten undKosten für die Versorgung behinderter und kranker Menschen zu sparen.

UNs FRauen wird das als" Erweiterung inividueller Entscheidungsfreiheit, als Sorge um unser Wohlergehen, als Hilfe für unsere Lebensbewältigung verkauft, und zwar immer genau von jenen, die diese genetische Qualitätskontrolle betreiben.

Dahinter steckt etwas g anz anderes:

- knallharte Koste-Nutzen-Analysen über die Kosten für den Ausbau prä.Diagnostik im Vergleich zu den Kosten für die Versorgung behinderter Menschen
- Kosteneinsparung im Krankenhauswesen: die Qualitätskontrolle ilft auch kurz vor der Geburt noch Geld sparen:
  die Kosten für Kaiserschnitt, Muttermundnähte etc. intensivmedizinische Maßnahmen lassen sich einsparen, wenn da zu rettende Leben ein b ehindertes ist.
- beabsichtigt ist noch mehr:
  in einigien Staaten der USA bekommen Menschen mit Trisomie eine Sozialleistungen mehr. Ihre Existenz ist ein medizinischer Kunstfehler.
  Ebenfalls in den USA gibt es mittlerweise sog."wrongful-life-cases"; Die Entwicklung geht dahin, daß schwangere Frauen auf belasteten Arbeitspläzen kündigen, aus Angst vor zu erwartenden Schadensersatzansprüchen.

nser FAZIT: es geht nicht um Entscheidungsfreihet, sondern um ie Festlegung des gesell. Wertes von Menschen, perspektivisch st damit die Pflicht zum"gesunden Kind" gemeint.

. Der Zugriff der Medizin auf den Embryo bietet noch weitere, ungeahnte Verwertungsmöglichkeiten:
Herr Beller aus Münster erregte im letzten Jahr mit der Transplantation von fötalen Organen Aufsehen. Seit 1984 hat er 3x Nieren von anenzephalen(großhirnlosen) Kindern verpflanzt, die er nach Kaiserschnitt im 8.Monat bis zur Transplantation künstlich am Leben erhielt.
Er legitimiert seine Experimente über die Neudefination von Leben und Tod. Anenzephale Kinder werden mit einem Hirntoten gleichgesetzt- für klinisch tot erklärt. DAmit steht der Verwertung von Embryonen als Ersatzteillager nichts mehr im Weg.

Die Verwertung von Embryonen als Organspender ist angepaßt an die Erfordernisse der Transplantationsmedizin, die in den nächsten Jahre enorme Profite verzeichnen will.
Schon im letzten Jahr sind Steigerungsraten von 27% verzeichnet worden - gleichzeitg werden schon die Engpässe an verfügbaren Organen prognostiziert.

Wir interpretieren diese STeigerungsraten und den steigenden Bedarf an Organen nicht als"tatsächlichen " Bedarf, sondern als"Schaffung von Bedarf" dem ökonomische Interessen und Forschungsinteressen zugrunde liegen.
Mit dem Ausbau dieser ERsatzteilbranche werden medizinische WEge zur Rettung von Organen und die Veränderung von Lebens- und Arbeitsbedingungen, die zu lebensbedrohlichen Organschädigungen führen, entgültig ad acta gelegt.

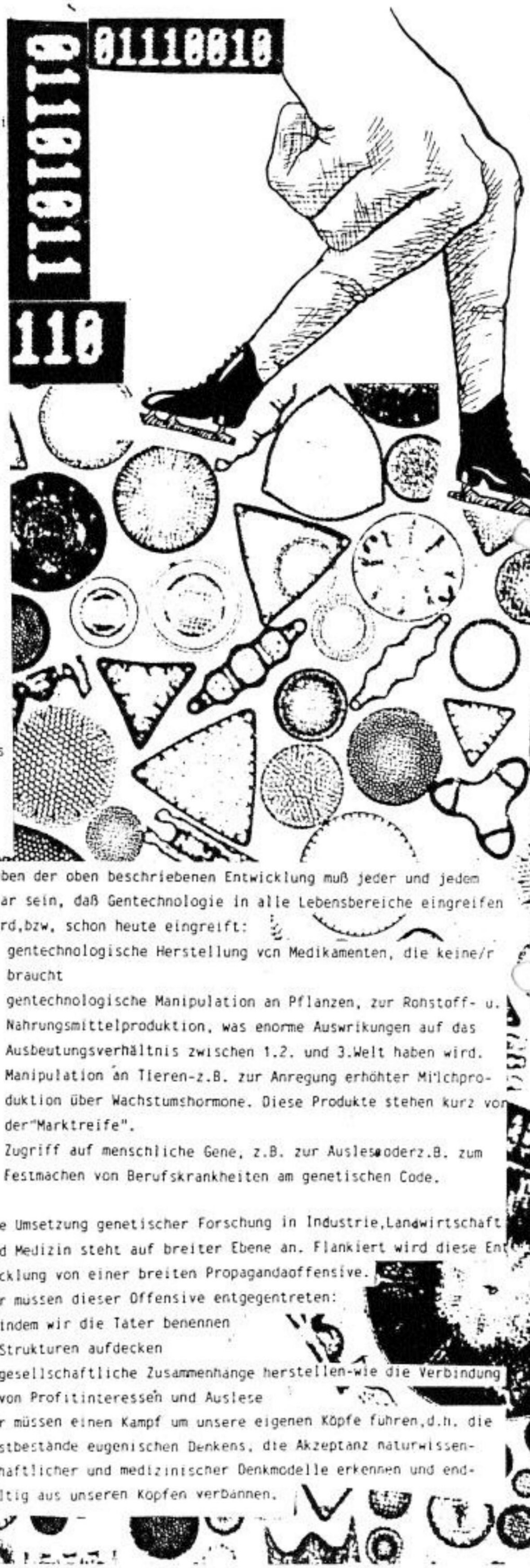
Wir müssen nicht"nur" die Verwertung von Embrynnen hinterfragen, sondern auch die medizinische INfrastruktur, die diese Entwicklung produziert und vorantreibt.

Der Ausbau der Transplantationsmedizin bedeutet nicht Heilung, sondern:

- Menschenversuche mit Neugeborenen und Kleinkindern:
  ein Beispiel ist die Pavianherzverpflanzung an einem Neugeborenen, ein anderes - die Berichte häufen sich- ist die im Nov. 87 durchgeführte Transplantation von gleich 5 Organen bei einem dreijährigen Kind.
  Die mit diesen Menschenversuchen gewonnenen medizinischen Erkenntnisse und ERfahrungen sind notwenige Voraussetzungen für die Ausweitung der Transplantationsmedizin und insbesondere für die Ausweitung auf die Benutzung fötaler Organe

Transplantationsmedizin bedeutet auch Asuweitung des Organhandels in der 3.Welt:
Anfang 87 berichtete die TAZ über GEschafte mit honduranischen Kindern.Behinderte Kinder wurden"scheinadoptiert", in sog. "Mastheime" transportiert, wo sie ihrer Bestimmung als Organspender für Kinder aus den USA entgegen sehen müßten.

- der Asubau dieser Branche bedeutet einen erhohten Bedarf an fotalen Organen, und d,h, die Ausweitung der Definition, welche Embryonen als Organspender vernutzt werden dürfen.
- perspektivisch sit auch die Züchtung von Embryonen für die Organtransplantation mitzudenken. Das wurde bereits 1962 auf dem Ciba-Symposium, wo die Perspektiven der Gentechnologie diskutiert wurden,in ERwägung gezogen.
- diese Entwicklung bedeutet auch die Asuweitung verwertbarer Organe und Gewebe von Feten.
  Mit der Verpflanzung von fötalem Gewebe als medizinische Therapie wurde vor zwei WOchen in Mexiko der Startschuß gegeben. Bereits 1986 konnte Prof.Gale Verpflanzunggsexperimente mit fötalem Gewebe bei den Tschernobylarbeitern durchführen.
  Denkt man/frau diese Entwicklung weiter, so ist auch folgendes bald keine Zukunftmusik mehr:
  Mütter von Leukämiekranken Kindern können selbst, oder über eine Leihmutter produzieren, die lediglich als Knochenmarkspender für die Therapie ihres kranken Kindes benutzt werden.



Neben der oben beschriebenen Entwicklung muß jeder und jedem klar sein, daß Gentechnologie in alle Lebensbereiche eingreifen wird,bzw, schon heute eingreift:

- gentechnologische Herstellung von Medikamenten, die keine/r braucht
- gentechnologische Manipulation an Pflanzen, zur Ronstoff- u. Nahrungsmittelproduktion, was enorme Auswrikungen auf das Ausbeutungsverhältnis zwischen 1.2. und 3.Welt haben wird.
- Manipulation an Tieren-z.B. zur Anregung erhöhter Milchproduktion über Wachstumshormone. Diese Produkte stehen kurz vor der"Marktreife".
- Zugriff auf menschliche Gene, z.B. zur Auslese oder z.B. zum Festmachen von Berufskrankheiten am genetischen Code.

Die Umsetzung genetischer Forschung in Industrie,Landwirtschaft und Medizin steht auf breiter Ebene an. Flankiert wird diese Entwicklung von einer breiten Propagandaoffensive.
Wir müssen dieser Offensive entgegentreten:

- indem wir die Täter benennen
- Strukturen aufdecken
- gesellschaftliche Zusammenhange herstellen-wie die Verbindung von Profitinteressen und Auslese

Wir müssen einen Kampf um unsere eigenen Köpfe führen,d.h. die Restbestände eugenischen Denkens, die Akzeptanz naturwissenschaftlicher und medizinischer Denkmodelle erkennen und endgültig aus unseren Köpfen verbannen.

Ali H. Kaytan seit dem 20.6.88 im Todesfasten

Seit dem 5.2.88 wurden insgesamt 23 Kurden festgenommen, gegen 12 von ihnen wurde Haftbefehl erlassen. Anlaß war die Aussage eines Kurden vor der bundesdeutschen Polizei. Er behauptete, man habe ihn entführen und vor ein "Volksgericht der PKK" stellen wollen, wo ihn die Todesstrafe erwarte. Allerdings habe er fliehen können.

Die PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) Europavertretung, die Europavertretung der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans (ERNK), FEYKA Kurdistan und andere kurdische Organisationen haben diesen Vorwurf entschieden zurückgewiesen und klargestellt, daß dieser Kurde ein Spitzel der türkischen Behörden ist.

Einer der 12 eingeknasteten Kurden ist A.H. Kaytan, er ist seit dem 20.6. im Todesfasten. Wir wissen, daß mehrere der gefangenen Kurden im befristeten Hungerstreik sind bzw. waren.

Se[illegible]n wir uns durch gegen die imperialistischen Vernichtungsprojekte

Einheit der Revolutionäre in Westeuropa!

KURDISTAN BRD

Ein Brief von Ali Haydar Kaytan, der seit Ende März 88 in Mannheim in Haft sitzt:

Liebe Freunde,

auf Beschluß des Bundesgerichtshofs sitze ich seit 3 Monaten unter unmenschlichen Bedingungen im Gefängnis. Meine Behandlung zeigt, wie die Menschenrechte mit Füßen getreten werden.

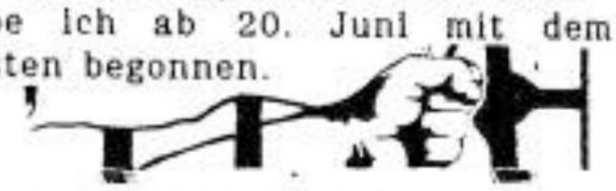
Den Kurden wird vorgeworfen, sie hätten andere so unterdrückt, daß sie Selbstmord begangen hätten. Uns setzt man jedoch psychisch und physisch derart unter Druck, daß sie uns dazu bringen, Selbstmord zu begehen. Obwohl noch keine Gerichtsverhandlung stattfand, und es keine Beweise gegen uns gibt, werden wir behandelt, wie wenn wir schon verurteilt wären. 23 Stunden verbringen wir in Einzelhaft, die abonnierten Zeitungen werden kontrolliert und an uns Tage später weitergegeben. Manche Zeitungen kommen nicht bei uns an. Dennoch wird in Erklärungen der Bundesanwaltschaft versucht, eine Öffentlichkeit gegen uns zu schaffen, um so gegen uns vorgehen zu können, wie es ihre Absicht ist. Dieses Vorgehen ist voreilig und paßt nicht in die bundesdeutsche Rechtsprechung. (*Da täuschst du dich aber. Alle Bewegungen, die gegen den BRD-Staat oder seine Verbündeten aktiv werden, erfahren genau die gleiche Behandlung! D.S.*) Wir haben es offensichtlich nicht mit einem Rechtsorgan zu tun, sondern mit einem Organ, das gegen die Freiheit des kurdischen Volkes ist.

Schon jetzt können wir sehen, was sie gegen uns haben und wie wahrscheinlich das Gerichtsurteil ausfallen wird. Diese Art der Vorgehensweise und Meinungsbildung hat nichts mit Rechtstaatlichkeit zu tun.

Obwohl in der Türkei keine Demokratie herrscht, wurde das Verbot - in den Gefängnissen nicht kurdisch zu sprechen - aufgehoben. Den Gefangenen wurden sogar Schreibmaschinen zugestanden und nicht als gefährlich betrachtet. Auch Zeitschriften und Bücher, die auf dem Markt erhältlich sind, bekommen die Gefangenen.

In Deutschland dagegen ist, mit dem Besuch kurdisch zu sprechen, verboten. Schreibmaschinen für uns sind zu "gefährlich". Bücher von draußen werden von der Gefängnisleitung zurückgehalten. Als kurdischer Patriot finde ich jedoch das Verbot der kurdischen Sprache und des nationalen Bewußtseins als Kurde einen unmenschlichen Angriff auf meine Ehre. Statt zu diesen unmenschlichen Maßnahmen gegen mich und mein Volk zu schweigen, will ich lieber protestieren, oder, wenn es notwendig ist, dafür sterben. Ich protestiere gegen dieses politische Vorgehen der Bundesrepublik. Ich fordere, daß diese psychische und physische Unterdrückung sofort aufhört.

Mit den unten aufgeführten Forderungen habe ich ab 20. Juni mit dem Todesfasten begonnen.



1) Keine Extrabehandlung für mich als Gefangenen
2) Zulassung der kurdischen Sprache für mich und meinen Besuch.
3) Die Bundesrepublik soll ihre Vorgehensweise gegen mich als Menschenrechtsverletzung anerkennen.
4) Bei Verhören sollen kurdische oder türkische Dolmetscher anwesend sein.
5) Zulassung einer Schreibmaschine für mich.
6) Nach der Kontrolle der Zeitschriften sollen sie sofort an mich weitergegeben werden.
7) Für meine Verteidigung und Darstellung sollen die notwendigen Bücher und Materialien weitergeleitet werden.

Bis meine Forderungen nicht anerkannt sind, werde ich nicht mit dem Todesfasten aufhören. Meine nationale Identität und meine Entschlossenheit sind dafür meine Stärke.

Liebe Freunde, dies ist vielleicht ein Abschiedsbrief. Ich schicke ihn, damit ihr ihn veröffentlicht. Es war notwendig, daß ich mit dieser Aktion beginne. Viele Grüße

20.6.88, Ali Haydar Kaytan

(Neuere Infos über Ali haben wir leider nicht. D.S.)

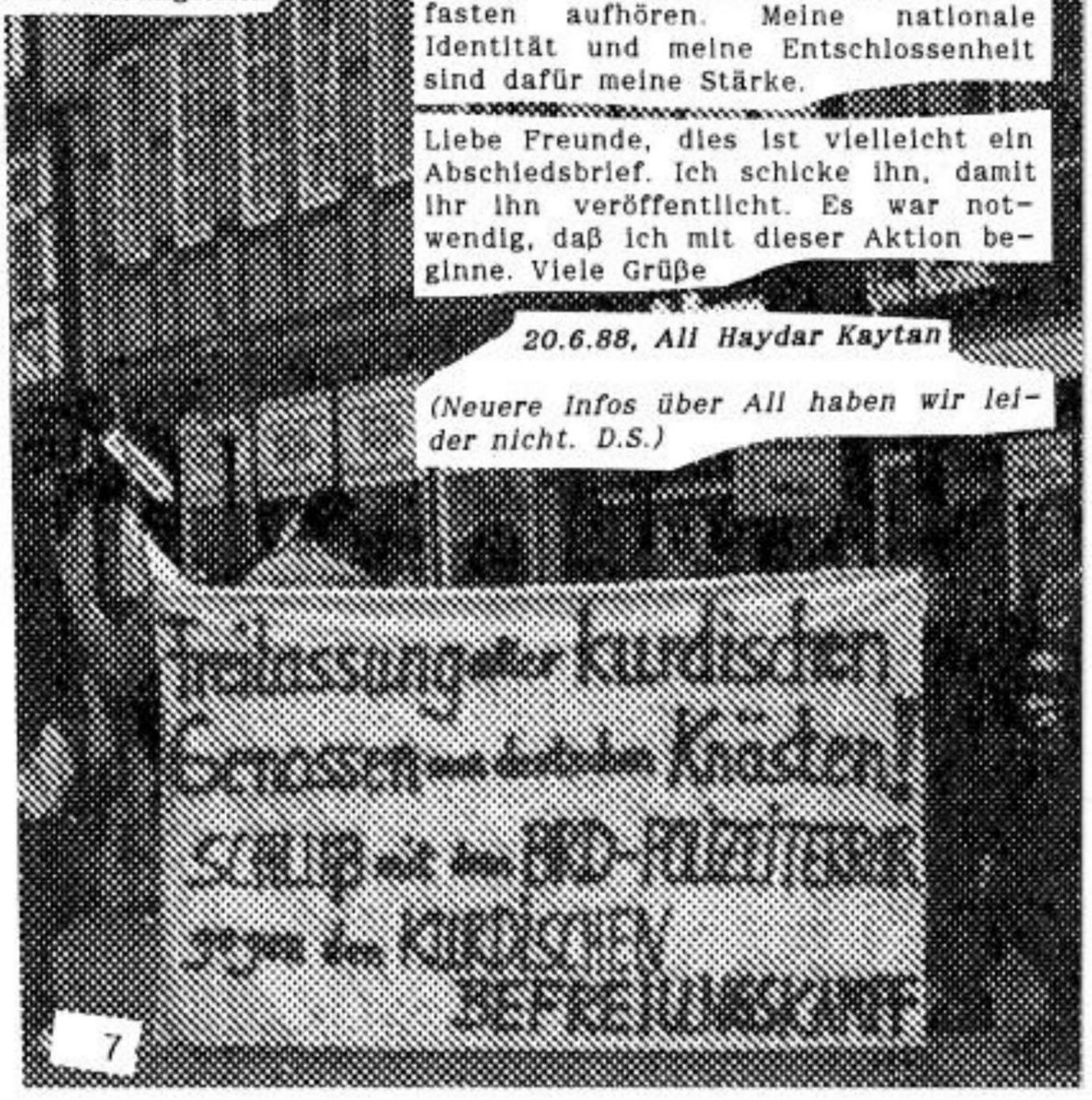
HSEYIN CELEBI - SEIT 5. JULI 1988 IM TODESFASTEN

Am 1. Juli hatte Hseyin nach über 4 Monaten U-Haft seinen Haftprüfungstermin beim Ermittlungsrichter des BGH in Karlsruhe. Am 5. Juli bekam er den "neuen" Haftbefehl, was ihn noch am selben Tag zum Beginn des Todesfastens veranlaßte. In Briefen begründet er seinen Entschluß und druckt seine Forderungen aus:

"Mit dem Erhalten des "neuen" Haftbefehls bin ich ab dem 5. Juli in das Todesfasten getreten. Damit will ich meinen Protest gegen diese willkürlichen Beschlüsse kundtun. Das Todesfasten ist eines der höchsten Formen des Widerstands im Knast, die wir kennen. Es hat kein freiwilliges Ende und ich betrachte es als einzige Konsequenz, die ich zu meiner Situation ziehen kann. Alle Inhaftierten waren immer wieder in den Hungerstreik getreten und haben verschiedene Forderungen gestellt. Damit haben sie bewiesen, daß sie sich dieser Situation nicht einfach hingeben. Ich fordere mit meiner Aktion das sofortige Ende der Gesinnungs- und Beugehaft und die sofortige Freilassung von uns allen. Nichts mehr und nichts weniger. Meine Haftsituation gleicht einer lebendigen Begrabung, die ich weder mit meinen Prinzipien, meinem Leben, meiner Überzeugung noch mit meiner Würde vereinbaren kann. Deswegen ist der Widerstand dagegen für mich das Leben selber. In dieser Situation ist das Ende nur der Höhepunkt des Lebens. Ich bin weder todeswütig noch lebensmüde, genau das Gegenteil ist der Fall. Meine Haft bedeutet für mich praktisch tot zu sein. Ich liebe das Leben genau wie jeder andere, aber Leben ist nur in Freiheit und damit nur in dem Freiheitskampf meines Volkes für mich möglich."

"Die Ziele meiner Aktionen sind es, meinen Protest gegen den neuen Haftbefehl kundzutun, die Verbesserung der Haftsituation, Aufhebung der noch gültigen Sonderbestimmungen sowie als Hauptforderung den freien Bezug kurdischer Publikationen wie z.B. Kurdistan Report, Serxwebun und Berxwedan."

Der BGH drohte ihm bereits ab dem 21. Juli die Zwangsernährung an, falls er weitermachen würde mit dem Hungerstreik. Über seinen Gesundheitszustand wissen wir nichts, auch nicht, ob die Zwangsernährung schon durchgeführt wurde. Aber wir wissen, daß er weitermacht mit dem Hungerstreik.



AK KURDISTAN • info

Am 26. Februar sollte in der MÜnchner Gaststätte "Maischenke" eine Informationsveranstaltung unter dem Titel "Feyka Kurdistan informiert - Die Verfolgung der Kurden in der BRD ist ein Angriff auf den revolutionären Befreiungskampf in Nordwest-Kurdistan" stattfinden. Sie gehört zu einer Reihe von Informationsaktivitäten, die eine Aktionseinheit aus Anti-Fa München, BWK (Bund Westdeutscher Kommunisten), Feyka-Kurdistan (Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereine aus Kurdistan in der BRD, M.a.F.i.A. (MÜnchner anarchistische Fraktion innerhalb der Autonomen), Volksfront und VSP (Vereinigte Sozialistische Partei) durchführt.

Kurz vor Beginn der Veranstaltung stürmte die Polizei die Gaststätte und erklärte, das Kreisverwaltungsreferat hätte die Veranstaltung verboten. Die Verbotsverfügung gründete auf die Vermutung, die Veranstalter/innen würden bei Durchführung der Veranstaltung die "Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder oder ihre verfassungsmäßige Ordnung beschimpfen oder böswillig verächtlich machen" (§ 90a StGB). In der Einladungsschrift heiße es nämlich, die BRD verschweige Grausamkeiten und Massaker des türkischen Staates und mache Geheimdienstintrigen gegen Kurden mit, ferner heiße es "1980 putschte in der Türkei unter maßgeblicher Beteiligung der BRD das Militär".

Sämtliche Veranstaltungsbesucher/innen wurden ausgiebig gefilmt und fotografiert. Eine dreiviertel Stunde Palaver war nötig, um wenigstens eine Versammlungsauflösung ohne Personalienkontrolle oder sonstige Übergriffe aushandeln zu können.
5 Wochen später wurde das Ermittlungsverfahren wegen § 90a vom Staatsanwalt eingestellt. Daraufhin planten wir eine weitere Veranstaltung über den Befreiungskampf in Kurdistan für den 5. Mai 1988 um 19 Uhr im Haidhauser Bürgersaal. Als Redner/in eingeladen waren ein Haftentlassener von Feyka-Kurdistan, sowie eine Anwältin, die über die Verfolgung der Kurden in der BRD berichten sollte. Ein Vertreter von Feyka wollte die Ziele und Geschichte des kurdischen Befreiungskampfes darstellen. Außerdem sollten Pressefälschungen und Informationssperre zu diesem Thema dargelegt werden.

Am Mittwoch, den 4.5. erreichte uns ein Anruf vom Kreisverwaltungsreferat, daß es bei der Durchführung der Veranstaltung Probleme gebe. Das Innenministerium forderte vom KVR ein Verbot der Veranstaltung. Dies wurde mit einem Flugblatt der ERNK (Nationale Befreiungsfront Kurdistans), das am 1. Mai verteilt worden war, begründet. In dem Flugblatt heißt es: "Achtung - Lebensgefahr !!! Reisen Sie nicht in die Türkei! Bombenanschläge auf touristische Einrichtungen stehen bevor! Wir weisen darauf hin, daß auch die USA ihre Landsleute davor gewarnt haben, in die Türkei zu reisen! Für die ansonsten entstehenden Folgen tragen wir nicht die Verantwortung!"
Daraufhin wurde für Donnerstag ein Treffen mit Vertretern des Aktionsbündnisses, der Polizei und dem Kreisverwaltungsreferat vereinbart, bei dem der "Beweis" der engen Zusammenarbeit Feyka-Kurdistans mit der ERNK vom Innenministerium vorliegen sollte. Dieses Konstrukt sollte zum Verbot der Veranstaltung dienen.

Das KVR erlaubte die Veranstaltung zwar, aber nur mit folgenden Auflagen:
- Keine Redebeiträge der Feyka-Kurdistan, der PKK (kommunistische Arbeiterpartei Kurdistan) sowie der ERNK.
- Keine Redebeiträge mit ähnlichem Inhalt wie das obige Zitat der ERNK.
- Weitgehende Zusammenarbeit des Veranstalters mit der Polizei.

Gauweiler jedoch veranlaßte das Verbot der Veranstaltung. Daraufhin gingen wir vor das Verwaltungsgericht, das dann der Linie des Kreisverwaltungsreferates folgte.

Extremisten-Treffen löste Machtkampf aus

Harter Durchgriff Gauweilers gegen OB Kronawitter

Wegen Kurden: Machtkamp vischen Gauweiler und Uh

schaft bei Versammlung in Haidhausen

Umstrittenes Treffen von Kommunisten und Kurden

Innenministerium läßt Stadt „entmündigen"

Doch Verwaltungsgericht hebt auf diese Weise erzwungenes Veranstaltungsverbot wiede

Gauweiler contra Uhl – Stadt siegte vor das Innenministerium

Kurden-Veranstaltung zu recht genehmigt

Ereignisse am Donnerstag Abend

Bereits ab 17 Uhr war der Veranstaltungsort durch ein starkes Polizeiaufgebot hermetisch abgeriegelt. Um ca. 18.30 kamen die ersten Veranstaltungsbesucher/innen, deren Personalien von der Polizei festgestellt wurden. Nach eingehender Kontrolle durften die Ersten in die Gaststätte des Bürgersaals, die neben dem Veranstaltungsort liegt. Als Diejenigen, die sich von dieser Provokation der Polizei nicht abschrecken ließen, den Versammlungsort zu besuchen, immer mehr wurden, unterband die Polizei willkürlich den Zutritt der Gaststätte und erließ nach Feststellung der Personalien einen Platzverweis. Bei Weigerung erfolgte die vorläufige Festnahme.
Dies alles ereignete sich vor dem Verbot der Veranstaltung durch die Regierung von Oberbayern, während der positive Bescheid des Kreisverwaltungsreferats vorlag.

Polizei sprengt Versammlung

München (taz) — Trotz positiven Gerichtsbescheids des Bayeri- Verwaltungsgerichts ver- rium jedoch nicht, telefonisch Wirt einzuschüchtern. Nach diesem Gespräch

Um ca. 19 Uhr erreichte uns dann das Verbot durch die Regierung von Oberbayern. Etwa um 20 Uhr zog sich die Polizei überraschend zurück. Da war klar, daß unser Einspruch beim Verwaltungsgericht Erfolg hatte. Daraufhin trafen die in der Nähe wartenden ca. 50 Besucher/innen wieder ein.
Trotz Intervention der beiden anwesenden Beamten vom KVR weigerte sich der Wirt jedoch, den Bürgersaal zu öffnen. Er war schon am Vortag u.a. von der Polizei dermaßen eingeschüchtert worden, daß er für s[illegible] persönliche Risiken fürchtete. Zu diesem Zeitpunkt übernahm das USK - Gauweilers Spezialtruppe - den alleinigen Einsatz an diesem Abend.

erfolgreich. Die telefonische Intervention der Polizei sowie das massive Auftreten des USK-Trupps vor dem Ersatz-Veranstaltungsort verunsicherte den Wirt derart, daß er seine Genehmigung zurückzog - trotz der Anwesenheit zweier KVR-Beamter. Deshalb beendeten wir die Veranstaltung nach fünf Minuten. Etwa 25 Leute wanderten zur Postwiese, um endlich (um viertel nach Neun) in Ruhe ein Bier zu trinken. Doch nicht einmal das war an diesem Abend möglich. Nach ca. 15 Minuten umzingelte uns das USK. Der Einsatzleiter erklärte, daß er hiermit eine Kontrollstelle errichtet habe. Alle Anwesenden wurden ausgiebig gefilmt und fotografiert. Unsere Personalien wurden ein zweites Mal festgestellt und alle Gespräche mitgeschnitten. Den eingesetzten Beamten war deutlich anzumerken, daß sie auf eine Gegenwehr unsererseits hofften, um endlich einmal ihre eingeübten Schlägerpraktiken unter Beweis zu stellen. Damit war der Abend endgültig gelaufen.

Einschätzung der Ereignisse

Die oben beschriebenen Ereignisse nimmt das KVR zum Anlaß, sich als Hüter der Versammlungsfreiheit in München darzustellen. Dies steht jedoch im krassen Widerspruch zu den jüngeren Vorkommnissen in München:

- Verbot der Veranstaltung zu politischen Gefangenen im Zunfthaus
- Verbot einer Veranstaltung zu Palästina im Cafe Normal
- Verhinderung eines Soli-Konzertes für die Zeitung "Freiraum" durch Druck auf den Hallenpächter
- Verbot der "Tour de Terror", einer Veranstaltung zu den Veranstaltungsverboten in München
- Verbot der Kurdistan-Veranstaltung vom 26.2.88

Diese Taktik setzt sich auch in den Auflagen zu der Veranstaltung vom Donnerstag fort. Durch das Redeverbot für kurdische Organisationen wurde das Veranstaltungskonzept, authentisch über den kurdischen Befreiungskampf und dessen Unterstützung in der BRD zu berichten, unmöglich gemacht. Und dies, obwohl Feyka-Kurdistan in der BRD ein eingetragener Verein und damit legal ist. Die 1984 gegründete Vereinigung sagt über sich: "Feyka Kurdistan kümmert sich um die Probleme der aus Kurdistan stammenden Werktätigen, die die Verrichtung der niedrigsten Arbeiten des Kapitalismus übernommen haben, und klärt diese hinsichtlich des Unabhängigkeits- und Freiheitskampfes Kurdistans auf. Sie sorgt für die Unterstützung des Nationalen Befreiungskampfes von Seiten der Werktätigen Kurdistans. Feyka Kurdistan bezweckt die Entwicklung einer Solidaritätsbewegung." (Flugblatt der Gründungskonferenz)

Selbst diese Auflagen gingen dem Innenministerium nicht weit genug. Auch das Urteil des Verwaltungsgerichtes konnte Gauweiler nicht davon abhalten, die Veranstaltung durch den provokativen Einsatz seiner Spezialtruppe zu verhindern. Damit bewahrheitete sich wieder einmal der Spruch: "Wer die Macht hat, hat das Recht."

Solidarität mit der Unabhängigkeitsbewegung in Nordwestkurdistan, mit dem Widerstand in den Gefängnissen des türkischen Staates! Schluß mit den Kurdenverfolgungen in der BRD!

Warum so ein Aufwand?

Natürlich stellt sich die Frage, warum hier derart massiv gegen Kurdistan vorgegangen wird, wieso eine faktische Informationssperre besteht. 1980 putschte das türkische Militär mit maßgeblicher Unterstützung der BRD. Dies drückte die vielfältigen Interessen der BRD an der Türkei aus. Da sind einmal die wirtschaftlichen Verflechtungen. Exportgüter im Wert von 3,1 Milliarden DM gehen jedes Jahr in die Türkei. Außerdem besteht in der deutschen Industrie sehr großes Verlangen nach Beteiligung am GAP-Projekt in Südanatolien. Dabei handelt es sich um ein riesiges Staudammprojekt in Kurdistan, das schon bisher für 60.000 Kurden/innen die Deportation aus ihren Dörfern mit sich brachte. Verständlich, daß die kurdische Bevölkerung sich gegen dieses Projekt mit allen Mitteln zur Wehr setzt.

Neben den wirtschaftlichen Beziehungen bestehen jedoch auch noch ausgeprägte Verflechtungen zwischen der BRD und der Türkei im Rahmen der NATO. Die strategische Lage der Türkei als Brückenkopf zu den arabischen Staaten verschafft ihr in der NATO eine wichtige Rolle. Nach dem Motto "Eine starke Türkei ist eine starke NATO" fällt auch die Militärhilfe aus. Die BRD, seit 1960 in der NATO zuständig für die Militärhilfe an die Türkei und die Ausbildung türkischer Offiziere, zahlte seit dem Putsch 2,4 Milliarden DM für die Ausbildung von Anti-Terror-Gruppen à la GSG9 und für den Ausbau der Militärstützpunkte, die auch von der Bundeswehr genutzt werden. Am 16. März wurde bekannt, daß ab 1990 150 Kampfpanzer und 8 Bergepanzer der Türkei überlassen, d.h. geschenkt werden. Eine Bedrohung der Türkei durch die Unabhängigkeitsbewegung ist also auch eine Bedrohung der NATO. Gleichzeitig spekuliert die Türkei schon seit längerem auf die Ölquellen bei Kirkuk und Mossul, die im irakischen Teil Kurdistans liegen, und aus denen 40% des Öls für die BRD kommen. Im Falle eines Zusammenbruchs des Irak im momentanen Iran-Irakischen Krieg ergeben sich da vielfältige Möglichkeiten - einschließlich der Verwicklung der NATO und der Bundeswehr.

Der Unabhängigkeitskampf in Kurdistan stört diese Interessen der BRD und wird deswegen verfolgt, wie auch Widerstand ausländischer Arbeiter/innen gegen ihre Rechtlosigkeit und Ausbeutung in der BRD.

Einige Worte zur Presseberichterstattung:

Durchgängig beschränkten sich alle Münchner Zeitungen auf die Darstellung des Konflikts zwischen Kreisverwaltungsreferat und Innenministerium. Der Veranstaltungsinhalt, die Verbotsgründe und die Auflagen fielen unter den Tisch. Dabei wäre es für die Leser/innen gerade interessant gewesen zu erfahren, wo die Gründe für das ganze Theater liegen. Für uns setzt sich in dieser Art von Berichterstattung die Informationssperre über den Befreiungskampf in Kurdistan und die Pressehetze gegen Kurden/innen hier fort, die z.T. auch mit Falschmeldungen arbeitet. Unabhängiger Journalismus?

staasschutzkonstrukt gesamtraf

seit dem herbst 1986 sind alle menschen, die hier in der brd für ein anderes leben kämpfen, mit einem verschärften vorgehen des staatsschuzes konfrontiert.
der staatsschutz verfolgt dabei das ziel jeglichen widerstand, wie er sich bis dahin entwickelt hatte zu zerschlagen und neuen widerstand im keim zu ersticken.
damit regierte der staat auf eine situation, wie sie sich vor allem in den kämfen 86 entwickelt hat.
durch tzschernobyl, wackersdorf und den sich abzeichnenden ereignissen bei den hanauern nuklearbetrieben gab es eine breite mobilsierung im kampf gegen den atomstaat, in dem sich für viele zeigte, daß sich der vermeintliche fehler oder der falsche weg, nämlich atomenergie, innerhalb der grenzen des kapitalistischen systems nicht bekämpfen läßt. dazu kam, daß sich die grünen mehr und mehr als staatstragender faktor entlarvten und somit ein ganzes stück ihrer integrierenden funktion fürs kapital verloren.
es gab eine kontinuierlichen kampf an der startbahn, brokdorf, die hanaudemo, die mobilisierung zum volkszählungsboykott, den kampf um die häuser in der hafenstrasse.
86 gab es ne menge angriffe der roten zora und der rz gegen die genund reproduktionstechnologie und gegen die imperialistische asyl- und flüchtlingspolitik. die angriffe der raf auf beckurts und braunmühl und die angriffe der kämpfenden einheiten auf projekte der imperialistischen umstrukturierung und auf den repressionsapparat.
auch wenn diese verschiedenen kämpfe an verschiedenen punkten, subjekten z.t. nur sehr wenig miteinander zu tun hatten und sich nicht oder nur selten aufeinander bezogen, wirkten sie gemeinsam gegen das system.
was in der entwicklung 86 aber wichtiger war, ist das entstandene bedürfnis miteinander zu reden, voneinander zu lernen, nach gemeinsamen punkten zu suchen und starre abgrenzungen in frage zu stellen.
konkreter ausdruck davon waren die vielen treffen, veranstaltungen, das entstehen der infoläden.....
dieser prozess lief in den jeweiligen städten sehr unterschiedlich, oft zähflüssig. es hat auch neue trennungen gegeben, aber der widerstand in seiner gesamtem breite hat sich aufeinander zu bewegt. dazu kommt, daß das kapital wußte, daß seine pläne zur umstrukturierung neuen widerstand entstehen lassen. natürlich hatten sie 86 ihre vorhaben , wie z.b. rheinhausen schon in der schublade und angst davor, daß über ihr vorgehen die zusammenhänge deutlicher werden, daß z.b. die subventionseinsparungen bei stahl und kohle in den gen- und hightechbereich fliessen und das über diese zusammenhänge auch die kämpfe dagegen zusammenkommen können.
weiter die international brisante situation:
naher osten/palästina, die phillipinen, südafrika, mittelamerika, südkorea..
...
diese entwicklung versuchen die herrschenden jetzt aufzuhalten und zu blockieren.
ein mittel dabei ist das konstrukt „gesamt-raf".
sie sagen die raf besteht aus vier ebenen:
– der harte kern oder die kommandoebene, die repräsentanten des staates ermordet und befehle gibt,
– die gefangenen – „raf im knast" – die über ihren kampf für zusammenlegung in große gruppen für die ziele der raf werben und im knast neue mitglieder rekrutieren.
– die sog. „illegalen millitanten", die in der legalität leben, vom haren kern aufträge zu anschlägen erhalten und für die ausführung zeitweilig illegal leben.
– das raf-umfeld oder der „legale arm der raf", der unterkünfte vermittelt, autos beschafft und über flugblätter, veranstaltungen und demos für die raf wirbt.
dieses konstrukt zielt darauf, einzelne genossinnen und genossen wegen mitgliedschaft in der raf einzuknasten und zu möglichst hohen haftstrafen zu verurteilen und es zielt direkt darauf, die auseinandersetzung mit der guerilla, mit den gefangenen und ihren inhalten zu kriminalisieren.

die kriminaliserung der auseinandersetzung mit den gefangenen, ihrer haftsituation und mit der zusammenlegungsforderung läuft über die kriminalisierung der gefangenen selbst.
in mehreren urteilen ist inzwischen festgeschrieben, daß ein hungerstreik „eine aktion der raf" sei, daß die gefangenen selbst, solange sie im knast weiter kämpfen, „mitglieder der raf" seien. damit hat sich der staatschutz eine breiten teppich für die kriminalisierung von angehörigen, anwältinnen und besuchern geschaffen. alle, die mit den gefangenen kontakt haben, die sie besuchen, die ihen schreiben, die die zusammenlegung fordern können so als unterstützer oder mitglieder der raf verfolgt werden. zug um zug ist diese absolute politische absurdität, die „raf knast" in beschlüsse und urteile als tatsache eingegangen.
sozusagen nebenbei, weil klar ist, daß die bundesanwaltschaft (baw) einen öffentlichen prozess, in dem sie die gefangenen wegen eines hungerstreiks anklagt, politisch nicht durchhalten kann, es brächte alles auf den tisch, jede einzelheit des 24- bzw. 25-punkte programms und den langen kampf der gefangenen dagegen. die kriminalisierung potenziert natürlich die isolation der gefangenen, aber auch hier ist die politische abschottung hauptzweck geworden. eben weil die gefangenen legal sind, und die diskussion mit ihnen direkt möglich ist, wird die kriminalisierung gebraucht, die das illegalisieren und unmöglich machen soll.
auch veranstaltungen, die über die situation der politischen gefangenen in der brd informieren wollen, werden einfach als „veranstaltung der raf" oder als „werbung für die raf" bezeichnet.
auch hier kommt das konstrukt zum tragen:
die gefangenen sind raf – ein hungerstreik ist eine aktion der raf – die zusammenlegung eine forderung der raf

und eine veranstaltung, die über die
ftbedingungen informiert somit
ne unterstützung der raf.
n den verfahren gegen gefangenen
us dem antiimperialistischen wider-
tand, also die sog. „illegalen mili-
tanten" versucht die baw in fast allen
prozessen der letzten jahre ihre erfin-
dung der gesamtraf schritt für schritt
zu verrechtlichen, so lief das in
stammheim im prozess gegen chris
und luiti und so ist es z.z. auch im
prozess gegen die 4 gefangenen aus
duisburg.
in beiden verfahren zielt die baw ge-
gen die entwicklung des widerstands,
den politischen und kämpfenden zu-
sammenhängen für den aufbau einer
revolutionären front.
der prozess in stammheim verfolgte
das ziel, die baw konstruktion der
4-ebenen-raf juristisch weiter durch-

bei der verhaftung von ulla in hamburg
wendet die baw ihr raster zum ersten
mal an für die angebliche mitglied-
schaft in der roten zora.
die begründung für die mitgliedschaft
lautet:
ulla beschäftigt sich mit bevölke-
rungspolitik.
hat an zwei überregionalen treffen
teilgenommen, die von der baw als
konspirativ bezeichnet werden.
und die rote zore hat anschläge zum
thema bevölkerungspolitik gemacht.
also ist ulla dringend verdächtigt mit-
glied in der roten zora zu sein.
auch in der anklage gegen die 4 aus
duisburg geht die baw schon von ihrem
merkmalraster aus:
schreibt und besucht gefangene.
bekennt sich zum gemeinsamen kampf

natürlich ging es der baw dabei nicht
um die raf, es ging und geht ihnen
darum, den widerstand als ganzes aus-
zuforschen und zu blockieren.
3 wochen nach beginn des prozesses
gegen eva, chris und luiti wurden
neben 4 anderen rico und andrea, die
auch in der kiefernstrasse wohnten als
zeugen nach stammheim geladen.
in dem arsenal staatlicher angriffe ist
die ladung von „zeugen" ein weiterer
versuch, die entwicklung des wider-
stands zu stören und zu blockieren.
der begriff zeuge ist dabei nur formal,
da aus jenen, die aussagen sollten
angeklagte wurden. das wurde daran
klar, daß nach jeder und jedem zeugen
ein bka-bulle geladen war, der über
die ermittlungen gegen die jeweilige
zeugin berichtete.
in diesem schritt geht es nicht nur
darum, durch die androhung von beu-
gehaft, kooperation und verrat – also
die kapitulation vor der staatsschutz-
maschinerie zu erzwingen, sondern
das ziel ist vor allem, damit die mög-

zusetzen und zu einem ausweitbaren
mittel in der bekämpfung des wider-
stands zu machen.
es geht den staatsschutz darum, richt-
linienartige merkmale und charkteris-
tika festzustellen und juristisch abzu-
sichern und eine art raster und strick-
muster zurechtzuschneidern, mit der
er die „mitglieder des legalen arms
der raf" identifizierbar machen will.
zu diesem raster gehört z.b.:
– hat ideolgisches schriftmaterial der
raf zu hause
– macht ein zeitungsarchiv.
– beschäftigt sich mit gleichen oder
ähnlichen themen und inhalten wie die
raf (die schweine nennen das an-
schlagsrelevante themen).
– schreibt und/oder besucht
gefangene.
diese punkte dienen dem staatsschutz
als erkennungsmomente für die mit-
gliedschaft in der raf.
durch die gerichtsurteile sollen diese
erkennungsraster zur gerichtsbekann-
ten tatsache festgeklopft werden, so
daß die baw in zukunft die möglichkeit
hat, jede und jeden aus dem wider-
stand zu holen und in dieses raster zu
pressen und nach schnellgerichtsver-
fahren für jahre einzuknasten. bka und
baw müssen dann also nur noch sehen,
ob sie die menschen in dieses raster
reinkriegt.
diese methode, wie sie seit jahren zu
urteilen gegen die genossinnen und
genossen aus der raf kommen, ohne
aktioen nachweisen zu müssen, wird
über das ebenenkonstrukt gegen den
revolutionären widerstand verallge-
meinert und auf sämtliche menschen,
die den herrschenden ein dorn im auge
sind, ausgedehnt.

im knast
hat ideologiosches schriftgut....
seit der festnahme zieht sich das er-
kennungsraster durch die gesamten
ermittlungen und die durchführung
des verfahrens konzentriert sich von
anfang an auf die kriminalisierung der
politischen positionen der 4 angeklag-
ten, wie sie in persönlichen briefen
und äusserungen zum ausdruck
kommen.
auch das vorgehen des staasschutzes
gegen die menschen in der düssel-
dorfer kiefernstrasse macht klar, wie
sie das gesamtrafkonstrukt nutzen,
um in die widerstandsstrukturen zu
stossen.
die tatsache, daß chris und luiti, die in
rüsselsheim zusammen mit eva fest-
genommen wurden, in der kiefernstr.
gemeldet waren, war der vorwand um
20 wohnungen in der kiefernstr. zu
durchsuchen.
am gleichen tag verbreitete ein
sprecher der baw, daß davon ausge-
gangen wird, daß „die notwendigen
umfangreichen recherchen im zusam-
menhang mit der ermordung von
braunmühl nicht vom harten kern der
raf, sondern von deren umfeld vorge-
nommen worden sind".

lichkeiten aufzubrechen, viele genos-
sinnen und genossen ohne urteil und
ohne prozess einzufahren. und es ist
das ziel, möglichst viele aus ihren dis-
kussions- und arbeitsprozessen
herauszureissen und über die „zwangs-
legalisierten" verhältnisse und be-
ziehungen, die in besuchen und briefen
stattfinden, einblick in die struktur
des widerstands zu bekommen.
am 15.12.87 sind andrea und rico in
düsseldorf festgenommen worden. mit
diesen festnahmen ist entgültig klar-
geworden, daß die baw die zwangs-
vorladung nach stammheim zur ankla-
ge benutzte.
andrea und rico sollen jetzt mit chris
und luiti und noch unbekannten
anderen eine eigenständige „terroris-
tische vereinigung" gebildet haben.
chris und luiti sind also nicht mehr,
wie noch bei prozessbeginn der mit-
gliedschaft in der raf angeklagt,
sondern sie sind jetzt mitglieder einer
anderen „terroristischen vereinigung"
die die unterstützung der raf zum ziel
hat.
also wieder gesamtraf.
(beitrag auf einer veranstaltung in
bonn 3.88)

Berlin ist nachts ein Traum.

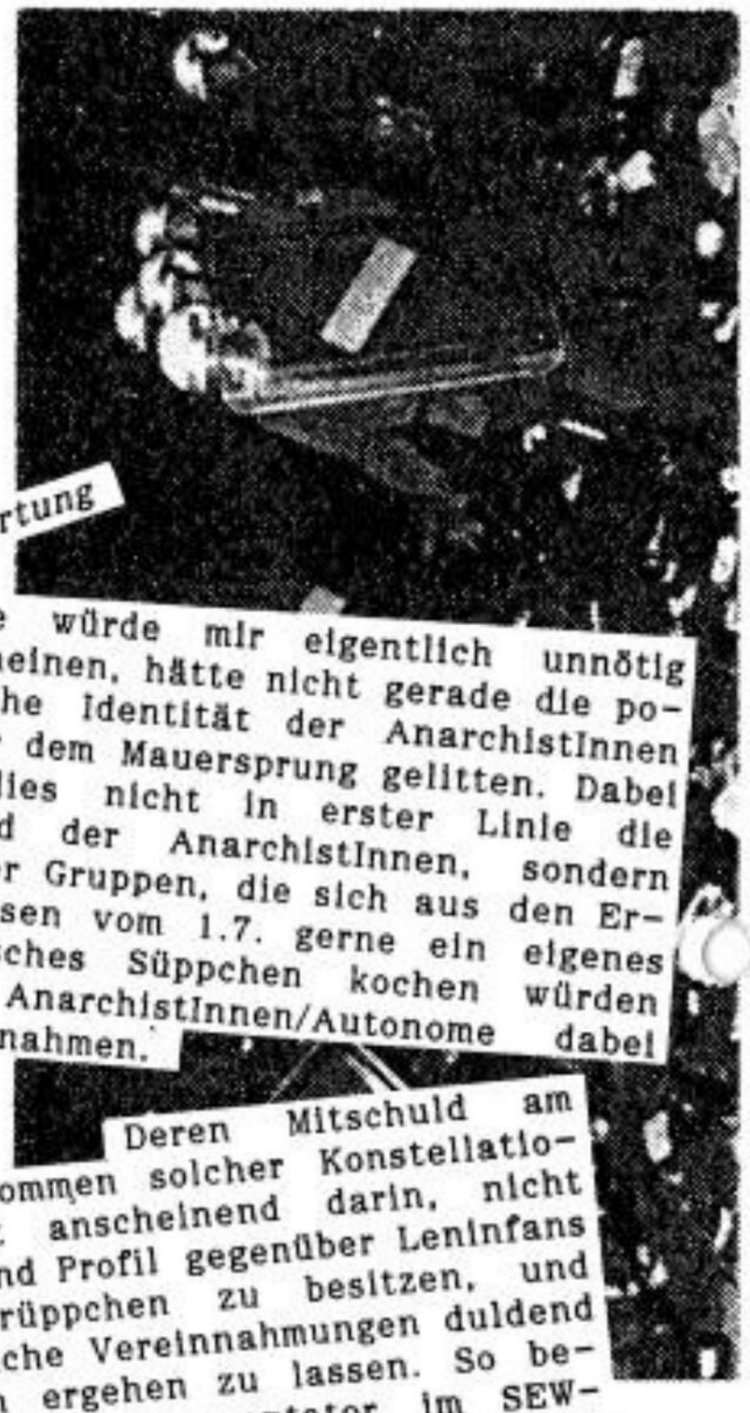
er Nacht zum 2. Mai 1988 in der Adalbertstraße

Berlin live

Nachspiel

Nach einem leider mit Zivis gründlich durchsetzten Treffen im Mehringhof am Abend des 1.7. zerstreuten sich die meisten Gruppen wieder. Viele von ihnen fanden sich aber gegen Mitternacht wieder am Chamissoplatz ein, von wo sich eine fröhliche Spontandemo in Richtung Gneisenaustraße bewegte.

Dort und am Mehringdamm kam es zu einigen kurzfristigen Verkehrsblockaden und einem Katz-und-Maus-Spiel mit einem einzigen Polizeiwagen. (Das ging so: Polizei hinter die Demo - Demo geschlossen rüber auf die andere Straßenseite - Polizei auf Umwegen hinterher - Polizei in die andere Fahrtrichtung - hinter die Demo - alles wieder von vorne.) Die Gruppe von Demonstranten zerstreute sich leider, nachdem etwa 10 Leute ausgerechnet in SO 36 Rabatz machen wollten. (Als ob es in Berlin nicht andere besser geeignete Viertel gäbe! Die Typen soll mal einer verstehen.)



Bewertung

Diese würde mir eigentlich unnötig erscheinen, hätte nicht gerade die politische Identität der AnarchistInnen unter dem Mauersprung gelitten. Dabei ist dies nicht in erster Linie die Schuld der AnarchistInnen, sondern einiger Gruppen, die sich aus den Ereignissen vom 1.7. gerne ein eigenes politisches Süppchen kochen würden und AnarchistInnen/Autonome dabei vereinnahmen.

Deren Mitschuld am Zustandekommen solcher Konstellationen liegt anscheinend darin, nicht ausreichend Profil gegenüber Leninfans und K-Grüppchen zu besitzen, und daher solche Vereinnahmungen duldend über sich ergehen zu lassen. So bezeichnete ein Kommentator im SEW-Organ "Die Wahrheit" die DDR-Grenzer als "neue Genossen" der BesetzerInnen. Leute! Die DDR-Grenzer werden durch unsere faire und korrekte Behandlung noch lange nicht zu anarchistischen Genossen! Da dieser SEW-Text meines Wissens in der Szene bisher unwidersprochen blieb, scheint mir diese an und für sich selbstverständliche Feststellung nötig. Dies umso mehr, als auch in der DDR die Realität und der gestellte Anspruch weit divergieren.

Daß die SEW-Argumentation tags darauf fast exakt von konservativen Blättern wie der FAZ übernommen wurde, rundet das Bild noch ab. Wir haben besseres zu tun, als bürgerliche Vorurteile über die Linke widerspruchslos hinzunehmen - auch wenn sie in der SEW-Zeitung übernommen werden.

Etwas polemisch, wie? Aber ehrlich gemeint.

Feuer und Flamme für Ost und West
Anarchy in Germoney
KUBAT forever

B. Sässer (BRD)

KNAST

Knastkundgebungen in Moabit und Plötzensee

Donnerstag, 23.6.88

Wir machen diese Kundgebungen, weil Knast für uns als Widerstand Bedingung und Kampfterrain ist.

Wir wollen den Gefangenen vom 1. Mai unsere Solidarität rüberbringen und den politischen Druck für die Hüftoperation von Angelika Goder und für die Verlegung von Angelika und Gabriele Rollnik in die Gruppe von Gefangenen aus der RAF in Lübeck verstärken.

Der Knast ist eine ständige Bedrohung für alle, die sich gegen die alltägliche Ausbeutung und Unterdrückung wehren, für alle, die sich im revolutionären Widerstand begreifen und kämpfen.

Knast ist das Gebiet der Konfrontation, wo der Zugriff der Herrschenden auf uns am direktesten ist, er ist deshalb auch das Gebiet, wo es existentiell für uns ist unsere Identität zu bewahren und den Kampf fortzusetzen. Knast ist ein Kampfterrain, die kämpfenden Gefangenen sind Teil der revolutionären Bewegung insgesamt. Die Gemeinsamkeit des Kampfes drinnen und draußen drückt sich in konkreter praktischer Solidarität aus.

In den letzten Jahren hat sich die repressive Gesetzgebung verschärft. Immer mehr Frauen und Männer, die Widerstand leisten werden kriminalisiert und eingeknastet. (§129a, Konstrukt "legale RAF", Verhaftungen in Düsseldorf, Duisburg, Ulla und Ingrid, etc.) Nicht zuletzt hat die Repressionswelle nach den Schüssen an der Starbahn West im Herbst 87 deutlich gezeigt, daß die Auseinandersetzung um Verhalten und Kampf im Knast für uns sehr wichtig ist.

Das heißt z.B. auch die Auseinandersetzung um Aussageverweigerung. Gerade nach den Startbahnschüssen wurde es dem Staatsschutz erst durch die Aussagen, die Leute gemacht haben, möglich, Beschuldigungen und Konstrukte gegen die Festgenommenen aufzubauen und darüberhinaus Zusammenhänge aufzurollen und weitere Leute festzunehmen.

Die Entscheidung, bei einer Festnahme nicht mit den Schweinen zu kollaborieren setzt unseren Kampf / die eigene Identität gegen ihren Zugriff auf uns.

Vor dem Hintergrund der Mobilisierung gegen den IWF/Weltbank-Kongreß im Herbst bekommt diese Auseinandersetzung für uns nochmal eine ganz konkrete Bedeutung, schließlich wollen wir uns nicht wie das Kaninchen von der Schlange von den Repressionsdrohungen blockieren lassen.

Im letzten Jahr hat die spontane Revolte in Kreuzberg gezeigt, welche Dimension Unzufriedenheit und der Haß gegen den Staat und seine Gewaltapparate mittlerweile haben, daß es Ansätze einer Klassenbewegung gibt. Das ist von der Tendenz her eine allgemeine Entwicklung (z.B. Rheinhausen), in K36 hat sie die zugespitzteste Form.

Die Repression der Schweine läuft nicht einfach gegen den Widerstand, sondern gegen die Bevölkerung des ganzen Stadtteils, die Integrationsstrategien der letzten Jahre konnten die gesellschaftlichen Widersprüche nicht zukleistern.

Seit Mai 87 wird Kreuzberg immer wieder militärisch von der staatlichen Bürgerkriegsarmee, genannt Polizei, besetzt; oder wie zum Reaganbesuch im Juni 87, abgeriegelt. Sie bauen schon längst nicht mehr auf den politischen Konsens, sondern setzen (neben ihre Integrationsversuchen zwecks Spaltung und Ruhigstellung) immer mehr auf Einschüchterung und offene Gewalt.

Gegen diese Angriffe auf unseren Lebensbereich, auf den Stadtteil als soziale Struktur, entwickelt sich immer wieder Widerstand. Einen organisierten politischen Ausdruck hat das mit der 1.Mai-Demo 88 bekommen.

In der Nacht des 1. Mai inszenierten die Schweine einen lang vorbereiteten Angriff gegen die Leute auf der Straße, um ihre Schlappe vom 1. Mai 87 wettzumachen und um unseren politischen Erfolg mit der Demo zurückzudrängen. Dazu gehörten natürlich auch massive Festnahmen, wovon jetzt noch vier Männer in Moabit sitzen.

Im letzten Jahr haben gefangene Frauen in der Plötze gegen dieses Knastsystem mit einem Hungerstreik gekämpft und in ihrer Erklärung gesagt: "... Er (der Hungerstreik) ist unsere erste und bestimmt nicht letzte gemeinsame Aktion entgegen der Spalterei und permanenten Fremdbestimmung. Denn was in diesem Knast im Großen läuft, macht auch vor den einzelnen Stationen/Zwangsgemeinschaften nicht Halt. So, wie wir in einzelne Häuser und Wohngruppen für BTMerinnen, soziale Gefangene und Politische aufgeteilt sind, sollen die Stationen nochmals unter sich in kooperative und nichtkooperative aufgespalten werden - wobei die kooperativen die Überhand gewinnen sollen."

Uns hat der Hungerstreik der Frauen ziemlich mobilisiert. Er ist ein weiteres Beispiel dafür, daß der Widerstand auch unter anderen Bedingungen weitergeht bzw. sich entwickeln kann.

Wir wollen mit dieser Knastkundgebung allen kämpfenden gefangenen Frauen und Männern in der Plötze und in Moabit powrige solidarische Grüße direkt vor Ort rüberbringen. Wir wollen ihnen damit zeigen, daß der gemeinsame Kampf aus den unterschiedlichen Bedingungen heraus für uns das Verbindende ist.

Solidarische Grüße an alle kämpfenden Gefangenen Männer und Frauen
Speziellen Gruß an die Gefangenen vom 1. Mai
Zusammenlegung der Gefangenen aus RAF und Widerstand
Operation für Angelika ohne Staatsschutz im Krankenzimmer
Freilassung von Günter Sonnenberg

Vor dem Knast wollen wir sie grüßen und ihnen unsere Solidarität rüberbringen!

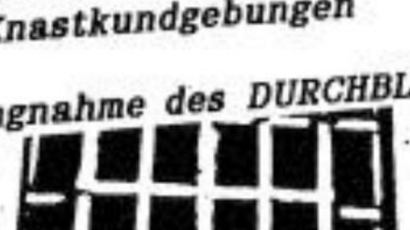
Am 23.6.88 haben vorm Frauenknast Plötzensee und dem Knast in Moabit Kundgebungen stattgefunden. Im Rahmen der Mobilisierung ist ein doppelseitiges Flugblatt erschienen, mit dem wir erhebliche inhaltliche Schwierigkeiten haben. Wir halten es für notwendig, den einseitigen und unserer Ansicht nach zum Teil falschen und spalterischen Darstellungen öffentlich etwas entgegenzusetzen.

Um unsere Kritikpunkte zu verdeutlichen und zu vermitteln, warum uns eine derart vekürzte und kurzsichtige Auseinandersetzung mit Knast einfach Bauchschmerzen bereiten muß, werden wir erstmal unser Verständnis von der Funktion des Knasts in der Gesellschaft vermittein. Daß Knast und Justiz zu den wichtigsten Bestandteilen des Programms der Herrschaftssicherung des Staates gehören, ist klar. Eine Bedingung für Herrschaftssicherung ist ein gut funktionierendes System sozialer Kontrolle. Dies bedeutet, daß die in einer Gesellschaft herrschenden Normen innerhalb dieser weitervermittelt werden und deren Einhaltung kontrolliert wird. Das geschieht in der Familie, im Kindergarten, -laden, der Schule, der Kirche, vor der Glotze ... In der Regel klappt "Erziehung" zum/r braven BürgerIn, der/die die herrschenden Werte und Normen verinnerlicht hat, auch problemlos. In den Fällen, in denen es trotzdem zu Normverletzungen kommt, schalten sich Jugendamt, Bullen und Justiz kontrollierend und strafend ein. Je nach Alter, Art der Normverletzung und gesellschaftlicher Stellung können die verschiedensten Maßnahmen ergriffen werden: Geldstrafen, Freizeitarbeiten, Heimeinweisung, Bewährungsstrafen, Psychiatrisierung usw. Das härteste Sanktionsmittel neben der Psychiatrie ist der Knast.

Es ist wichtig zu begreifen, daß alle Teile der sozialen Kontrolle aufeinander aufbauen. Jede Kontroll- und Strafinstanz funktioniert nur, weil sich bei ihrem Versagen sofort eine noch mächtigere einzuschalten droht. Letztes Glied in dieser Kette ist der Knast.

Betrifft: Mobilisierungsflugblatt zu den Knastkundgebungen

Stellungnahme des DURCHBLICK



Im HS-Trakt der Frauen in Moabit sitzen zur Zeit Angelika Goder und Gabriele Rollnik, beide Gefangene aus der RAF, in Zweierisolation. Seit dem Hungerstreik 84/85 fordern sie im Rahmen der Forderung nach Zusammenlegung der Gefangenen aus RAF und Widerstand in große Gruppen ihre Verlegung nach Lübeck und die Zusammenlegung mit den dortigen gefangenen Frauen aus der RAF.

Seit Jahren fordert Angelika eine dringend notwendige Operation an der Hüfte ohne Staatsschutzbewachung im Krankenzimmer. Jetzt gibt es eine konkrete Zusage, daß die Operation im Knastkrankenhaus Fröndenberg (NRW) unter ihren Bedingungen laufen kann. Daß die Schweine jetzt endlich diese Zusage gegeben haben liegt auch daran, daß die Forderung der Gefangenen im Widerstand immer wieder zum Punkt gemacht worden ist. (Z.B. auch das Plakat zu ihrer OP und zur ZL, mit dem das EX und die Backstube kriminalisiert werden sollten; die Aktionen der Verwandten, ihre Fahrt zum UNO-Menschenrechtsausschuß als die BRD-Regierung den Bericht über die Menschenrechtssituation in der BRD vorlegen mußte.)

Konkret sieht die Situation so aus, daß Gabi und Angelika in die Plötze verlegt werden sollen, wobei nicht klar ist wie das genau aussehen soll, ob sie zusammenbleiben oder getrennt werden sollen.

Angelika kann die Operation nicht machen lassen, bevor ihre weiteren Haftbedingungen klar sind. Die Schweine könnten sonst die Situation ausnützen um sie nach der Operation in NRW zubehalten und so die beiden für den Rest ihrer Haftzeit zu trennen. Deshalb kommt es gerade in dieser Situation darauf an, daß wir weiterhin politischen Druck für die Erfüllung der Forderungen der beiden Frauen machen.

Für viele der revolutionären Gefangenen ist der Kampf um Zusammenlegung, also für große Gefangenenkollektive eine existenzielle Frage, weil da, wo gemeinsame Diskussion und Arbeit möglich ist, das Vernichtungskonzept der Isolationshaft bricht.

Der Kampf um Zusammenlegung ist auch unser Kampf, weil die revolutionären Gefangenen Teil der revolutionären Bewegung sind, mit dieser Forderung ist gemeinsame Diskussion und Kampf mit den Gefangenen möglich.

Die Durchsetzung der Zusammenlegung heißt, daß sich ein Teil des Widerstands durchgesetzt hat, und das stärkt die gesamte revolutionäre Bewegung.

Klar ist, daß sich über die Verlegung in den HS-Trakt in der Plötze die Bedingungen für Gabi und Angelika verschlechtern würden. Die Plötze ist ein NATO-Modellknast, der nach einem Konzept der Isolation und Differenzierung (stufenweiser Behandlungsvollzug) aufgebaut ist und der schrittweise und schleichend zu einem einzigen HS-Trakt ausgebaut wird. Der Trakt in der Plötze soll über die politischen Gefangenen legitimiert werden, aber er ist in Wirklichkeit Teil eines umfassenden Knastkonzepts, mit dem sie alle gefangenen Männer und Frauen bedrohen wollen, die sich wehren und organisieren.

Zur Zeit werden in der Plötze die Sicherheitsvorkehrungen verschärft (Einbau von Milchglas, Abtrennen der Höfe, Überprüfung der Kanalisation).

- Das System der sozialen Kontrolle wirkt zum einen durch den direkten Zugriff auf die Einzelperson (Sanktion). Andererseits soll den normenkonform Lebenden durch die Bestrafung der NormverletzerInnen die Wirksamkeit und die Gültigkeit der bestehenden Gesetze vor Augen geführt werden. So werden sie in ihrem angepaßten Verhalten bestätigt und können sich gleichzeitig positiv von den "ÜbeltäterInnen" abheben. Um dieses Gefühl und damit auch die Solidarität mit dem Staat und seinen Normen noch zu verstärken, wird durch die Medien der/die NormverletzerIn zum Feindbild aufgebaut. Es wird z.B. gezielt der Eindruck erweckt, es handele sich bei Gefangenen generell "um gewalttätige VerbrecherInnen" (tatsächlich sitzen ca. 70% aller Gefangenen wegen Eigentumsdelikten im Knast), vor deren blutrünstigen Aktivitäten nur der Staat Schutz bietet. Durch diesen angeblichen Schutz der Allgemeinheit legitimiert der Staat ganz nebenbei seinen Herrschaftsanspruch und den Ausbau der Maßnahmen und Institutionen zur Sicherung von Gesetz und Ordnung.

Wir fassen jetzt nochmal zusammen, welche Wirkung der Aufbau eines Feindbilds, in diesem Fall das der Gefangenen, hat:

Wird der "gesunde Volkszorn" gegen einen bestimmten Feind mobilisiert, kann sich der Staat ziemlich sicher darauf verlassen, daß "sein Volk" bestens im Sinne der Herrschenden funktionieren wird.

Es wird
- selbst Normen und Gesetze einhalten
- alle Maßnahmen zur Bekämpfung des Feindes/der Feindin gutheißen und sogar schärfere fordern. Nicht zur Kenntnis oder aber in Kauf genommen wird die damit verbundene Einengung des gesamten gesellschaftlichen Lebens. Jegliche Verantwortung, gerade auch für Konfliktlösungen, wird an den Staat abgegeben.
- abgelenkt von seinen tatsächlichen Problemen, bzw. den/die Feindin als VerursacherIn betrachten (z.B. Erwerbslosigkeit und Rassismus).

Der Blick darauf, daß die Gesetze und Normen nur der Durchsetzung der Interessen der Herrschenden dienen, ist verstellt. Es ist z.B. kein Zufall, daß gerade in einem kapitalistischen Staat wie der BRD das "Recht auf Eigentum" so betont wird. Daß damit in erster Linie der durch Ausbeutung zustandegekommene Reichtum der Herrschenden gemeint ist, ist klar. Allen anderen würde eine Umverteilung nur zugute kommen. Doch wer sich über den/die LadendiebIn aufregt, merkt nicht, von wem er/sie eigentlich bestohlen wird.

Durch die Schaffung scheinbarer Fronten klappt die Spaltung immer besser: Erwerbslose gegen Erwerbstätige, deutsche ArbeiterInnen gegen solche aus anderen Ländern, ... und im Knast dann DrogengebraucherInnen gegen Nicht-DrogengebraucherInnen, "politische" gegen "soziale" Gefangene, "Resozialisierungswillige" gegen "Vollzugsstörerinnen" usw. So wird gespalten und gegeneinander ausgespielt, bis endlich keineR mehr merkt, wo der eigentliche Feind ist. Während sie sich untereinander bekämpfen, können die Herrschenden ihr Geschäft in Ruhe weitertreiben.

Aus der kurzen Darstellung der Funktion des Knasts im System der sozialen Kontrolle und der Funktion des Feindbilds, das in den letzten Jahrzehnten verstärkt auf die Gefangenen projiziert wurde, müßte eigentlich auch klar geworden sein, daß es für die Herrschenden im Grunde ziemlich egal ist, welche Leute im Knast sitzen, da dies für das Funktionieren des Gesamtsystems kaum von Bedeutung ist. Entscheidend ist dafür nur, daß es Knäste gibt und sich ein bestimmter Anteil der Bevölkerung dort befindet. Wie austauschbar die Gefangenengruppen sind, zeigt z.B. die Tatsache, daß trotz verstärkter Einknastung von DrogengebraucherInnen die Gefangenenzahl ziemlich konstant geblieben ist. So sitzt quasi eine Gruppe von NormverletzerInnen stellvertretend für eine andere im Knast. Welche Gruppe wann verstärkt kriminalisiert und eingeknastet wird, ist eher abhängig von ihrer propagandistischen Ausschlachtbarkeit als von der tatsächlich von ihr ausgehenden "Gefahr für die Allgemeinheit". Da bekommt doch der Satz "Ihr für uns Drinnen, wir für Euch Draußen" noch einen ganz anderen Sinn ...

Die einzige Gefangenengruppe, die von dieser Form der Austauschbarkeit nicht betroffen ist, ist die, die aufgrund ihrer direkt gegen den Staat gerichteten Aktionen eingefahren ist. In diesem Fall setzt der Staat allein auf unmittelbare Unterdrückung und Vernichtung.

Doch kommen wir nun endlich ganz konkret zur Kritik am erwähnten Flugblatt.

Es richtet sich - auch nach genauestem Durchzählen kamen wir an der Feststellung nicht vorbei - an nicht mehr als zehn von ca. 3500 gefangenen Männern und Frauen hier in Westberlin. Das entspricht auch genau dem eingeengten Weltbild, das die VerfasserInnen uns in dem gesamten Papier vermitteln. Knast erscheint ihnen nicht als Bedrohung für alle, die sich nicht normenkonform verhalten, sondern nur für die, die aufgrund ihrer politischen Aktivitäten kriminalisiert werden. Mit seiner gesellschaftlichen Funktion setzen sie sich nicht auseinander. Nur in den Absätzen über die Situation in Kreuzberg 36 scheint die Erkenntnis aufzutauchen, daß sich staatliche Repression gegen JedeN richtet

Dem Flugblatt zufolge liegt dies daran, daß sich in K 36 die Ansätze zu einer Klassenbewegung in besonders zugespitzter Form zeigen. Daß mit den gleichen Maßnahmen gegen jede Gruppe und Einzelperson vorgegangen wird, die die Normen der Herrschenden verletzt, fällt da völlig unter den Tisch. Treibjagden auf DrogengebraucherInnen, Versuche, HIV-Positive zu kasernieren, polizeiliche Todesschüsse bei Einbrüchen usw. - daß der Vernichtungsapparat immer der Gleiche ist und immer das gleiche Ziel, die Herrschaftssicherung, verfolgt, bleibt unbemerkt.

Da die VerfasserInnen anscheinend nur die eigene Bedrohung wahrnehmen, ist es natürlich naheliegend, daß sie diese Sichtweise auch auf "Ihre Gefangenen" übertragen. Richtig ist natürlich, daß diese von vornherein besonders repressiven Haftbedingungen unterliegen (z.B. 24-Punkte-Programm bei den meisten, die nach §129a einfahren), der Angriff auf ihre Identität findet unmittelbar und offensichtlich statt.

Jedoch ist den AutorInnen offenbar entgangen, daß die Trakte schon seit Jahren mit den verschiedensten Gefangenen belegt werden, die sich auf irgendeine Art nicht anstaltskonform verhalten. Mal reicht's aus, 'nem unerträglichen Schließer eine gescheuert zu haben, mal müssen angebliche Fluchtversuche herhalten und ab und an gibt's auch gar keine Begründung. Als "VollzugsstörerIn" gilt schon, wer auf ganz legalem Wege ständig Beschwerden schreibt. Im Einzelfall wird der Traktaufenthalt noch durch Bunkerstrafen unterbrochen oder durch Verabreichung von Psychopharmaka gaben zur Hölle gemacht. Da diese Gefangenen aber in der Regel keine Lobby haben, die ihre Situation und die Zustände in den Knästen öffentlich macht, kann sich hartnäckig der Glaube halten, nur Gefangene aus RAF und Widerstand seien Opfer der Sonderbehandlung.

Auch die Praxis der Trennung von Gefangenen, die Ansätze von gemeinsamem Handeln zeigen, ist uralt. Generell wird seit Bestehen der Knäste versucht, jede Entstehung von Strukturen, die für die Herrschenden nicht mehr absolut durchschaubar und kontrollierbar sind, zu unterbinden, indem die Gefangenen auseinandergelegt werden. Den Herrschenden ist sehr wohl bewußt, daß viele Gefangene für sich selbst und in kleinen Gruppen die verschiedensten Formen entwickelt haben, sich dem Druck zu entziehen und/oder dagegen Widerstand leisten (Verweigerung des Behandlungsprogramms, Arbeitsverweigerung, Sabotageaktionen ...). Sie wissen auch, daß sie, wenn sich daraus gemeinsam organisierte Aktionen entwickeln, nicht mehr viel zu lachen haben werden.

Die ärztliche Versorgung ist in den Knästen überall gleichermaßen schlecht. Viele gefangene Männer und Frauen leiden ihr ganzes Leben unter den durch nicht geleistete oder miserable Behandlung verursachten körperlichen Schäden oder sterben daran. Die Schikanen, denen Angelika Goder ausgesetzt ist, haben zweifellos ihre Ursachen auch darin, daß sie sich bis heute dem Druck der Herrschenden nicht gebeugt und nicht aufgegeben hat; sie erlebt die gleichen Zwangsmaßnahmen wie jedeR Gefangene, die/der sich dem Knastsystem nicht unterordnet.

Natürlich ist es nur logisch und legitim, sich zunächst mit jenen zu solidarisieren und auseinanderzusetzen, zu denen politisch und/oder menschlich die größte Nähe besteht. An diesem Punkt darf aber eine sich als politisch definierende Diskussion von "Knast" nicht stehenbleiben.
Was wir deutlich machen wollen, ist folgendes: Die VerfasserInnen gehen in ihrem Text nicht von einer grundsätzlichen Analyse der Funktion des Knasts und der Gefangenen aus, sondern beschränken sich auf die Darstellung der Situation einer ganz bestimmten Gruppe. Sie vermitteln nicht anhand eines Beispiels die gesamte Problematik und suggerieren so eine in Wirklichkeit nicht in dieser Form vorhandene Einzigartigkeit.
An diesem Punkt vollziehen sie die Spaltungspolitik nach, mit der der Staat seine Herrschaft sichert. Wenn z.B. also im Knast, je nach Art der Normverletzung, Grad der Angepaßtheit, Haftdauer o.ä., die Gefangenen unterschiedliche Haftbedingungen haben, dann soll damit auch das gemeinsame ihrer Situation verschleiert, jede Solidarisierungsmöglichkeit unterdrückt werden. Wenn wir draußen eine einseitige Lobbypolitik zulassen, dann hat dies zur Folge, daß wir genau diese Spaltungspolitik mittragen und den Herrschenden damit in die Hände arbeiten.

Politik und Privatleben

"Das Private ist politisch!" - eine Parole, die seit den Sechzigern (oder noch früher) die Grundlage unseres Lebens, Denkens und Handelns bildet. Allerdings auch eine Parole, die alles von uns verlangt - die letzte Konsequenz, Radikalität auf allen Ebenen, Einheit von Anspruch und Praxis - kurz: Militanz.

Im ivatleben spiegelt sich unser politischer Ansatz wieder, genauso wie unser politisches Leben Ausdruck unserer Beziehungen zu Mitmenschen ist. Soweit, so gut. Wie sieht's aber in Wirklichkeit aus?

Unsere Lebensformen:

Noch immer sind es nicht wenige, die das Prinzip der bürgerlichen Kleinfamilie, der Keimzelle des Staates und der Kirche, der Urform des Patriarchats, reproduzieren. Sei es, daß sie nach des Tages "revolutionärer " Müh und Last sich in der sauber von Mami aufgeräumten Wohnung vor die Glotze knallen; sei es, daß sie selbst schon im Begriff sind, eine Familie aufzubauen oder in einer "Wohngemeinschaft" leben, die sich davon nicht groß unterscheidet.

Einer der wichtigsten Grundsätze für mich ist es, die Gesellschaft, die wir erkämpfen wollen (hoffe ich doch, manchmal habe ich jedoch den Eindruck, daß es nicht dieselbe ist), soweit wie möglich schon hier zu leben - einerseits, um für uns selbst die Erfahrung der HERRschaftsfreiheit, der Gewaltlosigkeit in unseren Strukturen und des sozialen, solidarischen Zusammenlebens zu machen; andererseits, um damit anderen beispielhaft vorzuleben wie's auch anders laufen kann. Die eigene Wohnung als sozialen Zusammenhang, als Verbindung von zwischenmenschlichen Beziehungen und politischer Agitation zu sehen, ist für mich die einzige zur Zeit in Frage kommende Perspektive. Eine natürliche Insel inmitten einer künstlichen Welt. Dafür muß mensch nicht erst jahrelang nach "passenden" Leuten suchen und dies als Ausrede für sein eigenes Unvermögen hernehmen, soziales Leben praktisch zu organisieren, auch etwas von dem, was hinter der eigenen Mauer steckt, zu investieren. Wärme, Nähe, Zärtlichkeit und damit KRAFT!

Arbeitsverhältnisse:

Grundsätzlich muß gesagt werden, daß in diesem System **alles** Arbeit ist. Angefangen von Arbeitslosen- oder Sozialkohle bis hin zur "Hausarbeit" oder eben Arbeit im Betrieb, wechselnde Jobs oder weiß der Geier was. Nur läßt sich dieser Bereich nicht von meiner Überzeugung trennen. "Feierabendautonomie" gibt's nicht. Was es gibt, sind Bedingungen, auf die ich mich einlassen muß. Ich denke doch, daß wir alle noch auf die Revolution abzielen, und da braucht's eben auch Leute, die bestimmte Sachen checken, sich also teilweise unmenschlichen Arbeitsbedingungen unterwerfen müssen, um eine Ausbildung zu erhalten. Ich kann auch nicht immer von den Unterschichten als revolutionärem Subjekt/Objekt reden, ohne daß ich auch nur den blassesten Schimmer davon habe, weil Mami mir die Kohle immer vorstreckt. Manche sind eben gezwungen, Lumpenprolos zu werden, gewinnen dafür aber auch einiges an Erfahrung, das anderen fehlt. Für viele bedeutet der radikale Bruch mit diesem System, daß sie ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, im wahrsten Sinne des Wortes. Sie sind damit aber konsequent und lassen sich nicht ein Hintertürchen zum bürgerlichen Leben offen.

Ich will damit keinen Bereich verherrlichen oder als einzig richtig hinstellen, ich will nur, daß sich jedeR überlegt, ob das, was er/sie sonst so macht, mit dem, was sie/er verbalradikalisiert, zu vereinbaren ist.

Politische Gruppierungen:

Es wundert mich überhaupt nicht, daß die mangelnde Kontinuität der Leute im politischen Handeln, das häufige Zusammenbrechen und Neu-Enstehen von politischen Gruppen eines unserer größten Probleme sind.

Mensch trifft sich eben ab und zu mal (im günstigsten Fall jede Woche), labert großkotzig über die aktuelle politische Situation, liefert (teilweise durchaus richtige - eben!!) Analysen, sieht sich auf der nächsten Demo, pilgert zu den autonomen Kult-Städten. Und dann? Ciao - bis zum nächsten Mal. Es soll sogar Leute geben, die das jahrelang durchhalten und dabei noch tierisch was an Arbeit investieren, dann irgendwann zusammenbrechen, ohne irgendwas abgerafft zu haben. Leider. Scheiße!

Die zwischenmenschlichen Kisten, die bei uns so ablaufen, der psychische Druck, dem viele ausgesetzt sind, wird nicht verarbeitet und kommt höchstens beim nächsten großen Zoff zum Vorschein.

"Kommt zusammen Leute, lernt euch kennen!"

Tja, schön wär's. Genau da scheitert's aber. Das gegenseitige Kennen, menschliche Beziehungen, das Wissen um die Ängste und Probleme des/der Anderen sind Voraussetzung jeder revolutionären Tätigkeit. Ich sehe dabei politische Gruppen nicht als Selbsterfahrungsgruppen (ätz - kotz!), in denen tribunalmäßige Psycho-Teile ablaufen, sondern als Projektion anfangs genannten Grundsatzes. Seltsam nämlich, daß Leute "menschlich" total klar kommen, aber "politisch" den Ultra-Hardcore-Zoff haben ("KonterrevolutionärIn") bzw. daß Leute diesen Zoff auf einmal nicht mehr haben, wenn sie das "Counter-Schwein" mal näher/intimer/menschlicher kennenlernen und dabei feststellen, daß sie doch 'n ganzen Batzen Gemeinsamkeiten haben.

Als dritte Variation gibt's dann noch die, die "menschlich" überhaupt nichts gemeinsam haben, aber meinen, sie könnten's "politisch" auf die Reihe kriegen, weil sich das ja schließlich auf rein technische Sachen reduzieren läßt. Seltsam auch, daß viele von uns (vielleicht gerade deswegen, weil sie bei uns in multiplizierter Form aushalten müssen) Drogen schlucken, psychisch verkrüppeln, Selbstmord(versuche) machen oder nicht selten auch in Psychiatrien landen und kein Schwein merkt's. Wenn's dann aufkommt, ist es oft schon zu spät und das große Erstaunen setzt ein.

Länger als 'n paar Jahre hält's kaum jemand aus. Steigen solche Leute dann aus, weil sie einfach fertig, am Boden sind - desillusioniert, verzweifelt, leer - werden sie oft zu VerräterInnen abgestempelt. Autonome SelbstHERRlichkeit. Autonome Selbstüberschätzung. (Ja, ja, ich weiß - es gibt auch Leute, die aus politischen Gründen aussteigen, die's nie ernst gemeint haben, was weiß ich noch, daß mensch doch nicht alles auf ein Psycho-Teil reduzieren kann - aber die anderen Aspekte werden von anderen GenosSinnen schon ausführlich genug behandelt.)

Typen, Frauen, Sexualität, bürgerliche Moral usw.

Da gibt's Männergruppen und Frauengruppen.

Frauen, die meinen, "Warum Frauengruppen?", "Was machen die da?" ginge Typen erst mal gar nix an. ("Geht doch lieber Schafkopf spielen!" oder so ähnlich - eben die Umkehrung: das bürgerliche Männerbild). Im Übrigen könnten Typen sowieso keine Solidarität zu Frauen zeigen, als potentielle Unterdrücker halt. (Und die Revolution läuft dann wohl auch getrennt?)

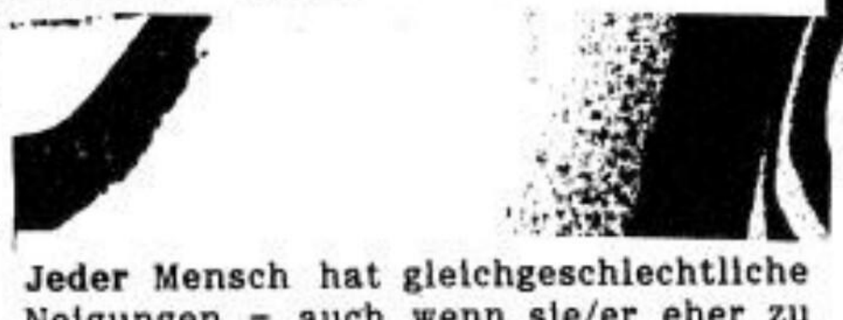
Männer, die meinen, Patriarchat und alles, was damit zusammenhängt, ginge sie doch was an.

Und damit haben sie gar nicht mal so unrecht. Denn das Patriarchat zeigt sich auch - und vor allem (vor allem ist ja wohl etwas übertrieben, d. S.in) - im Umgang zwischen Männern (noch nie was von Jungen gehört, die von ihren Onkels begrabscht werden?).

Viele Typen haben Schiß, ihr Mackertum bei Frauen rauszulassen. Könnten ja sonst vor's revolutionäre Tribunal kommen. Im Umgang untereinander fällt's aber wohl doch nicht so auf. Das geht los beim primitivsten Rivalen-Kampf. Besiegen, sich körperlich und geistig überlegen fühlen (und dann irgendwann doch auf die Fresse fallen). Sieger sein und sei's im harmlosen "Spiel", das die Psyche einiger Ober-Macker besser offenbart als so manch anderes.

Dann eben dei Sexualität. Noch immer haben tierisch viele Männer (auch Frauen!) Schiß, sich anzufassen. Schiß davor, für "homosexuell" gehalten zu werden. Da kommen auch Argumente wie: "Ich geh' in keine Männergruppe - ich bin doch nicht schwul!"

Ein Problem, das Frauen wie Männer betrifft. Die bürgerliche Moral von der Mann-Frau-Beziehung steckt noch dicke in uns drin. Die uns seit Jahrhunderten eingehämmerte Sexualnorm (mithilfe einer aufgezwungenen Sexualität läßt sich ein Mensch schließlich am leichtesten versklaven!), die vollkommen unnatürliche Aufteilung in homo-, hetero- und bisexuell (ich weiß bis heute nicht, was ich denn nun bin - warum auch?).



Jeder Mensch hat gleichgeschlechtliche Neigungen - auch wenn sie/er eher zu dem einen oder anderen Geschlecht tendiert. Die Unterdrückung dieser Neigungen führt bei nicht wenigen Leuten zu ernsthaften psychischen Störungen. Wer gibt denn schon zu, daß er/sie auch mal zum eigenen Geschlecht zärtlich sein möchte oder dieses gar "bevorzugt"? Die meisten haben es bis jetzt "geschafft", dies zu unterdrücken, sich erst überhaupt nicht damit zu beschäftigen. Unmöglich! Kommt doch gar nicht in Frage!

Und wenn ich dann erst sehe, welche Leute die Patriarchatsdiskussion hochpowern, wie Typen mit "ihren" Frauen umgehen (z.B. als reines Sexualobjekt - Bumsen ohne jegliche menschliche Beziehung, "Ersatzfrauen" etc.), wie sie über Verhütung reden (Sache der Frau, ekelhaft, unnatürlich, erst recht die Sterilisation - als ob's in Heimen oder Familien-Knästen nicht genug Kinder gäbe, die nur darauf warten, rauszukommen - nein, MANN muß selber noch'n Sohn machen), wie Typen diese ganze Scheiße im Hirn haben und sich dann scheinheilig und über alles erhaben als Pseudo-Revoluzzer hochspielen, wenn's mal einer offen sagt! Oder halt die Softie-Mitleidstour ... WÜRRRG!

Dann noch so einige Frauen, die auf Demos ein' auf selbstbewußt, stark, kämpferisch (autonom eben?) machen und sich dann freiwillig ihrem Typen unterwerfen und sogar für ihn noch die Präservative holen gehen, während er fett am Kneipentisch sitzt und wartet und auch sonst keineR 's Maul aufkriegt!

KOTZ!!!

Tja, das war's. Hat's gereicht? Haaaalt, noch 'n paar Parolen:

Nicht HOMO-, BI- oder HETEROsexuell, sondern SEXUELL!!

DON'T DREAM IT - BE IT!!!

Wir haben in der Nacht zum 1. Mai die Büroräume der Firma Klaus Bindan, Produktions- und Montagedienst in Bielefeld entglast und mit Farbe verwüstet und zerstört.

Die Firma treibt als Leiharbeitsfirma in Bielefeld, Hannover und Bremen ihre schmutzigen Geschäfte.

Die Leiharbeit zeichnet sich durch zwei Merkmale aus:

Der Verleiher, in Jobberkreisen auch Sklavenhändler genannt, nimmt Arbeiterinnen unter Vertrag und verschickt sie in alle Teile der BRD. Für die Arbeit der Verliehenen erhält die Firma einen weitaus größeren Lohn, von dem ein Teil an die ArbeiterInnen ausgezahlt wird.

Der Entleiher benutzt den/die zugewiesene/n LeiharbeiterIn nur für ganz bestimmte Aufträge und Zeiträume. Duch ihn entfallen für den Entleiher Sozialabgaben, er schließt keine Arbeitsverträge mit dem Arbeiter, Tarifverträge sind außer Kraft gesetzt, und die Arbeits-"schutz"-vorschriften werden leicht umgangen. Durch diese kapitalistische Variante werden die ArbeiterInnen doppelt ausgebeutet!

Konkret bedeutet das für die Firma Bindan, daß sie ihre Arbeitssklaven z.B. in die Atomkraftwerke Stade und Würgassen zu Wartungs- und Reparaturarbeiten schickt, wo die Menschen zum einen einer erhöhten Strahlung ausgesetzt werden und sie zum anderen hohe Profite macht, indem sie den Löwenanteil des Arbeitslohns für sich einstreicht.

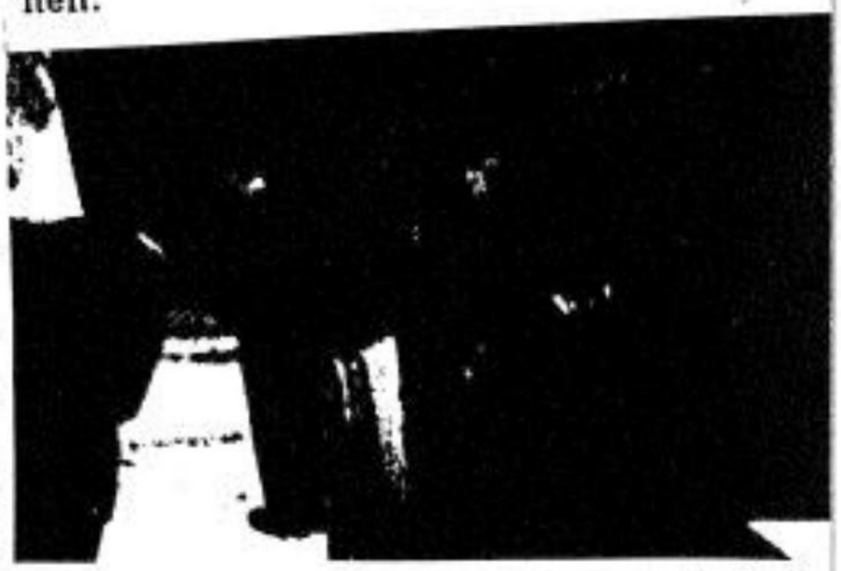
Wir begreifen die Firma Bindan als eine der Stützen des kapitalistischen Atomprogramms, denn die Vermittlung von Leiharbeitern (es sind in der Tat überwiegend Männer) ist für den Betrieb von AKW's unerläßlich. Die Zusammensetzung der Belegschaften in AKW's besteht aus einem kleinen Kreis hochbezahlter und festangestellter Arbeiteraristokraten, wie Ingenieure und leitende Angestellte, die ihre Verantwortung und ihren psychischen Druck häufig durch Tabletten- und Alkoholmißbrauch kompensieren.

Die Abrichtung aller Lebensäußerungen der Menschen auf die imperialistischen Interessen wird im AKW-Bereich auf die Spitze getrieben und ist strategisches Projekt der Zukunft der Arbeit. Das beginnt bei den Einstellungskriterien, die über die Zusammensetzung der Belegschaft entscheiden, und jede Störung des Produktionsablaufs, wie Organisierung, Streiks u.ä. verhindern soll. In Zusammenarbeit mit Bullen und Verfassungsschutz werden alle Lebensbereiche ausgeforscht (Verwandte, Freunde). Das läuft weiter über computergesteuerte Überwachungsanlagen und Kontrollen, die minutiös jeden Schritt aufzeichnen. Über Werkschutz, bewaffneten Wachdienst und Bullen wird das AKW nach außen abgeschirmt und nach innen diszipliniert.

Ca. 75% der Belegschaft stellen jedoch die Leiharbeiter, von denen die Mehrzahl folgenden Arbeitsbedingungen ausgesetzt sind:

Verstrahlung: Die Leiharbeitsfirma hat verschiedene Möglichkeiten, ihre "Arbeitssklaven" über die Gefährlichkeit ihrer Arbeit zu täuschen; indem sie zum einen erzählt, ihre "Sklaven" würden nicht in sog. "heiße Zonen" von AKW's kommen, zum anderen nicht darüber informiert, daß sie doch schon darin gewesen sind oder in radioaktiven Kontrollbereichen keine Dosimeter (Strahlenmeßfilm) austeilt unter dem Vorwand der "Ungefährlichkeit von Niedrigstrahlung".

Die Arbeiter, zu "Strahlenfutter" degradiert, werden im AKW bis zur Erreichung einer von der Atommafia festgesetzten Höchstgrenze vernutzt, von der Firma gefeuert und gegebenenfalls bei Arbeitsemigranten auf Nimmerwiederschaun in ihre Heimatländer zurückgeschickt. Der existenzielle Druck, der auf die Arbeiter ausgeübt wird, ist so groß, daß sie in vielen Fällen ihre Dosimeter nicht benutzen oder wegwerfen, um der Entlassung per Strahlenmaß zu entgehen.



Den Angriff auf die Firma Bindan verstehen wir als Schritt zur Überwindung des Widerspruchs zwischen dem kapitalistischen Alltag in der Metropole und dem Leben. Er ist eine Etappe in unserem Prozeß der Überwindung scheinbar unüberwindlicher Macht- und Ausbeutungsvehrältnisse. Unsere Organisierung revolutionärer Gegenmacht muß mit der Zerstörung ihrer Projekte einhergehen!

ArbeiterInnen und JobberInnen!
Boykottiert und zerstört sämtliche Leiharbeitsfirmen!
Schluß mit der Selbstbescheidung!
Nehmt euch, was euch sowieso gehört!
Eignet euch das Leben an!
Laßt das Feuer der Wut in unseren Herzen zu einem Flächenbrand in den Metropolen entflammen!

IWF

IWF

IWF

40 Millionen DM für 3 Tage Sicherheit

Über 10.000 Schreibtischtäter aus den Zentralbanken und Finanzministerien der ganzen Welt, Manager von Großkonzernen und -banken, werden sich im September in Berlin treffen. Leute, die Geld damit verdienen, durch einen Tastendruck massenhaftes Elend zu erzeugen.

Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank (WB) heißt die Veranstaltung, zu deren Schutz 20.000 Polizisten aufgeboten werden. Ziel des Ganzen: Das Management der "Schuldenkrise".

Das Ei des Kolumbus

Verschuldung ist die moderne Form jahrhundertelanger Ausplünderung von Kolonien durch die Kolonialmächte, von "unterentwickelten" Ländern durch hochtechnisierte Länder, von der "Dritten Welt" durch die "Erste".

Erst segelten Eroberer im Auftrag ihrer europäischen Herrscher durch die Welt, raubten Gold und Silber, verkauften und versklavten die dort lebenden Menschen, dann erklärten sie diese Länder zu ihrem Eigentum und setzten Gouverneure ein. Sie ließen Plantagen anlegen, Minen bauen, in denen die "Eingeborenen" sich zu Tode arbeiten mußten, und schafften die dort gewonnenen Reichtümer, Erze, Kautschuk, Bananen etc. nach Europa.

Heute sind die Gouverneure durch nationale Regenten ersetzt, das neue Bild der "Demokratisierung" wird gefördert.

Die Rohstoffe, die diese "Dritte-Welt"-Länder ausführen, sind bis zu 90% in den Händen von multinationalen Konzernen.

Das Prinzip der Ausbeutung wurde folgendermaßen perfektioniert:

Beispiel Brasilien:

Deutsches Schwein frißt brasilianische Kinder

Statt anzubauen, was die Menschen dringend brauchen, nämlich was zu essen, wird angebaut, womit die Großgrundbesitzer und Multis verdienen. Das Rezept für Profit: Erst die Bauern und Landarbeiterfamilien, die sich mit ihren Anbau selbst versorgen, vertreiben. Dann eine industriell organisierte Großlandwirtschaft einrichten. An den Maschinen, am Saatgut, am Kunstdünger, Insektiziden und Pestiziden läßt sich doppelt verdienen, da sie in den westeuropäischen Ländern nicht mehr verkauft, sondern nur in einzelnen Ländern produziert werden dürfen.

Anschließend werden ausschließlich Exportprodukte angebaut, die sich auf dem Weltmarkt verkaufen lassen, denn die Menschen im Land sind zu arm, als daß sie diese hochwertigen Produkte verkaufen könnten.

...silien exportierte allein 1985 5,4 Mio. Tonnen ...rungsmittel, vor allem Soja, das in der BG als ...futter verwendet wird. Zur selben Zeit lebten in ...lien von 110 Mio. Menschen 80 Mio. unter der ...sgrenze, hunderttausende verhungern jährlich.

Wem gehört Brasilien?

Die ihrer Existenz beraubten Bauern ziehen in die Slums der Großstädte, in der Hoffnung, Arbeit zu finden. Sie bilden ein Heer gut ausbeutbarer, weil billiger Arbeitskräfte. Mehr als die Hälfte brasilianischer Industrieproduktion gehört multinationalen Konzernen wie VW, Siemens, Daimler, Höchst, Bayer, Basf, Krupp, um nur einige Bundesdeutsche zu nennen, die in Brasilien Hunderttausende zu Hungerlöhnen ohne betriebliche Rechte, beispielsweise Kündigungsschutz gibt es gar nicht, arbeiten lassen.

Wer sich gegen diese Bedingungen wehrt wird gefeuert. "VW do Brasil" hat von 45.000 Beschäftigten in den letzten 3 Jahren 30.000 entlassen.

Um lästige Umweltschutzauflagen braucht sich dort erst recht kein Konzern zu kümmern. Ob VW für ein Methanolprojekt Millionen Hektar tropischen Regenwaldes (Lunge der Erde) vernichtet oder der Chemiegigant Merck Flüsse vergiftet, aus denen sich die Menschen des Einzugsbereiches Wasser und Fische zur Nahrung holen: Die Namen deutscher Firmen stehen auch für Ökologische Verwüstung.

Die Hungernden mit Plutonium füttern?

Sowenig wie den Multis geht es auch den Reichen im Land darum, eine eigenständige, an den Bedürfnissen der Menschen orientierte Wirtschaft aufzubauen. Um aber am Weltmarkt mit den hochtechnisierten Ländern konkurrieren zu können, werden Maschinen, ganze Fabriken sowie technisches Wissen bei den Industrieländern gekauft: 1976 erhielt Brasilien von der halbstaatlichen Kreditanstalt für Wiederaufbau einen 1,3 Milliardenkredit, ein Bankenkonsortium unter der Führung der DRESDNER BANK stellte zusätzlich 4,3 Mrd. bereit, um damit Brasilien den Kauf von AKW's von Siemens/KWU zu finanzieren. D. h.: Das Geld ging direkt vom Konto der DRESDNER BANK auf das von Siemens.

Genausowenig wie wir die WAA brauchen, braucht das brasilianische Volk Atomkraftwerke, sehr wohl aber das brasilianische Militär, das 87 stolz bekundete, es sei endlich auch in der Lage, selbst Atomwaffen herzustellen. Allein für die Abzahlung des AKW-Kredits kassiert die deutsche Atommafia jährlich 360 Mio. DM genannt Zinsen und Rückzahlungsraten. Die Deutsche Bank kann diese dann als Dividende verbuchen. - Diese 360 Mio. DM sind die Devisen, die später wiederum zur Kreditförderung und nur gegen Erhöhung der Exporte vergeben werden. Folge ist eine scheinbar unendliche Verschuldungsspirale, die nach und nach unter großen Gewinnen der Industriestaaten zum Bankrott 2/3 aller Länder führt.

Weltweit leisten Frauen 2/3 aller Arbeitsstunden, bekommen dafür 1/10 des Einkommens und Ihnen gehören 1/100 aller Produktionsmittel, heißt es in einer Statistik, die die UNO im "Jahr der Frau" (1975) erstellt hat. Seltsamer Weise gleicht der Stimmanteil der Drittweltländer im Weltwährungsfond dieser Statistik.- Die Eisenketten der Sklavinnen zieren die Hände, der an deutsche Ehemänner verkauften Frauen. Ein Münchner "Ehevermittler (in Live aus dem Schlachthof), der Brasilianerinnen an deutsche Männer verschachert, meint dazu, "BrasilianerInnen sind einfach weiblicher".

In dem Buch E.Galeanos "Die offenen Adern Lateinamerikas" wird Nelson Rockefeller (Kopf amerikanischer Großkonzerne während des Vietnamkriegs) folgenderweise zitiert:"In Lateinamerika ist es sauberer und wirksamer, die Guerillakämpfer in der Gebärmutter als in den Bergen oder auf den Straßen zu töten!"

"Es ist besser, den Guerillero schon im Uterus zu töten" zitiert E. Galeano das Motiv derjenigen, die Bevölkerungs- und Familienplanungsprogramme entwickeln und praktizieren. Dabei tat sich u. a. die Weltbank besonders hervor. Bevölkerungspolitik, die Sterilisation von Frauen, entmündigt Frauen und sortiert "unwertes Leben." Überflüssige Esser" aus. Allein in Brasilien wurden über eine Million Frauen, in Mexiko 45% aller Landarbeiterinnen und 58% aller Indiofrauen, ohne ihr Wissen oder zwangsweise sterilisiert. Diese Selektionspolitik trifft eben ausschließlich die ärmsten der Armen.

Durch den herrschenden "Machismo" ist es kaum möglich, eine Solidarisierung von Männern in diesen Bereichen zu erreichen. Die Frauen sitzen zwischen 2 Stühlen. Ihre Männer und die Kirche sind aus unterschiedlichen Gründe an vielen Söhnen interessiert.-Sie werden wegen ihrer angeblich besseren Arbeitskraft bevorzugt. Wirtschaft und Politik zwingen sie dadurch dazu, ihre Kinderzahl einzuschränken, sich in doppeltem Maß der Verwertung durch das Kapital zu unterwerfen.

Die Stunde des IWF schlägt immer!

Als Zusammenschluß von mehr als 150 Ländern, in dem das Stimmrecht von der Wirtschaftskraft abhängig ist, haben die 13 Industrienationen 2/3 des Stimmenanteils im IWF/WB.

Der IWF dient als Instrument, sozusagen als internationaler Finanzpolizist, der Geld nur in Gegenleistung von Hunger, Schulden und den Tod vergibt...

ie gr[illegible]reiheit für eine Handvoll Dollar.

13 gegen den Rest der Welt

Die westlichen Industrienationen (allen voran USA, Japan, BRD, Frankreich und Großbritannien) bestimmen sowohl die Zinsen und Zinseszinsen für die Kredite, als auch die Preise und die Exportbedingungen am Weltmarkt. Ein Teil des geliehenen Geldes verschwindet in den Taschen der nationalen Bourgeoisien. Die Länder der Drei Kontinente stehen schließlich zahlungsunfähig da.

Die Forderung der Weltmakler an die "3. Welt":

Mehr Exporte, weniger Importe, Sprich: noch weniger für die Menschen im Land, noch größere Abhängigkeit.

Streichung von Sozialleistungen und Preissubventionen, sprich: noch krassere Armut für die, die nichts mehr zu verlieren haben.

Lohnsenkungen, d.h., noch weniger für die, die kaum was verdienen.

Streichung "unproduktiver" Staatsausgaben, das betrifft das Bildungs- und Gesundheitswesen.

Insgesamt also: Armut, Hunger, Tod für die Menschen der 3 Kontinente, günstige Bedingungen für Multis und imperialistische Politik.

Die Zinsen mit Blut bezahlen

Allerdings stößt diese Politik da an Grenzen, wo Menschen beginnen, sich zu wehren. In Brasilien waren es die hundertfachen Aufstände, auch in kleineren Ortschaften, die gegen die Brotpreiserhöhung gerichtet waren. An diesen spontanen Aufstände sind maßgeblich Frauen beteiligt gewesen. Sie sind es, schließlich, die gezwungen sind , täglich drum zu kämpfen, um ihren Nachwuchs durchfüttern zu können. Die Metallarbeiter/innen forderten in ihren Streiks:"Weg mit dem IWF". Fabriken mußten wochenlang schließen oder konnten nur mit halber Produktion fahren, weil die Arbeiter/innen die Verkehrswege / Vorortszüge sabotierten. Sie erreichten damit kleine Zugeständnisse (z. B. wurden die Brotpreise nicht erhöht). Die Regierenden mußten ausnahmsweise dem Druck der Bevölkerung nachgeben. Die Weltbankpolitik konnte sich nicht vollständig durchsetzen.

Wenn sich also im September diese Weltmarktstrategen treffen, geht es nicht nur um: "Wir bieten mehr als Geld und Zinsen", oder "das grüne Band der Sympathie" der Mitmenschlichkeit, oder vielleicht der Entwicklungshilfe für die "Unterzivilisierten". Nein! Sie beraten dort, wie sie weiterhin ihre Geld-, Buch-, Schreibtischspiele wirksam für ihre dicken Geldtaschen verwenden können. Sie wollen die Bedingungen schaffen, trotz ihrer Krise, Börsenkrach, weltweitem Absinken ihrer Aktien, die Ausbeutungsmethoden weiterzuentwickeln. Im Augenblick werden die meisten Gewinne nicht wieder investiert, sondern zu Spekulationen eingesetzt. 8000 Milliarden $ sind an den Aktienbörsen angelegt. Im Herbst 1987 gingen bei den Kursstürzen doppelt soviel "verloren", wie die Schulden aller "Entwicklungsländer" zusammen.

Wenn wir hier dazu aufrufen diese Tagung zu stören, dann nicht aus Mitleid und Solidarität mit den Hungernden, in der 3. WELT, sondern weil die beratenden Herrn gerade auch hier in der BRD für "Neue Armut", für Arbeitslosigkeit, für Ausländerhaß, für die Entrechtung Widerstand leistender Menschen, für die Bedingungen in den Gefängnissen, für technologische Verwertung von Mensch und Natur verantwortlich sind.

IWF

IWF

Stören wir den IWF-Kongreß - zeigen wir praktische Solidarität mit allen Völkern!

Ob gewaltfrei oder kompromißlos, versetzen wir Ihnen den letzten Stoß!

Solidarität heißt, den Widerstand gegen Unterdrückung auch HIER entwickeln!

AMANDLA

Der März 88 war hier ein Monat mit vielen (unterschiedlichen) Aktionen, die gegen Südafrika und die Mächte gerichtet waren, die Interessen am Weiterbestehen des Regimes in SA haben.

In der Nacht vom Sonntag, den 6. auf Montag, den 7. März wurden 37 große und kleine Shell Tankstellen, verteilt über ganz Holland, total oder zum Teil zerstört. Benzinschläuche wurden durchgeschnitten, Bezahlautomaten sabotiert, Zähluhren unlesbar gemacht, unterirdische Benzinreservoirs verschmutzt und verschiedene Parolen gesprüht. Der Schaden betrug mehrere hunderttausend Gulden.

Die Aktion kam für den Bullenapparat vollkommen überraschend; es ist schon Monate her, daß eine so breit organisierte Aktion gegen Shell gemacht wurde. Nach den letzten RARA Anschlägen auf zwei Shellobjekte tappte das damals entstandene, nationale Koordinationsteam der Bullen, noch immer im Dunkeln. Gerade dachten sie, daß es wieder ruhig war; aber da hatten sie sich wohl getäuscht. Dutzende Leute, die in ein und derselben Nacht denselben Multinational angreifen ... und sie wußten nicht, wie es angehen sollte und wer dahinter steckt. Darum war es auch ein dummer Zufall, daß vier Leute geschnappt wurden. Als sie nämlich gerade damit angefangen hatten, das nötige Material aus dem Auto zu holen, kamen die Bullen, die alarmiert waren, weil kurz davor eingebrochen wurde. Bad luck. Da sie den Bullen sofort ihre Namen gesagt hatten (etwas, was in NL noch nicht gesetzlich vorgeschrieben ist, konnte niemand alarmiert werden ... und die Bullen haben bei drei Arrestanten die Wohnungen durchsucht. Dabei wurden unterschiedliche belastende Stücke gefunden, unter anderem über Shell und auch das Konzept der Presseerklärung. Gründe für diese Fehler waren: Die Arrestanten dachten, da sie bei den Bullen sowieso schon bekannt waren, daß sie ihren Namen genausogut sagen können. Es darf natürlich nicht passieren, daß solche Papiere zuhause rumliegen. Auf jeden Fall war das (die Namen und die Informationen, die sie in den Wohnungen gefunden hatten) für die Justiz Grund genug, die Arrestanten nach vier Tagen wieder laufen zu lassen. Ihr Prozess und das Urteil werden noch auf sie zukommen.

Die Aktivistinnen haben eine gemeinsame Presseerklärung rausgebracht, worin sie ihre Beweggründe für die Aktion umschreiben. Wir haben uns jedoch dafür entschieden, diese Erklärung nicht zu übersetzen und wegzuschicken, da sie für uns nichts an den Diskussionen beiträgt, die momentan geführt werden, im Rahmen unsrer Solidarität mit Südafrika, und wie wir diese in die Praxis umsetzen können. Die Erklärung richtet sich ausschließlich darauf, die Aktion vor der bürgerlichen Moral und Medien zu rechtfertigen und scheint aus Angst vor Pressehetze und Kriminalisierung geschrieben zu sein. Das geht so weit, daß frühere ähnliche (und härtere) Aktionen geleugnet oder zumindest nicht genannt werden.

Die Erklärung bleibt beim Beantworten von Fragen stecken, die von der Presse gestellt werden könnten, geht jedoch nicht auf die Perspektive ein, woraus diese Aktion unternommen wurde.

Aus vielen Aktionen, die später gemacht wurden, wurde deutlich, daß diese Aktion für viele Leute ein guter Ansatz war, um (wieder) am Widerstand gegen z.B. Shell teil zu nehmen. Gleich in der nächsten Nacht wurde eine Shell Tankstelle in Almere auf ähnliche Weise bearbeitet. Der Täter rief die Bullen an (!) und sagte, daß er das aus Solidarität mit den anderen Aktionen getan hatte. In Heemstede wurde versucht, eine Shelltanke in Brand zu stecken. Wegen der Feuersicherung klappte das jedoch nicht, trotzdem: ein Schaden von 5000 Gulden. Später in dieser Woche wurden Aktionen gegen den (verschobenen) Mord an den sogenannten Sharpeville Six unternommen. So gab es z.B. eine Nachtwache bei der südafrikanischen Botschaft in Den Haag, wo ungefähr 250 Leute mitmachten. In Rotterdamm war 'ne Aktion, bei der folgende Erklärung abgegeben wurde:

In der Nacht von Donnerstag, 17. auf Freitag, 18. März 88 haben wir die Türschlösser der Anker Kohlen Gesellschaft, Vasteland 4 und Shell Industrial Management an der Westersingel 98 in Rotterdam zugeleimt und Farb und "Sirupbomben" gegen die Außenmauer geworfen.

Diese Unternehmen sind für das faschistische System in Südafrika mitverantwortlich, da sie es finanziell unterstützen.

AKM ist ein Kohlenhändler, der mit SA Kohle Geld macht, und das was Shell so alles ausfrißt, dürfte so langsam jedem bekannt sein. Solange Botha noch mit der Unterstützung dieser Gangster rechnen kann, wird die Gründung eines gerechten Staates (häh? d.S.) noch auf sich warten lassen. Unsere Aktion ist noch kein Tropfen auf dem heißen Stein, doch hoffen wir, den Vasallen von Botha so ein bißchen lästig zu fallen.

In Amsterdam wurde ein Brandanschlag auf eine Zentrale der größten Bank Hollands (AMRO Bank) ausgeübt. AMRO gibt viele Exportkredite an Unternehmen, die nach Südafrika exportieren. Zusätzlich ist sie Bank von einer ganzen Menge Multinationals, so wie z.B. Shell, Unilever. Obwohl das Bürogebäude großen Schaden gelitten hatte, schlug die Zensur knallhart zu: Nichts von diesem Anschlag wurde in den Medien gemeldet. Die Gründe dafür sind nicht schwer zu erraten. Wieder einmal scheint der Staat Angst vor der Kraft einer revolutionären Bewegung zu haben, die die Bedingungen schafft für eine Situation, in der es breiten Teilen der Bevölkerung möglich ist, ihre Solidarität mit den kämpfenden Völkern in der dritten Welt und den Revolutionären hier zu zeigen.

Kommunikee, 18. März 88

Da die Mächtigen in Südafrika jetzt kapieren, daß der Widerstand trotz der immer härter werdenden Repressionen wächst, machen sie Scheinkonzessionen. Die Sharpeville Six werden noch nicht gehängt.

Es lebe das kämpfende Volk in Azania.

Auch in Palästina geht der Kampf um Selbstbestimmung und ein Leben ohne Unterdrückung weiter, trotz des immer härteren Auftretens der Militärs und Sicherheitsdienste.

Wollen wir, hier in NL, wirklich unsere Solidarität mit dem Kampf unterdrückter Völker beweisen, müssen wir uns dem offensiven Kampf, der momentan geführt wird, anschließen und ihn konkret unterstützen. Auch wir werden den Kampf offensiv führen müssen, um tatsächliche Veränderungen zu erzwingen.

Darum haben wir die Zentrale der AMRO Bank angegriffen; um unsere Solidarität zu zeigen und den Machtwölfen in ihren Elfenbeintürmen, die weltweite Ausbeutung und Unterdrükkung regeln, tatsächlichen Schaden zuzufügen.

BOYKOTTIERT DAS SÜDAFRIKA DER FASCHISTISCHEN; REICHEN KLASSE

SOFORTIGE FREILASSUNG DER SHARPEVILLE SIX

VIELE GRÜßE, EURE SIRUPS

ES LEBEN DIE SHARPEVILLE SIX

FREIHEIT FÜR PALÄSTINA

BEFREIT AZANIA

Revolutionäre Zellen

Support Indian Resistance

Uranabbau auf Indianerland

Die Gefährlichkeit von AKWs, Wiederaufbereitungsanlagen sowie der Transporte von radioaktivem Material dürfte inzwischen jedeRm halbwegs Informierten hinlänglich bekannt sein. Woher das Uran für deutsche Reaktoren kommt, wird dabei selten bedacht, und die katastrophalen Folgen des Uranabbaus, der weitgehend auf dem Land eingeborener Völker stattfindet, sind relativ unbekannt.

Menschen und Umwelt stellen kein Hindernis dar für die Wirtschaftsinteressen der Atomlobby. "Nationale Opfergebiete" ermöglichen der Atomindustrie einen rücksichtslosen Uranabbau, der in unvorstellbar leichtsinniger und verantwortungsloser Weise vollzogen wird.

Die Leidtragenden sind die dort lebenden Menschen:

USA:

1946 wurde mit der Verabschiedung des Atomenergiegesetzes die rechtliche Grundlage für den Uranabbau und damit für enorme Umweltzerstörungen in den USA geschafffen.

Abbaugebiete, deren Rekultivierung von vornherein ausgeschlossen ist, wurden zu "nationalen Opfergebieten" deklariert, zu denen z.B. die "Four Corner Area" und die Black Hills gehören. Jahrelang wurde hier auf Indianerland Uran unter fahrlässigen Sicherheitsvorkehrungen gefördert. Erschreckend ist die hohe Zahl der Krebsopfer unter Navajo Minenarbeitern (300 von 6000 bis 1977), aber auch die häufig auftretenden Fehl- und Totgeburten sowie schweren Geburtsschäden bei Navajo und Lakota (Sioux). Offiziell wird jeder Zusammenhang zwischen diesen Strahlenschäden und dem Uranabbau bestritten.

Fahrlässig wie der Abbau wird auch die Lagerung des radioaktiven Abraums gehandhabt. Die Halden sind Windverwehungen ausgesetzt, die die Verseuchung der Umwelt zur Folge haben. Oft dienen sie außerdem Kindern als Spielplätze oder werden zum Hausbau verwendet. Ein Teil des Abraums wird in Becken sog. "tailings" gelagert und häufig mit einer nur dünnen Wasserschicht abgedeckt.

Durch gelösten Abraum dringt Radioaktivität ins Grundwasser ein, und wenn ein Damm bricht, so 1962 bei Edgemont, South Dakota oder 1979 bei Churchrock, New Mexico, ergießt sich radioaktiver Schlamm in die für Trinkwasser genutzten Flüsse der Region.

Kanada:

1984 überflügelte Kanada mit fast 30% des in der westlichen Welt geförderten Urans erstmals die USA. Da 90% des Urans exportiert werden, hält Kanada auch diesbezüglich die Spitzenstellung. Wenngleich in allen Provinzen und Territorien Kanadas Uran gefunden wird, konzentriert sich der Abbau bislang auf die beiden Regionen Elliot Lake (Ontario) und Northern Saskatchewan.

In den letzten 15 Jahren wurde Saskatchewan zum "Saudi-Arabien" des Uranabbaus. Besonders fördernd wirkten dabei die Beteiligungen der Provinzregierung (Eigentümerin der Saskatchewan Mining Development Corporation - SMDC) und der Bundesregierung (Eignerin der Eldorado Nuclear Ltd. - ENL). Die Aktivitäten der Uranindustrie konzentrieren sich hauptsächlich auf vier Regionen: Collins's Bay am Wollaston Lake, Cluff Lake, Key Lake, Cigar Lake.

Die Collins's Bay Zone birgt besonders deshalb große Gefahren, weil die Uranlagerstätte sich unter der Oberfläche des Wollaston Lake befindet, der den Anwohnern als Trinkwasserreserve dient und Fischfang eine der Existenzgrundlagen der Eingeborenen darstellt. Da das Vorkommen wahrscheinlich 1991 erschöpft sein wird, hat die ENL inzwischen die Genehmigung der Provinzregierung zur Eröffnung dreier benachbarter neuer Minen am Wollaston Lake.

Eine der größten Uranminen der Welt befindet sich am Key Lake. Entdeckt wurde dieses Vorkommen von der deutschen Uranerzbergbau GmbH & Co. KG (UEB) und kam mit finanzieller Unterstützung des dt. Bundesministeriums für Forschung und Technik zustande. Das im Oktober 1983 in Betrieb genommene Bergwerk förderte 1984 4700 Tonnen Uranoxid, sog. "Yellow Cake", dem gelblichen Endprodukt der Uranmühlen, das sind 12% der Uranoxid-Gesamtproduktion der westlichen Welt.

In diesem Gebiet ereigneten sich wiederholt große Unfälle. So flossen z.B. 1984 über 100 Mio Liter radioaktiv verseuchter Flüssigkeit aus Rückhaltebecken in die Umgebung.

Wir als "Nutznießer" dieses Urans sind aufgefordert, die Eingeborenen in ihrem Kampf gegen dieses zerstörerische Material zu unterstützen und gegen die Vernichtung der Umwelt auch durch deutsche Firmen, wie Urangesellschaft / Frankfurt und Uranerz / Bonn zu protestieren.

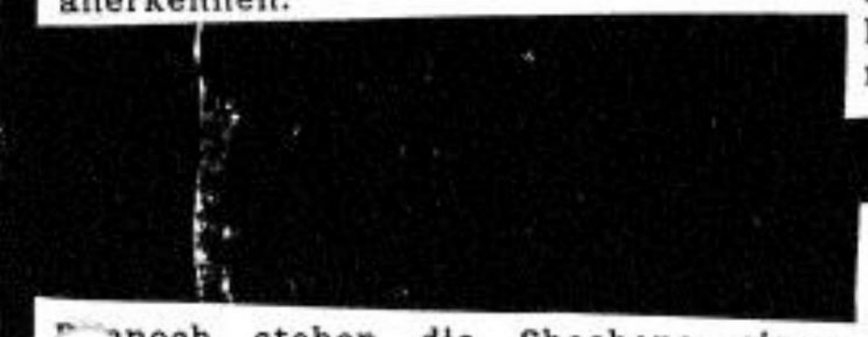
Western Shoshone - Indianer im Kampf gegen Atomtests

1951 begannen die USA in der Wüste von Nevada mit ihrem atomaren Versuchsprogramm. Seit dem Vertrag zur Begrenzung von Atomwaffentests (1962) wird nur noch unterirdisch getestet. Atombombenzündungen in der Atmosphäre gelten seitdem als untersagt. Dabei werden jedoch die Auswirkungen dieser unterirdischen Tests unterschätzt und nur nach militärischen Kriterien bewertet. Weitgehend unbekannt bleibt, daß auch diese Tests die Erde durchbrechen und in die Atmosphäre gelangen oder "versehentlich" größere Mengen an Radioaktivität freisetzen können. Zudem werden nach jedem Test die benutzten Tunnel und Bohrlöcher "routinemäß" entlüftet, d.h. von Radioaktivität befreit. Die dabei entstehenden radioaktiven Wolken wurden von amerikanischen Flugzeugen bis zu den Grenzen der USA begleitet und gemessen. Die Wolken zogen dann weiter nach Kanada und über den Atlantik.

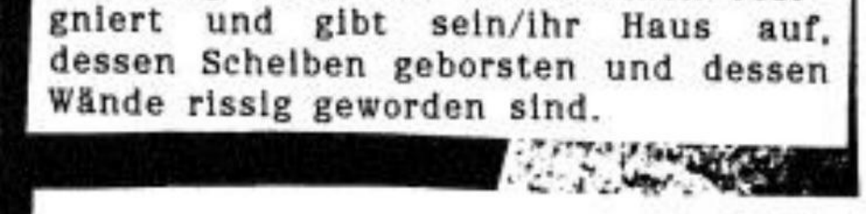
Berichte darüber erschienen in den Medien nicht und in wissenschaftlichen Publikationen wurden sie solange zurückgehalten, bis sie nur noch "historischen" Wert hatten. Mit den Argumenten "militärische Geheimhaltung" und "nationale Sicherheit" ist eine solche Informationspolitik gesetzlich abgesichert. Schadensersatzklagen militärischer wie ziviler Opfer konnten bislang erfolgreich abgeschmettert werden, weil den Klägern mangels "gesicherter" Daten das Beweismaterial fehlte. Heute ist diese Geheimhaltung zwar vielfach durchbrochen und es liegt eine Fülle von Daten vor, doch viele der Geschädigten sind inzwischen tot.

Ausgerechnet in Nevada hat es die Lobby von Politikern, Wissenschaftlern und dem US-Energieministerium (Department of Energy - DOE) geschafft, ein Informationsvakuum aufrecht zu erhalten, das den Widerstand der betroffenen Bevölkerung außerordentlich gelähmt hat. Das DOE, dem die "Nevada Test Site" untersteht, verfügt nicht nur über einen gut ausgestatteten Werbe- und Propaganda-Etat in Millionen-Dollar-Höhe, sondern es operiert auch mit Mafia-ähnlichen Methoden, die von der Unterdrückung von Informationen bis hin zur gezielten Abschaltung von Überwachungs- und Meßgeräten reichen. Wissenschaftler der Laboratorien von Los Alamos und Livermore (E. Teller) bilden den harten Kern der Lobby, die das Atomtestprogramm erhalten und ein Zustandekommen eines Teststopps verhindern will.

Das Testgebiet haben sich die USA über das dem Innenministerium unterstellte BIA (Bureau of Indian Affairs) sozusagen selbst verpachtet und dabei "vergessen", daß sie die Landrechte der Western Shoshone im Vertrag von Ruby Valley (1863) "für alle Zeiten" anerkannt hatten. Um die Respektierung dieses Vertrags haben die Shoshone jahrzehntelang gekämpft; die US-Gerichte mußten ihn schließlich anerkennen.



Dennoch stehen die Shoshone einer Invasion des US-Militärs gegenüber. Weite Teile des Landes sind Übungsplätze für Tief- und Überschallflüge oder Bombenabwürfe. Dabei kannn es dann schon mal vorkommen, daß Bomben versehentlich außerhalb des Testgeländes runterkommen oder Tiefflieger - weniger versehentlich - Autofahrer so erschrecken, daß sie die Nerven oder auch die Gewalt über ihr Fahrzeug verlieren. Manch eineR resigniert und gibt sein/ihr Haus auf, dessen Scheiben geborsten und dessen Wände rissig geworden sind.



Der Protest aus Nevada gegen diesen Terror aus der Luft war noch nie sehr laut. Die Shoshone haben zu wenig Stimmen und die weiße Bevölkerung ist konservativ und schlecht informiert. Dieses Hinterland, von dem man außer den "Spielerparadiesen" Reno und Las Vegas kaum Namen kennt, wird von keiner Alternativpresse erreicht und selbst die Nachrichten werden von privaten Sponsoren bezahlt.

Was diese mangelnde Infrastruktur für Organisationen und Aktionen bedeutet, spüren die Shoshone seit sie sich für den Landrechtskampf zusammentun mußten. Ihre Reservate, Gemeinden und einsam gelegenen Rancherias sind weit über das Land verstreut und viele müssen hunderte von Meilen zurücklegen, um an einem Treffen teilnehmen zu können.

Nachdem der Nachbarstaat Nevadas im Osten, Utah, die US-Regierung verklagt hatte, weil von den "downwinders", den Menschen, die in der Windrichtung des nuklearen Niederschlags leben, ansteigende Krebsraten bekannt wurden, "verlagerte" die DOE die Windrichtung nach Nordosten, d.h. die Testbomben werden nur bei entsprechenden Windverhältnissen gezündet. Dadurch wird das Shoshone-Territorium, das sich im Osten Nevadas nach Norden erstreckt, nun vollständig vom Fallout der Tests "abgedeckt".

Über Krebserkrankungen bei den Western Shoshone gibt es keine Daten, Nevada hat 1979 überhaupt erst begonnen, ein Krebsregister anzulegen, dessen Ergebnisse 1987 erstmalig veröffentlicht wurden. Demnach liegt die Anzahl der an Lungenkrebs Erkrankten bei Männern um 31%, bei Frauen um 53% über dem US-Durchschnitt. Auch für andere Krebserkrankungen, Leukämie und Tumore, sieht die Statistik nicht besser aus.

Da in der Gesamtstatistik der USA sich auch der Unfall von Three Miles Island, Rocky Flats sowie die großen Industriezentren und Uranminen auf Indianerland auswirken, ist ein Vergleich mit dem wenig industrialisierten Nachbarstaat Nevadas, Utah, wohl angemessener. Seit die Windrichtung für die Tests in den 70er Jahren geändert wurde, liegt in Nevada die Krebsrate bei Männern um 151%, bei Frauen um 243% höher als in Utah.

Als sich nach Veröffentlichung dieser Zahlen die Frage erhob, ob der Fallout der Atomtests etwas mit dieser hohen Krebsrate zu tun habe, bezeichnete der Sprecher der Gesundheitsbehörde diese Annahme als reine Spekulation. Unwahrscheinlich ist zumindest, daß sich unter den Ranchern und Indianern Nevadas dermaßen viele streßgeplagte Kettenraucher befinden könnten, daß die Zahlen damit erklärbar wären.

Seit Jahrzehnten kämpfen die Western Shoshone Sacred Lands Association und der Western Shoshone National Council um die (Land-)Rechte ihres Stammes und damit gegen die bis heute ca. 700 Atombombenversuche, sowie gegen Überschallflüge und Bombenübungsplätze. Die Ansprüche der Western Shoshone auf ihr Land wurden 1979 zwar vordergründig anerkannt, doch versuchte die Regierung unter Vermittlung des BIA, die Indianer mit minimalen Entschädigungen abzuspeisen. Die traditionellen Shoshone verweigerten bisher die Annahme dieser Gelder und versuchten sich stattdessen weiter durch die gerichtlichen Instanzen zu kämpfen - mit allerdings nur geringen Erfolgsaussichten. Denn nach US-amerikanischem Gesetz gilt, so zumindest die gängige Auslegung, ein Landanspruch dann als erloschen, wenn eine Entschädigung gezahlt wurde, egal ob diese angenommen wird oder nicht.

Die Situation der Western Shoshone in Nevada, USA, ist leider bis heute immer noch vielen, besonders hier in Europa, unbekannt.

Zwar ist die Bewegung gegen Atomwaffen und deren unzählige Tests inzwischen weltweit gewachsen, doch auch viele Friedensgruppen, die gegen die Atomtests protestieren, wissen nicht, daß diese auf dem rechtmäßigen Gebiet der Western Shoshone stattfinden, d.h. daß die Nevada Test Site eigentlich Indianerland ist, dessen sich die US-Regierung bemächtigt hat, um ihre atomare Politik fortsetzen zu können.

Die Western Shoshone sind im Kampf um ihre Rechte auf unsere Unterstützung angewiesen. Denn dieser Kampf sollte auch der unsere sein: Atomare Aufrüstung bedroht alle Menschen der Erde. Wir haben ein gemeinsames Ziel: Die Abschaffung der atomaren Waffen (*ich bin ja eher für die Abschaffung der Staaten, d.S.*), ohne die solche Tests in Nevada überflüssig wären.

Big Mountain - Ein Kampf ums Überlegen

1 Südwesten der Vereinigten Staaten,
1 Arizona liegen die Reservate der
opi und Navajo Indianer. Seit langem
bten die beiden Nationen, von klei-
en Differenzen abgesehen, in Harmo-
le. Ihr kulturelles Gefüge zerbrach
it der Missionierung durch die Weißen
nd führte zur Spaltung in Traditio-
elle und dem "Fort-Schritt" verfal-
ne Indianer. Im Four Corners Gebiet
gern riesige Mengen an Bodenschät-
en (Uran, Kohle, Öl), zum größten
eil auf Reservatsgebiet. Die Vergabe
er Abbaulizensen untersteht dem Zu-
ständigkeitsbereich der vom Innenmi-
isterium eingesetzten und dem BIA
eisungsgebundenen Stammesräten,
elche von den Traditionellen strikt
bgelehnt werden. Da keiner der bei-
en Stammesräte über die JUA (Joint
se Area) verfügen konnte, wurde von
en Energiekonzernen in Zusammenar-
eit mit dem progressiven Stammesrat
er Hopi ein Landstreit inszeniert.
eauftragt wurde damit die Werbe-
gentur Evans & Assoc., die ihre
ufgabe so gut löste, daß der Kongreß
as Gesetz PL 93531 erließ. Dadurch
urde das gemeinsame Nutzungsgebiet
zwei Hälften zerrissen, so daß die
nergiekonzerne leichter die Abbauli-
ensen erwerben können. Im Gebiet um
en Big Mountain sind dadurch 10.000
avajo-Dineh von einer gewaltsamen
wangsumsiedlung betroffen.

Dies ist Völkermord!

agegen wehren sich traditionelle Hopi
nd Navajo gemeinsam.

us der Vertreibung resultieren ver-
eerende Probleme:

- Völlige Vernichtung der traditionellen Lebensform
- Entzug der natürlichen Lebensgrundlage
- Zerstörung einer ganzheitlichen, spirituellen Lebensweise
- Verfassungswidrige Unterdrückung des Rechtes auf freie Religionsausübung
- Totaler Identitätsverlust
- Alkohol- und Drogenkonsum
- Hohe Selbstmordrate

ir schließen uns dem Aufruf des
MLO (Big Mountain Legal Office) an,
ie Indianer in ihrem Kampf ums
berleben zu unterstützen.

Lubicon Cree Indianer kämpfen um ihr Land

Sicher haben auch Sie die olympischen Winterspiele, die dieses Jahr in Calgary, Kanada stattfanden, mitverfolgt. Die Veranstalter der Olympiade legten großen Wert auf die Darstellung der Kultur des Landes, vor allem auch der Ureinwohner Kanadas, der Indianer. Einer der wichtigsten Sponsoren des kulturellen Rahmenprogramms war die Shell Oil Canada, der kanadische Ableger des auch bei uns bekannten Energiekonzerns. Shell Oil Canada ist an mehreren Projekten beteiligt, die das Volk der Lubicon Lake Cree Band bedrohen.

Die Lubicon Lake Cree Band ist eine kleine Band (kanadische Bezeichnung für das bei uns gebräuchliche Wort Stamm) von etwa 450 Menschen, die im Norden der Provinz Alberta lebt. Bei der Verteilung von Reservatsland zu Beginn dieses Jahrhunderts wurde diese kleine Gruppe einfach in Kanadas "Wildnis" vergessen. Erst in den 40er Jahren stellte sie Forderungen auf ein Reservat.

Das kanadische Parlament sicherte der Band 1939 und 1946 ein solches Gebiet zu, doch kam es nie zur Einrichtung eines Reservats, weil in diesem Gebiet Erdölgesellschaften fündig wurden. Gegenwärtig suchen dort bis zu 80 Firmen nach dem begehrten Rohstoff. Die Suche nach Öl ist mit einem erheblichen technischen Aufwand verbunden, schweres Gerät wird eingesetzt, dafür müssen eigene Straßennetze geschaffen werden. Dies führte zu einer völligen Vertreibung und Vernichtung des für die Lubicon wichtigen Wildbestandes. Bis in die 70er Jahre lebten die Lubicon von der Jagd und dem Fallenstellen, heute sind 90% der Mitglieder der Band Wohlfahrtsempfänger, von den Einnahmen aus der Erdölförderung erhalten sie nichts.

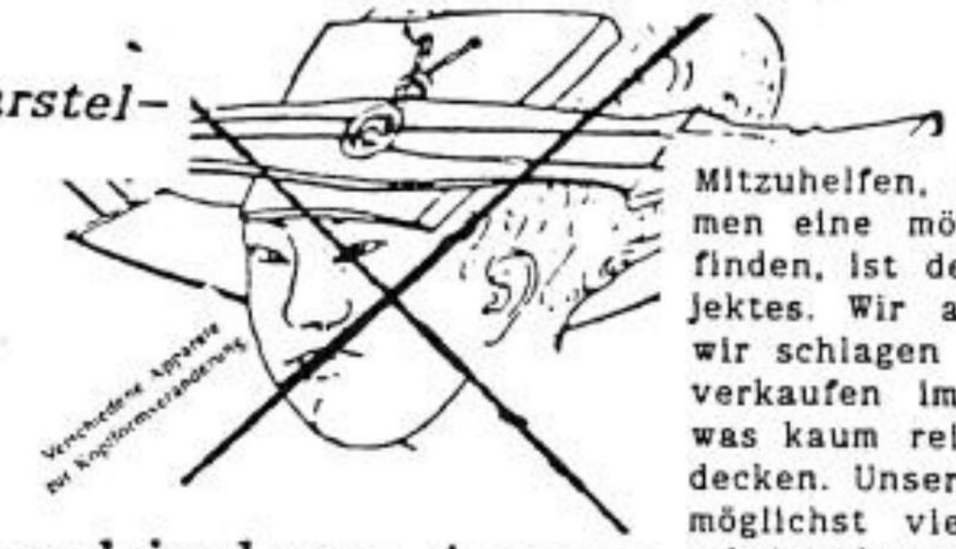
In ihrer Not versuchten die Lubicon die Weltöffentlichkeit während der Olympiade auf sich zu lenken - mit beachtlichem Erfolg. Viele wichtige Völkerkundemuseen, auch in der BRD, verweigerten die Leihgabe von Ausstellungsgegenständen für das kulturelle Rahmenprogramm der Spiele. Doch auch so öffentlichkeitswirksame Aktionen wie die Begleitung der olympischen Fackelläufer durch protestierende Indianer brachten die kanadische Regierung nicht zu akzeptablen Verhandlungspositionen.

Daher drohen die Lubicon jetzt damit, unter Mitwirkung verwandter Cree Bands das von ihnen beanspruchte Gebiet gegen den Willen der kanadischen Regierung zu besetzen. Chief Bernard Ominayak, der Sprecher der Lubicon Cree, bittet uns, auf die kanadische Regierung einzuwirken, um sie zu wirklichen Verhandlungen zu drängen. Die Regierung betrachtet nur die Hälfte der Lubicon Cree als anspruchsberechtigt für Reservatsland. Dies würde zu einer nicht tragbaren Einschränkung des Lebensraumes der Lubicon Cree führen. Der Premierminister Mulroney versucht, das Problem auf dem Gerichtsweg zu klären - ein Vorgehen, das die Lubicon als Verschleppungstaktik betrachten.

Weiter Infos zu allen diesen Fällen (und wahrscheinlich zu noch viel mehr): Monika Seiller, Franziskanerstr. 36, 8000 München 80

USFA – Versuch einer Selbstdarstellung

Seit Anfang 1987 existiert UNTER SCHWARZER FLAGGE ANTIMEDIEN. Die Idee zu diesem Projekt kam im Winter 87 und entstand aus der Erfahrung, daß anarchistische Gegenkultur zwar in Ansätzen vorhanden, aber von Anarcho/as bisher vernachlässigt wird bzw. es schwer ist, sich die Produkte (Platten, Kassetten etc.) zugänglich zu machen.

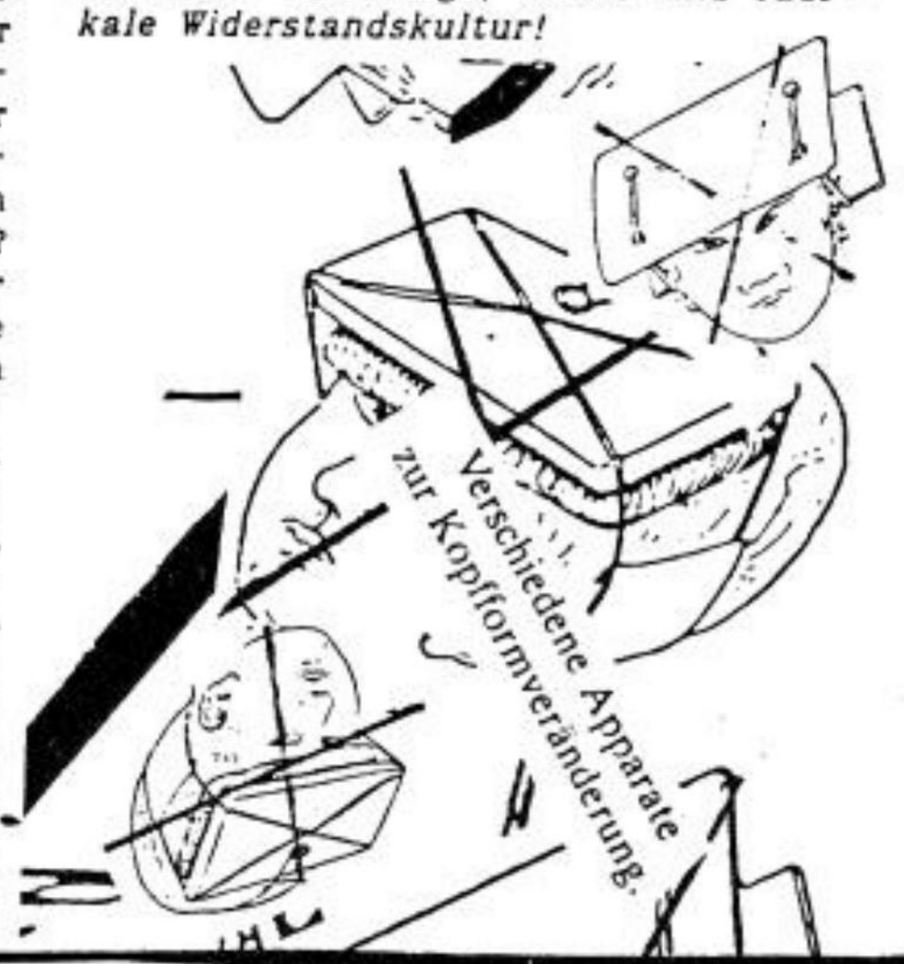


Medien aller Art (TV, Radio, Zeitung usw.) spielen eine zentrale Rolle bei der Bewußtseinsbildung. Deshalb ist eine radikale Gegenkultur und ihre Verbreitung durch Medien nicht nur Lebensausdruck einer sozialen Bewegung, sondern auch ein wichtiger Faktor zur Verwirklichung ihrer Utopien. GEGEN-KULTUR definiert sich über Ziel & Inhalt, nicht über (??? d.S.). Unter Gegenkultur verstehen wir die Ausdrucksformen von Menschen die versuchen, ihre Vorstellungen von selbstbestimmtem, kollektivem, herrschaftsfreiem Leben zu verwirklichen. Wir meinen eine Gegenkultur, die sich nicht über Stilrichtungen, Moden etc., d.h. über Formen, sondern über ihre Inhalte und über ihre Ablehnung des patriarchal-hierarchischen Scheißsystems definiert. Sie impliziert für uns Ausdrucksformen, die unser Lebensgefühl wiederspiegeln, die die Trennung von "Kunst" und "Leben" aufheben und die versuchen, sich dem Informationskrieg der Hirnficker zu widersetzen.

Mitzuhelfen, daß diese Ausdrucksformen eine möglichst große Verbreitung finden, ist der Anspruch unseres Projektes. Wir arbeiten ohne Profit, d.h. wir schlagen bei den Sachen, die wir verkaufen im Schnitt 1-2 DM drauf, was kaum reicht, um die Unkosten zu decken. Unser Wunsch und Ziel ist es, möglichst viele Kontakte zu ähnlich arbeitenden Menschen in aller Welt zu knüpfen, um so unabhängig von kommerziellen Vertrieben zu werden und die Verbreitung unserer Medien selbst in die Hand zu nehmen.

Kampf den Hirnfickern!

Für eine vielfältige, bunte und radikale Widerstandskultur!



Räumung des Hauses Körnerstr./Köln am 16./17. Juli

Als wir am Samstag gegen 22 Uhr zur Fete in der Körnerstraße gehen, ist auf der Straße von dem Fest nichts zu hören. Auch als wir im Haus stehen, nicht. Der Grund ist die stattfindende Tombola (jedes Los ein Gewinn). Es sieht so aus, als ob sich die Leute vorgenommen hätten, alle Klischees, die es über die Autonomen gibt, zu zerstören: Das ganze Haus ist mit Luftballons geschmückt, kaum schwarz Bekleidete, Tombola, kein übermäßiger Alkoholkonsum, alles in allem ziemlich gelassene Stimmung. Bis es laut wird, daß die Polizei im Haus wäre. Der Grund ist angeblich der Anruf einer Frau aus der Nachbarschaft, die sich über die zu laute Musik beschwere. Obwohl die Musik nicht übermäßig laut war, wird noch leiser gedreht. Die Bullen sind im Begriff wegzugehen, als ein Typ mit einer Bullenmütze (die er kurz vorher bei der Tombola gewonnen hat) zwischen ihnen auftaucht. Die Bullen drehen sich um und wollen die Mütze haben, worauf dieser Mensch wegläuft und es zu ersten Rangeleien kommt. Als sich die Situation zuspitzt und erkannt wird, daß die Bullen eigentlich provozieren wollen, bekommen sie ihre Mütze und werden rausgeschmissen.

Es ist aber schon zu spät: Aus der Bullenmütze ist eine Geisel geworden. Kurz dannach ist die Körnerstraße voll mit wilden Polizeihorden, die ihren "gefangengehaltenen Kollegen" befreien wollen. Die Tür wird mit Äxten angegriffen, durch die Fenster fliegen die auf dem Bürgersteig abgestellten Fahrräder - Verteidigung ist sinnlos gegen diesen unerwarteten Angriff. Leute werden bis zur Bewußtlosigkeit zusammengeknüppelt, von Polizeihunden gebissen. Ca. 25 Leuten gelingt die Flucht über die Dächer, der Rest wird festgenommen und muß auf seinen/ihren Abtransport teilweise bis zum Morgengrauen warten. Gegen 4 Uhr werden auch die letzten mit Plastikfesseln abgeführt. Am nächsten Tag erfahren sie, was ihnen vorgeworfen wird: Schwerer Landfriedensbruch, Körperverletzung (während des Bullenangriffs flogen paar Kölsch-Flaschen) und Widerstand gegen die Staatsgewalt. Aber weil bis dahin nicht mal eine Räumungsklage seitens des Hauseigentümers vorliegt, wird noch schnell eine Ermittlung gegen "Unbekannt" wegen "Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" eingeleitet, schließlich können ja wegen "Ruhestörung" nicht 69 Leute festgenommen und ein Haus geräumt werden. Der Grund für die Ermittlungen: IWF-Broschüren und einige "Radikal"-Ausgaben.

Ökologie und Anarchismus

"Jeder Teil dieser Erde ist meinem Volke heilig. Jede glitzernde Tannennadel, jeder sandige Strand, jeder Nebel in den dunklen Wäldern, jede Lichtung, jedes summende Insekt ist heilig in den Gedanken und Erfahrungen meines Volkes. (...) Wir sind ein Teil der Erde - und sie ist ein Teil von uns. Die duftenden Blumen sind unsere Schwestern, die Rehe, das Pferd, der große Adler - sie sind unsere Brüder. Die felsigen Höhen, die saftigen Wiesen, die Körperwärme der Ponies - und des Menschen -, sie alle gehören zur gleichen Familie." (Seattle)

Sich über Ökologie, Naturverbundenheit und mögliche Alternativen Gedanken zu machen, wird bei uns noch immer geringschätzig belächelt, obwohl dieser Bereich eigentlich die Grundlage des Anarchismus ausmacht. Aber dafür sind ja schließlich die Grünen da.

Im Folgenden einige Textauszüge aus dem Buch "Der ökologische Anarchismus Murray Bookchins" von Cornelia Wicht (Verlag Freie Gesellschaft):

"Der Biologe Ernst Häckel prägte vor über hundert Jahren den Begriff der Ökologie, um die Erforschung sämtlicher Beziehungen des Tieres zu seiner anorganischen und organischen Umwelt zu bezeichnen. Eng aufgefaßt, als eine der biologischen Wissenschaften, wird die Ökologie auf Daten reduziert. Bookchin faßt den Begriff der Ökologie weiter. Für ihn beschäftigt sich die Ökologie mit dem Gleichgewicht der Natur, und insofern die Natur auch den Menschen einbezieht, mit der Harmonisierung von Mensch und Natur. (...) In letzter Konsequenz ist es für ihn unmöglich, eine Harmonisierung von Mensch und Natur zu erzielen, ohne eine menschliche Gemeinschaft zu schaffen, die in einem dauerhaften Gleichgewicht mit ihrer natürlichen Umgebung ist."

Eine These Bookchins lautet: Die Vorstellung, daß der Mensch die Natur beherrschen müsse, ist zugleich mit der Herrschaft des Menschen über den Menschen entstanden. Als Tendenz ist diese Herrschaft seit Beginn der patriarchalischen Familie vorhanden; aber erst, als sich die organischen Beziehungen zwischen den Gemeinden in Marktbeziehungen auflösten, wurde der Planet zu einer Rohstoffquelle reduziert, die man ausbeutete. Diese jahrhundertelang währende Entwicklung setzt sich im Kapitalismus in gesteigertem Maße fort. Entsprechend der ihr innewohnenden Wettbewerbsnatur stellt die bürgerliche Gesellschaft nicht nur die Menschen einander feindlich gegenüber, sie stellt auch die Menschheit feindlich der Natur gegenüber.

So, wie Menschen in Waren verwandelt werden, so wird auch jeder Teil der Natur zur Ware, eine Rohstoffquelle, die nach Belieben bearbeitet und verkauft werden kann. Die liberale Beschönigung, die man für diesen Prozeß verwendet, ist "Wachstum". Der Ausdruck "Verbrauchergesellschaft" vervollständigt die Beschreibung der gegenwärtigen Ordnung als eine "Industriegesellschaft".

Bookchins These lautet, daß vom Standpunkt der Ökologie aus, der Mensch in gefährlicher Weise seine Umgebung vereinfacht. Die moderne Stadt bedeutet einen der natürlichen Entwicklung entgegengesetzten Angriff auf den Aufbau der Natur, einen Angriff des Anorganischen (Zement, Glas, Metall) auf das Organische. Der Prozeß dieser "Vereinfachung" der menschlichen Umwelt hat sowohl eine kulturelle als auch ein physische Dimension. Durch die Notwendigkeit, die ungeheuren Massen der städtischen Bevölkerung zu manipulieren - Millionen dicht nebeneinander Lebender zu transportieren, zu ernähren, zu beschäftigen und auch zu unterhalten - entsteht ein Massenkonzept von menschlichen Beziehungen, totalitär, zentralistisch und auf dasselbe Ziel ausgerichtet. Menschliche Haltungen werden durch bürokratische Techniken des gesellschaftlichen Managements ersetzt. Spontaneität, Kreativität und Individualität erfahren eine Einengung durch Standardisierung, Gleichschaltung und Vermassung. Der Lebensbereich des Individuums wird ständig weiter beschnitten. Anstatt den größten Wert auf individuelle und qualitative Eigenschaften, die ureigenste Persönlichkeit zu legen, auf freien Ausdruck und kultivierte Vielfalt, wird der Mensch wie ein Rädchen im Getriebe behandelt.

"Um den kritischen Gehalt zusammenzufassen: Um die Verschiedenheit in der natürlichen Umgebung zu verringern, verderben wir ihre Einheit und Ganzheit; wir zerstören jene Kräfte, die die natürliche Harmonie und ein dauerhaftes Gleichgewicht garantieren; und was noch wichtiger ist, wir leiten einen absoluten Rückschritt in der Entwicklung der Natur ein, der möglicherweise dazu führt, daß die Erde nicht mehr für höhere Lebensformen geeignet ist."

Um die rekonstruktive Botschaft der Ökologie zusammenzufassen: Wenn wir die Einheit und die Stabilität der natürlichen Umwelt fördern wollen, wenn wir sie harmonisieren wollen, müssen wir die Vielfalt der Natur bewahren und weiterentwickeln.

Übertragung auf die Gesellschaft

Bookchin überträgt nun diese Vorstellungen auf die Gesellschaftstheorie. Nicht nur der Ökologe, sondern auch der Anarchist sieht Vielfältigkeit als Maßstab des Fortschritts an. Für beide wird eine dauernd zunehmende Einheit durch wachsende Vielfalt erreicht:

Wie der Ökologe danach strebt, die Grenzen eines Ökosystems auszuweiten und eine freie gegenseitige Beeinflussung der Arten zu erreichen, strebt der Anarchist danach, die Skala gesellschaftlicher Erfahrungen zu erweitern und alles zu beseitigen, was diese Entwicklung behindert.

Nach Bookchin bedeutet Anarchismus nicht nur eine staatenlose Gesellschaft, die den Menschen sowohl die Anregungen des Lebens auf dem Lande als auch in der Stadt ermöglicht: Körperliche und geistige Aktivität, nicht-repressive Sinnlichkeit und selbstgeleitete Spiritualität, Solidarität in der Gemeinschaft und individuelle Entwicklung, regionale Einzigartigkeit und weltweite "Bruderschaft", Spontaneität und Selbstdisziplin, Abschaffung der Plackerei und Förderung des handwerklichen Könnens. In unserer schizoiden Gesellschaft werden diese Ziele als einander ausschließend betrachtet, als scharfe Gegensätze. Sie erscheinen als Gegensatzpaare aufgrund der Logistik der gegenwärtigen Gesellschaft - Trennung von Stadt und Land, Spezialisierung der Arbeit, Zerrissenheit des Menschen. Diese Gegensätze können nicht aufgelöst werden, ohne eine allgemeine Vorstellung von der "physikalischen" Struktur einer anarchistischen Gesellschaft zu haben.

In der modernen Technologie sind Tendenzen enthalten, die die gesellschaftliche Organisation in Form von kommunalen, relativ autonomen Produktions- und Verwaltungseinheiten materiell ermöglichen: Die moderne Technologie kann in immer kompakteren Einheiten zur Verfügung gestellt werden. Dadurch ist eine optimale Effizienz nicht erst bei Massenproduktion zu erreichen, sondern eventuell bei einem Produktionsumfang, der auf lokale Lebensgemeinschaften zugeschnitten ist. Kleinere Produktionseinheiten können sinnvoll auf lokale Rohstoffquellen zurückgreifen, wodurch konzentrierte Lagerstätten geschont werden. Wird noch die Senkung der Transportkosten berücksichtigt, so können sich dezentrale Produktionsstätten auf die Dauer sogar als effizienter erweisen. Die neue Technologie hat nicht nur elektronische Bauteile in Miniaturgröße und kleinere Produktionsanlagen entwickelt, sondern auch sehr vielseitige Werkzeugmaschinen. Sie ermöglichen es, verschiedene Produkte in einem einzigen Betrieb herzustellen. Eine kleine oder mittelgroße Gemeinschaft, die Vielzweckmaschinen benutzt, könnte viele ihrer ohnehin beschränkten industriellen Bedürfnisse befriedigen, ohne mit Überkapazitäten belastet zu sein.

Die Abhängigkeit des Menschen von der Natur muß wieder zu einem sichtbaren und lebendigen Bestandteil seiner Kultur werden. Die Entwicklung der Technologie und das Wachstum der Städte hat die Entfremdung des Menschen von der Natur bis zum Bruch vorangetrieben. Der westliche Mensch findet sich auf eine weitgehende synthetische Umwelt beschränkt, er ist physisch weit vom Land entfernt, und sein Verhältnis zur Natur muß wiederhergestellt werden, da die Lebensfähigkeit der Menschheit in Gefahr geraten ist. Die Einbeziehung der Natur in den Erfahrungsbereich der Menschen bedeutet für Bookchin auch einen Beitrag zu seiner Vervollkommnung.

Bookchin möchte die Maschine an das künstlerische Handwerk anpassen. Die Maschine soll die mühevolle Arbeit aus dem Produktionsprozeß entfernen und die künstlerische Vollendung des Produktes dem Menschen überlassen. In der Kombination industrieller Maschinen mit dem Werkzeug des Handwerkers sieht Bookchin einen qualitativen Fortschritt in der Technik hin zu einer Lebenstechnologie im Gegensatz zu der jetzt herrschenden Überlebenstechnologie. Jene sollte, neben der Wiederbelebung des Handwerks, auf eine Konzeption materieller Bedürfnisse eingestellt werden. Sie sollte außerdem die Gemeinschaften untereinander verbinden und die Hauptstütze der Konföderation sein.

Die Aufgabe, die Bookchin der Technologie in einer zukünftigen Revolution zuweist, besteht darin, ein Übermaß an Gütern mit einem Minimum an Arbeit bereitzustellen. Unmittelbarer Zweck davon ist, die "soziale Arena" ständig dem revolutionären Volk zu öffnen, die Revolution permanent zu halten.

Die bürgerliche Stadt

Die bürgerliche Stadt trennt die verschiedenen Aspekte des menschlichen Lebens - Arbeit und Spiel, Verstand und Gefühl, das Geistliche und das Sinnliche, das Private und das Gesellschaftliche - und liefert sie eine nach der anderen den Institutionen aus. Das hat negative Auswirkungen auf die Integrität des einzelnen Egos, weil dadurch Lebensinhalt verlorengeht. Das Ganze verliert seine Fassungskraft für den Einzelnen, nicht nur als Resultat einer bis ins kleinste gehenden Arbeitsteilung, sondern auch wegen des Ausmaßes der ökonomischen und industriellen Operationen. Das Spiel wird organisiert, und die imaginären Möglichkeiten des Individuums werden von vornherein entleert durch die Massenmedien, die die Tagträume des Egos definieren. Das Individuum wird zu einem stellvertretenden Zuschauer seiner eigenen Späße und Freuden reduziert. Aufklärung und Intellekt werden unter die technische Herrschaft der Akademiker und Spezialisten gebracht. Politisches Leben wird von einer immensen Bürokratie übernommen, die die Menschen als "Massen" zu manipulieren versucht, um einen öffentlichen Konsens herbeizuführen. Die privaten Rückzugsgebiete des Individuums, das Heim, Kindererziehung, Sexualität und die ruhigen Momente, die für persönliche Reflektion und Meditation reserviert sind, werden zu Instrumenten der Massenkultur, die die Erziehungsnormen diktiert, wie Elternliebe, physische Schönheit, persönliche Kleidung, Möbel und die intimsten Seiten zwischenmenschlicher Beziehungen.

Die Basis für eine städtische Einheit besteht historisch aber nicht primär aus Designelementen, sondern aus kleinsten Beziehungen zwischen den Menschen, die diese Elemente hervorgebracht haben. (...) Solange die Stadtplanung sich nicht an das Bedürfnis einer radikalen Kritik der herrschenden Gesellschaft richtet und ihre Entwurfselemente von einer revolutionären Veränderung der bestehenden Gesellschaftsbeziehungen ableitet, wird sie eine reine Ideologie bleiben - der Diener der Gesellschaft, die die städtische Krise unserer Zeit produziert.

Er anerkennt und erforscht eine neue Lebensform auf der elementarsten Ebene der zwischenmenschlichen Beziehungen. Diese neue Lebensform ist soweit wie möglich kommunal und ökonomisch von Warenverhältnissen getrennt. (...) Der Plan berücksichtigt, daß mit der "Frauenbefreiung und neuer Kommunardischer Moral die Kleinfamilie sich geschichtlich überholt". Deswegen werden Flurpläne entworfen, die multifunktionale Räume zulassen, die mehr Interaktionen begünstigen - wie gemeinsame Speiseräume, Treffpunkte und Arbeitsplätze.

Methoden werden diskutiert, wie die Dächer und Außenwände in kommunikative Verbindungsglieder mit den Nachbarhäusern und ebenso zwischen Räumen und oberen Stockwerken verwandelt werden können. Blueprint schlägt vor, Hinter- und Nebenhöfe zu entfrieden und das Land für Parks und Gärten zu öffnen, Brücken zwischen den Häusern werden vorgeschlagen, um die Trennung zwischen Innen und Außen aufzuheben.

Die Lösung der Probleme der Stadt sieht Bookchin folgendermaßen: Die Stadt muß aufgelöst und durch dezentralisierte Ökogemeinschaften ersetzt werden. Dadurch wird ein Gleichgewicht zwischen Stadt und Land hergestellt - nicht als ein sich ausbreitender Vorort, der einen Rasen oder eine Flecken strategisch angebauter Bäume mit Natur verwechselt, sondern als eine interaktive funktionale Ökogemeinde, die Industrie und Landwirtschaft, geistige Arbeit und körperliche Arbeit, Individualität mit Gemeinsamkeit verbindet. Die Natur wird dort nicht zu einem einfachen Symbol des Natürlichen, des schön anzusehenden Objekts reduziert, sondern ein integraler Bestandteil aller Aspekte der menschlichen Erfahrung werden. (Cornelia Wicht)

Was wirst du jetzt tun, mein kleiner Sohn? Was wirst du jetzt tun, mein Darling, mein Sohn? Ich geh wieder zurück, eh der Regen herunterkommt, zurück in die Tiefen der dunkelsten Wälder, wo die Menschen sich drängen, mit nichts in den Händen, an Seen und Flüssen, die alle vergiftet sind, wo das Haus in der Schlucht ein dumpfes Gefängnis ist, wo der Henker niemals sein wahres Gesicht zeigt, wo der Hunger wütet und die Seelen vergessen sind, wo keiner was zählt, wo schwarz die einzige Farbe ist, und ich sag es und denk es und sprech und atme es und signalisier es vom Berg, damit alle es sehen, dann stehe ich auf dem Ozean, bis ich anfange zu sinken, doch das Lied, das ich singe, das werd ich gut kennen, und es wird schwer, ein schwer Regen wird niedergehen. (Bob Dylan)

SIE HABEN ZU MIR GESAGT
ICH SEI EIN BERG
DER NICHT WEINT

SIE HABEN ZU DIR GESAGT
DU SEIST EINE HÖHLE
IN DER NICHT GELACHT WIRD

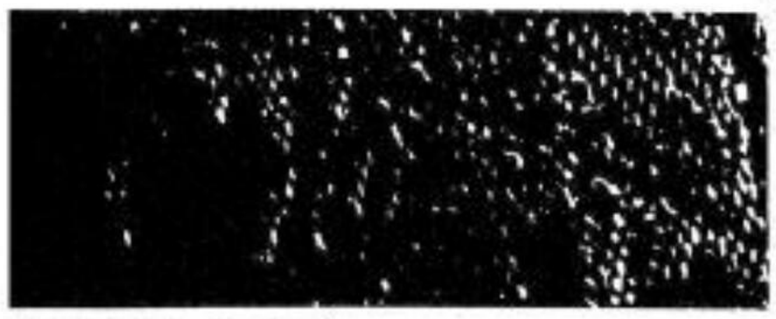
SIE LÜGEN
SIE WERDEN VERLIEREN
SIE HABEN SCHON ANGST

KEINE GRUBE KEIN TURM MEHR SICHER
GEGEN DEN AUSBRUCH UNSERER
TRÄNEN
GEGEN DEN AUFBRUCH UNSERES
LACHENS

Der autonome Orgasmus: Die Guerilla

Aber hinterher die große Rumprahlerei: Die dezenten Hinweise an die Szene, das vielsagende Lächeln, wenn die anderen den Bekennerbrief lesen. Geil. Männlich eben. Kämpferisch. (Frauen gibt's dabei eh nur wenige.)

lligatorische Plakate in jeder auto-
men WG: Der Typ mit dem Molli in
r Rechten und dem Stein in der
nken, Bilder von einem Anschlag
er 'ne Kalaschnikow - schwingende
rde. Geil. Und immer feste die Not-
ndigkeit des bewaffneten Kampfes
tonen, "beispielhafte Aktionen"
opagieren, mitleidig über die paar
aceniks herziehen, die's halt immer
ch nicht abgerafft haben. Autonom
en.



arum das Ganze?

eil ich aus der "Guerilla" komme. Und
für angebracht halte, mal offen
er Sachen zu reden, die sonst ver-
hwiegen werden. Nein, keine Angst -
h werde mich nicht vom bewaffneten
mpf distanzieren, egal ob ich Ak-
onen mache oder nicht. Kaum zu
auben, aber er ist tatsächlich not-
ndig und möglich. Da fängt ja das
tonome Geseiere schon an. Verbal-
dikalistInnen, die mit dem ganzen
litanten Geschwätz doch nur über-
nchen wollen, daß sie selber sowas
cht auf die Reihe kriegen. Daß sie
nn lieber doch nicht so ganz auto-
m sein wollen. Und wenn die Bullen
l wieder 'ne Demo angreifen, laufen
wie die Hasen. "Feuer und
amme"? Ha, ha!

ann das andere Extrem: Leute, die es
emlich ernst mit ihrem politischen
nspruch nehmen und meinen, sie
üßten jetzt damit zwangsweise, un-
edingt und sofort was in die Luft
gen, obwohl sie wissen, daß sie we-
er der Aktion noch eventuell Knast
sychisch gewachsen sind. The show
ust go on!

Wo's mir allerdings die Haare aufgestellt hat, das war die Sache mit den autonomen KriegerInnen, die Bundeswehrmacker weit in den Schatten stellen. Obercool an Aktionen rangehen, daß du dir wie der letzte Arsch vorkommen mußt, wenn du zugibst, daß du Schiß hast. Ich hab's trotzdem gemacht. Darauf die überheblich-arrogante Tour: Könnten sie ja verstehen, daß jemand nicht so hart drauf ist wie sie, ich soll ihnen dann Bescheid sagen, wenn ich's wieder packe. Wie cool manche sind, wurde mir erst bei einigen Aktionen klar. Das fängt an mit Leuten, die technisch Null Ahnung haben bzw. das nicht zugeben und so tun, als hätten sie alles voll im Griff. Nur kann's böse in die Hose gehen. Sprengstoff heißt halt so, weil er auch in die Luft fliegen kann. Und Strommasten sollen ja ab und zu auch mal was Strom abgeben. Und auch wenn's mir manche nicht glauben wollen, 'nen kleinen Unterschied gibt's ja schon noch zwischen 'ner S-Bahn und 'nem Militärtransport.

Besonders krass auch die Menschenverachtung, die sich in manchen Aktionen zeigt. Ich will hier auf eine detaillierte Schilderung zwecks Gefährdung einiger Leute verzichten. Was für mich nur fast an faschistische Tendenzen grenzt, sind Anschläge, bei denen unbeteiligte Menschenleben auf's Spiel gesetzt werden (kein Spaß!). Brandanschläge, ohne zu bedenken, daß das Feuer auch übergreifen kann. Aktionen, die zum Selbstzweck werden, wo nur noch das nötige Menschenmaterial fehlt (Leute, die mal so kurz mit reingezogen werden). Mal ganz zu schweigen von der Sicherheit der eigenen GenossInnen. Es wird überhaupt nicht dran gedacht, ob die vielleicht sogar dabei draufgehen können oder ob mensch ne realistische Fluchtchance hat. Leute, die sich nicht so gut dabei fühlen, werden mit dem Argument "Notfalls mach ich's halt allein" unter Druck gesetzt.

Oft wissen nicht mal alle GruppenmitgliederInnen, was eigentlich genau abgefackelt wird. Manchmal weiß es keineR so genau und so werden dann halt - wie schon öfters passiert - die total falschen Sachen gefackelt und Leute gehen psychisch und physisch vor'n Arsch.

Ja, es ist wichtig, Sachen oder Personen anzugreifen. Noch wichtiger jedoch folgendes:

1. Aktionen gehören zum autonomen Kampf wie Flugis-verteilen, Veranstaltungen organisieren, inha[illegible] liche Arbeit zu leisten. Das e[illegible] läuft ohne das andere nicht.
2. Es ist keine Schande, Angst zu haben. Ihr seid deshalb nicht weniger autonom (eher mehr). Auch wir haben ziemlich Schiß. Wenn ihr Panik vor 'ner Aktion kriegt, laßt sie auf **jeden Fall** bleiben!
3. Sucht eure Objekte genau aus. Was wollt ihr damit vermitteln (eine Aktion muß auch ohne Bekennerbrief verständlich sein). Habt ihr eine realistische Chance, euch hinterher wieder zu verpissen?
4. Ihr müßt absolut **alles** über die Materialien wissen, mit denen ihr umgeht. So blöd es klingt (auch schon passiert): Den Lappen erst anzünden, wenn der/die andere mit dem Benzin-Verschütten fertig ist! (Zur Not eben überhaupt nicht, wenn die Zeit drängt!)
5. Gefährdet ihr euch selber oder unbeteiligte Menschen?
6. Zu den Kleingruppen. Am besten nicht mehr als drei Leute, die sich nicht nur für eine Aktion treffen, sondern länger zusammenbleiben. Redet über eure Ängste! Setzt euch mit Knast auseinander! Spielt genau Situationen wie die Festnahme und das Verhalten im Knast durch!
7. Die Methoden der Spurensicherung sind inzwischen von den Pigs ganz gut ausgearbeitet. Informiert euch genau darüber!
8. Sucht euch Adressen, wo ihr im Ernstfall untertauchen könnt.
9. Fehler bei Aktionen enden nicht vor'm revolutionären Tribunal, sondern in einer sinnvollen Diskussion.
10. Konspirativität ist kein autonomer Modegag, sondern **absolute** Notwendigkeit!
11. **Liebe, Kraft und Zärtlichkeit im Kampf!!**

Auf daß es auch in unseren Herzen brennt!

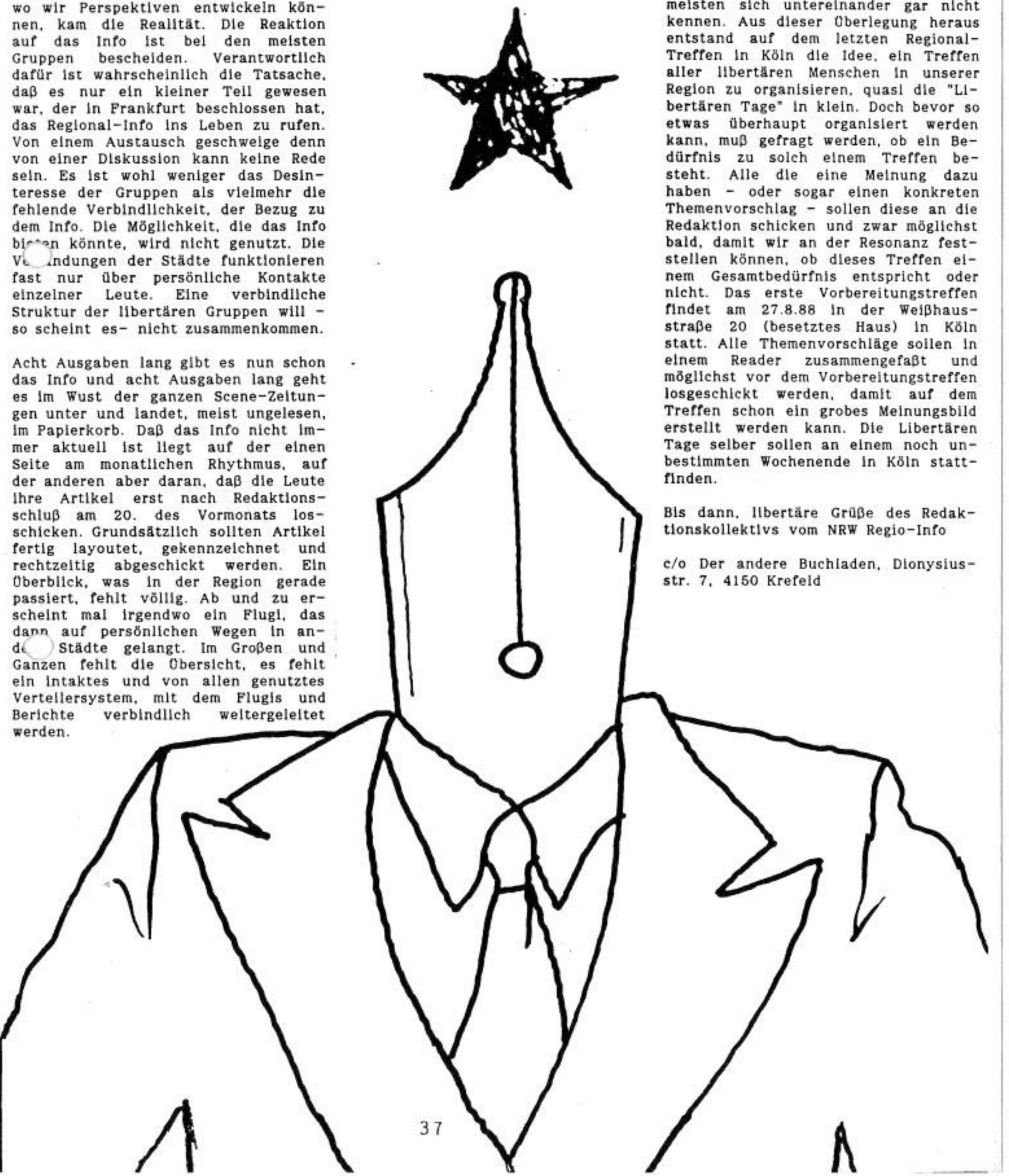
Eine Guerillera

Wer kennt Wen in der Region?

Auf den Libertären Tagen, Ostern 87, in Frankfurt haben sich Menschen aus NRW zusammengefunden, um ein längst fälliges Kommunikationssystem unter den anarchistischen und autonomen Gruppen in der Region herzustellen.

Gesagt - getan: Oktober 87 kam die erste Ausgabe des Regional-Infos für NRW raus. Mit dem hohen Anspruch, ein selbstbestimmtes Medium für alle libertären Menschen innerhalb der Region zu haben, im dem sich unsere Zusammenhänge austauschen können, wo wir Perspektiven entwickeln können, kam die Realität. Die Reaktion auf das Info ist bei den meisten Gruppen bescheiden. Verantwortlich dafür ist wahrscheinlich die Tatsache, daß es nur ein kleiner Teil gewesen war, der in Frankfurt beschlossen hat, das Regional-Info ins Leben zu rufen. Von einem Austausch geschweige denn von einer Diskussion kann keine Rede sein. Es ist wohl weniger das Desinteresse der Gruppen als vielmehr die fehlende Verbindlichkeit, der Bezug zu dem Info. Die Möglichkeit, die das Info bieten könnte, wird nicht genutzt. Die Verbindungen der Städte funktionieren fast nur über persönliche Kontakte einzelner Leute. Eine verbindliche Struktur der libertären Gruppen will - so scheint es- nicht zusammenkommen.

Acht Ausgaben lang gibt es nun schon das Info und acht Ausgaben lang geht es im Wust der ganzen Scene-Zeitungen unter und landet, meist ungelesen, im Papierkorb. Daß das Info nicht immer aktuell ist liegt auf der einen Seite am monatlichen Rhythmus, auf der anderen aber daran, daß die Leute ihre Artikel erst nach Redaktionsschluß am 20. des Vormonats losschicken. Grundsätzlich sollten Artikel fertig layoutet, gekennzeichnet und rechtzeitig abgeschickt werden. Ein Überblick, was in der Region gerade passiert, fehlt völlig. Ab und zu erscheint mal irgendwo ein Flugi, das dann auf persönlichen Wegen in andere Städte gelangt. Im Großen und Ganzen fehlt die Übersicht, es fehlt ein intaktes und von allen genutztes Verteilersystem, mit dem Flugis und Berichte verbindlich weitergeleitet werden.



Ein weiterer Grund, warum sich so wenig Menschen aktiv am Info engagieren, ist sicherlich der, daß die meisten sich untereinander gar nicht kennen. Aus dieser Überlegung heraus entstand auf dem letzten Regional-Treffen in Köln die Idee, ein Treffen aller libertären Menschen in unserer Region zu organisieren, quasi die "Libertären Tage" in klein. Doch bevor so etwas überhaupt organisiert werden kann, muß gefragt werden, ob ein Bedürfnis zu solch einem Treffen besteht. Alle die eine Meinung dazu haben - oder sogar einen konkreten Themenvorschlag - sollen diese an die Redaktion schicken und zwar möglichst bald, damit wir an der Resonanz feststellen können, ob dieses Treffen einem Gesamtbedürfnis entspricht oder nicht. Das erste Vorbereitungstreffen findet am 27.8.88 in der Weißhausstraße 20 (besetztes Haus) in Köln statt. Alle Themenvorschläge sollen in einem Reader zusammengefaßt und möglichst vor dem Vorbereitungstreffen losgeschickt werden, damit auf dem Treffen schon ein grobes Meinungsbild erstellt werden kann. Die Libertären Tage selber sollen an einem noch unbestimmten Wochenende in Köln stattfinden.

Bis dann, libertäre Grüße des Redaktionskollektivs vom NRW Regio-Info

c/o Der andere Buchladen, Dionysiusstr. 7, 4150 Krefeld

EUROPÄISCHE ZUSAMMENARBEIT

In der Nacht vom 24.-25. Januar haben wir versucht ein Attentat auf die ELBA-Druckerei, Fokkerstraat in Schiedam zu verüben.

ELBA ist verantwortlich für die Produktion des neuen niederländischen Passes. Bei dem Anschlag wurden u.a. sechs J.-Benzin (?, d.S.) und sechs Sprengladungen verwendet, um diese zu entfachen.

In der Berichterstattung über das Chaos beim Zustandekommen des neuen Passes scheint die Betonung beim Machtkampf zwischen dem Innen- und Außenministerium zu liegen, namentlich bei der Frage, wer die Ausgabe organisieren soll. Zweiter Aspekt scheint die Aufregung zu sein angesichts der Privatisierung. Unser Pass ist, wie es sich erweist, verdingt an eine private Holding, bestehend aus Philips und ELBA. Dieser Schleier von -scheinbaren- Interessengegensätzen vernebelt die Sicht auf die wirklichen Ursachen und Hintergründe für die Entwicklung eines neuen einheitlichen europäischen Passes.

Das Europa der Bürger

Im Dezember 74 wurde in Paris auf dem europäischen Gipfel eine Arbeitsgruppe installiert, die die Möglichkeiten einer sogenannten Paßunion untersuchen sollte. Die Maßnahmen, die die Paßunion zu einer Tatsache machen mußten, bestanden aus:

- der Einführung eines einheitlichen Passes
- der schrittweisen Gleichschaltung der Ausländergesetzgebung
- Abschaffung der Paßkontrolle innerhalb der EG
- gemeinschaftliche Kontrolle an den Außengrenzen.

Dies führte im Juni 81 zu einem Vorschlag des Aufstellens von Richtlinien für einen Paß mit einheitlichem Modell.

Im Februar 86 wurden Änderungen angebracht im EG-Vertrag und festgelegt in der sog. europäischen Akte. Darin steht, daß die Mitgliedstaaten eine völlige Abschaffung der Kontrolle an den Innengrenzen bis 92 anstreben wollen. Dies, um zu einem Innenmarkt zu gelangen, damit ein freier Verkehr von Gütern, Diensten und Kapital gewährleistet ist. Das Bilden des Innenmarktes wird in Phasen verwirklicht werden. Eine dieser Phasen ist die Ausführung des Schengen-Vertrages, ein Vertrag der 85 zwischen der BRD, Frankreich und den Benelux-Staaten abgeschlossen wurde. Ziel ist die Abschaffung der Kontrollen an den Innengrenzen bis 1990.

Er beinhaltet eine schrittweise Einführung von Maßnahmen, um so die Auswirkungen zu testen und diese mittels intensiver internationaler Zusammenarbeit der Polizei zu beurteilen und anzupassen.

Sie fürchten, daß die Einstellung der Kontrolle an den Innengrenzen Folgen haben wird für die Kontrollierbarkeit der illegalen Einreisen von Ausländern, der illegalen Einfuhr von Gütern und für die Bedrohung der Staatssicherheit. Die in diesem Zusammenhang nötigen Maßnahmen werden auf amtlichem Niveau in Arbeitsgruppen ausgearbeitet, namentlich den Arbeitsgruppen:

- Polizei und Sicherheit
- Personenverkehr

In der Arbeitsgruppe Polizei und Sicherheit arbeitet man eng zusammen mit den Innenministern, Justizministern, der TREVI-Gruppe und den Mitgliedern des europäischen Rats - an konkreten Harmonisierungsmaßnahmen in Bezug auf Fahndung und Datenaustausch auf dem Gebiet der Kriminalität, Drogen, Waffen, Terrorismus und der illegalen Immigration.

In der Arbeitsgruppe Personenverkehr geht es namentlich um Vorschläge in Beziehung zu der Gleichschaltung von Asylgesetzen, den Kriterien der Zulassung, Verbleibsgründe, Visa und Asylrecht.

Kommunique: Anschlag auf Druckerei des neuen Passes

Daneben haben die Schengen-Fünf verabredet, ihre Außenpolitik gemeinsam abzustimmen auf die Verwirklichung der Zielsetzung der EG, die TREVI-Beratungen und dem Europarat. Die Maßnahmen, die von diesen amtlichen Arbeitsgruppen ausgearbeitet werden, sind:

- eine strikte Kontrolle an den Außengrenzen
- Koordinierung der Visumpolitik
- Informationsaustausch zwischen Ausländerstellen/-behörden
- Zusammenarbeit bei der Auslieferung von Illegalen

Die politischen Verbände der Zusammenarbeit auf EG-Niveau sind:

- Die Europäische Politische Zusammenarbeit. Ursprünglich errichtet, um die Außenpolitik der Mitgliedstaaten zu koordinieren und abzustimmen auf europäischem Niveau.
- Die TREVI. '76 verabschiedeten die EG-Minister, beteiligt an der Terrorbekämpfung, eine Resolution, die als Ziel hat, die Bekämpfung des internationalen Terrorismus zu intensivieren. Später wurde dies Zielsetzung ausgeweitet auf die Bekämpfung der internationalen schweren Kriminalität, Drogen, Ausländer und politischen Radikalismus.

Internationale Restrukturierung und europäische Vereinheitlichung

Ihre obengenannte Entwicklung des "Europas der Bürger" führt zu einem Verwaltungsproblem, namentlich der offenen Innengrenzen, die nötig sind für die Verwirklichung des Innenmarkts. Verwaltungsprobleme besonders in Bezug auf die Kontrolle der Bewegungen von Ausländern, aber auch von Europäern, die zu einer der marginalen Gruppen gehören. Korthals-Altes (Justizminister der Niederlande) dazu: "Die kommende SOFI-Nummer (Sozial-Fiskal-Nummer) müßte kombiniert werden mit einem allgemeinen Identitätsnachweis durch Photo, Namen und Adresse und Folgenummer. Und so ein Identitätsnachweis müßte Teil sein eines neuen europäischen Passes, so daß die Eurocomputer jeden besser im Auge behalten können."

Ergebnis wird sein, daß das Kontroll- und Verwaltungsproblem gelöst werden muß mittels der Einführung der Identifikationspflicht. Die Form, in der sich die Identifikationspflicht manifestieren wird, wird abhängen von den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen. Konkret, je nachdem ob die Krise sich vertieft und der Widerstand wächst, wird die Identifikationspflicht schärfere Formen annehmen.

Sie denken an unbemerkte elektronische Registration, wo der Magnetstreifen auf dem Paß die Information weitergibt an angekoppelte Eurocomputerbestände, womit Kategorisierung leicht stattfinden kann (Ausländer, Sozialhilfeempfänger, politsche Aktivisten, AIDS-Kranke oder Menschen aus den sog. Risikogruppen usw.).

Die Einführung des neuen Passen nach europäischem Modell bedeutet eine Verschärfung der repressiven Funktion des Staates. Er wird antiziplert auf Verwaltungsprobleme, die die europäische Vereinheitlichung mit sich bringt. Der Grund weshalb wir dies angreifen ist nicht die Sorge um das Verschwinden des sog. liberalen Rechtsstaates oder der toleranten Gesetzgebung. Die Vertiefung der Krise und die Verschärfung der Repression zeigen, daß bürgerliche Freiheiten und "liberale" Strafgesetzgebung verschwinden in dem Moment, wo es dafür eine politische, ökonomische oder militärische Notwendigkeit gibt. Internationale Restrukturierung ist die Triebkraft hinter der europäischen Vereinheitlichung. Gelenkt von mächtigen Interessengruppen - wie die "Industrielle Tafelrunde", bilden nationale und europäische Politiker die sozialen und politischen Bedingungen, die notwendig sind, um der ökonomischen Restrukturierung eine gesellschaftliche Basis zu verleihen.

Die Gründe der internationalen Restrukturierung finden sich in der Krise der Weltökonomie anfang der 70. Jahre. Das wachsende Bewußtsein als Folge des antikolonialen und antiimperialistischen Kampfes der Befreiungsbewegungen in der 3. Welt führte zu heftigeren militärischen Interventionen und zur Installation von Diktaturen. Diese Interventionspolitik sollte zu einer schnelleren Transformation führen von halbfeudalen und präkapitalistischen Gesellschaftsformen zu einer kapitalistischen Gesellschaftsform. Dies führte zu:

- internationaler Arbeitsteilung. Die - gewordenen- teuer Teile des zu arbeitsintensiven wurden abendländischen Produktionsprozesses zur verlegt von den Zentren Peripherie. Japan hat Südkorea, Europa den Nahen Osten und Nordafrika, die USA Lateinamerika. einer forcierten Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise. Dies ist notwendig um regionale Märkte zu schaffen für überflüssige Vorräte und Konsumgüter.

- Es gibt Pläne, der Polizei das Recht zu verleihen, jedeN zu durchsuchen.
- Zum Schluß gibt es noch neuere Ideen, die Schießvorschrift der Polizei zu erweitern.

'ie ein System von Maßnahmen auf erschiedenen Niveaus endgültig zu inem schließenden Netzwerk werden ann, kann mensch sehen am Beispiel er "Ausländerpolitik". Innerhalb einer chon seit Jahren mehr auf europäsches Niveau eingestellten Politik 'erden alle Existenzmöglichkeiten sytematisch abgerissen. Die Einführung es sog. "sanitären Gürtels" um Eupa heißt, daß keiner aus der 3. Welt ehr reinkommt und daß diejenigen, ie hier schon wohnen, ausgewiesen 'erden. Die Niederlande vertreten in ieser Politik eine Initiativrolle. Die iederlande nehmen schon seit Jahren iel weniger Flüchtlinge auf im Verleich zu anderen Ländern und das etzte Halbjahr geht sie auch voran, as den Prozentsatz an Ausweisungen etrifft.

)ie Umstrukturierung der Polizei und ustiz im repressiven Sinne verläuft ılt großer Geschwindigkeit.

'ichtig für die Beherrschung der inändischen Opposition, sicherlich geoppelt an eine drastische Änderung es Produktionsprozesses, ist natürlich ie Frage, ob sie imstande sind, ihre aßnahmen den ArbeiterInnen (ob arbeitend oder nicht) aufzudrängen. ittels dem Zwangsmittel der Massenrbeitslosigkeit sind schon große Verchiebungen innerhalb der Arbeitserhältnisse aufgetreten, in der Richung einer (durch die ökonomische lite erwünschten) Flexibilisierung der rbeit. Ein wachsender Prozentsatz der rbeit wird besorgt mittels Überstunen, Schichtdienst, Aufrufkontrakten nd Heimarbeit. Diese Arbeit wird vor llem durch Frauen verrichtet, in ollkommener Rechtlosigkeit und für inen unvorstellbar niedrigen Akkordohn.

er durchschnittliche Stundenlohn ällt, die individuelle Arbeitsleistung ird erhöht, zum Nutzen der flexiblen rbeitsleistung wird das Entlassungsecht für Arbeitgeber vereinfacht. Die on den Arbeitsämtern und Betriebsereinigungen beschränkte Definition on passender Arbeit macht es leicht, rbeitslose zu zwingen, Teilzeitarbeit ler provisorische Kontrakte zu akeptieren. Pläne gibt es weiter, nach em Mindestjugendlohn auch den Mindestlohn für Erwachsene zu erniedrien und den freien Samstag abzuschaffen usw.

Immer größere Gruppen Menschen werden glattweg als illegal erklärt. Ein Erlaubnissystem mit unmöglichen Forderungen ist eingeführt worden. Die Kontrolle wird gesteigert über eine Meldepflicht, die es übrigens schon länger gibt. Als Sanktion folgt eine Deportation über die geölte Ausweisungsmaschine.

Der Staatsapparat institutionalisiert den Rassismus gegenüber denjenigen, die durch den Rassismus minimale Aussichten haben auf Wohnraum oder Arbeit. Keine Arbeit, kein Haus - keine Aufenthaltserlaubnis - Ausweisung.

Wenn die letzten Vorschläge der Staatssekretärin Korte-van Hemel verabschiedet werden, werden die verschiedenen (neuen) Datenbestände für diese rassistischen Ziele verwendet. Innerhalb dieser Vorschläge wird schon für eine Meldepflicht plädiert für die Beamten beim Wohnungsamt, Sozialamt, Unterricht, Gesundheitspflege. Sie sollen "illegale" an ihren Schaltern melden bei der Ausländerpolizei.

Das Netzwerk der Registrierungen bei den verschiedenen Anstalten kann so verwendet werden um Menschen völlig aus der Gesellschaft zu werfen, abgeschnitten von allen Existenzbedingungen.

Es gibt ein gemeinschaftliches Interesse zum Widerstand gegen die politischen, ökonomischen und militärischen Reorganisierungen, neben dem notwendigen Kampf jeder einzelnen Bevölkerungsgruppe gegen den Angriff auf ihre spezifischen Existenzbedingungen. Nicht nur weil die verschiedenen Maßnahmen uns alle treffen, vielmehr noch, weil jedes Mal wenn die herrschende Klasse den Widerstand einer bestimmten Gruppe zu schwächen versteht, ihr Zugriff auf das Ganze wächst.

So wird der Staat für eine erfolgreiche Einführung der Identifikationspflicht von einer vom größten Teil der Niederlande verschmähte, Gruppe wie den Fußballfans, Argumente entlehnen für eine Ausweitung dieser Identifikationspflicht. Und seit es gelungen ist, die Tamilen als erste Gruppe in eine Bett-Bad-Brot-Regelung zu zwingen, ist es in einem raschen Tempo "normal" geworden, diese Lagermethoden auf immer größere Gruppen von Ausländern anzuwenden.

Wie theoretisch dies im Moment klingen mag: Die Frauen, ArbeiterInnen, SozielhilfeempfängerInnen, AusländerInnen haben ein gemeinsames Interesse, offensiv Widerstand zu leisten gegen die Einführung von solchen Maßnahmen. Die Defensive, sich beschränken auf den Kampf der Gruppeninteressen, ergibt schließlich wenig mehr als schrittweisen Rückzug - was ihnen bei der einen Gruppe nicht gelingt, holen sie an einer anderen Front rein.

Die Folgen - Mutlosigkeit, individuelle Ohmacht, Verfremdung - sind die letzten zwanzig Jahre noch nie so groß gewesen. Sowohl bei den großen Gruppen mit keiner oder wenig Perspektive, als auch bei denjenigen, die in den vergangenen Jahren Widerstand geleistet haben. Das Durchbrechen davon ist eine Bedingung zum Überleben, der Beginn des Endes der Isolation.

Das ist unsere Perspektive hier, im "überentwickelten" Westen. Und das im Bewußtsein, daß der Kampf für unsere Befreiung unlösbar verbunden ist mit dem Befreiungskampf in der 3. Welt. Die Entwicklung eines vereinheitlichten Europas bedeutet auch eine Verschlimmerung der Perspektive der Bevölkerung in der 3. Welt. Mit ihnen und den Kämpfenden in Europa sind wir verbunden.

Mit diesem Kommunique wollen wir einen Beitrag leisten zu der Entwicklung einer Perspektive. Ein Beitrag über das Wie und Warum von Entwicklungen und ihren Zusammenhängen. Um so, trotz gegenseitiger Differenzen, zu erkennen, welche Folgen gemeinschaftlich sind, und um so daraus die Notwendigkeit des gemeinsamen Widerstands zu erkennen und den Kampf zu entwickeln.

REVOLUTIONAR
PASARAN
COMMANDO
NO

Solidarität mit dem Volksaufstand im besetzten Palästina

Solidarität mit dem Freiheitskampf in Azania

Was in diesen Tagen in der Weltöffentlichkeit als brutaler Umgang der Israelis mit dem sogenannten "palästinensischen Flüchtlingsproblem" gezeigt wird, ist in Wirklichkeit die direkte Konfrontation zwischen dem unterdrückten und ausgebeuteten palästinensischen Volk und der zionistischen Bevölkerungspolitik, zwischen dem kämpferischen antikolonialen und antiimperialistischen palästinensischen Proletariat und den arabischen Bourgeoisien in Kooperation mit dem Zionismus. Es geht heute um mehr im Nahen Osten als nur um regional begrenzte Kriege (Palästina, Libanon, Kurdistan, Golfkrieg): Langanhaltender bewaffneter Volks- und Klassenkrieg gegen Durchsetzung einer neuen imperialistischen Ordnung.

Inzwischen hat der Freiheitskampf unserer Schwestern und Brüder in Südafrika und Palästina gegen Rassismus, Kolonialismus und Imperialismus einen neuen Aufschwung erfahren. Seit Anfang Dezember 1987 hat sich der Widerstand des palästinensischen Volkes - hunderttausende Jugendliche und Frauen voran - zu einem breiten Volksaufstand entwickelt. Revolutionärer Internationalismus in den Metropolen muß da praktisch werden, wo neben den Streiks der umfassende ökonomische und politische Boykott gegen Israel und Südafrika zur Waffe werden kann - und hier bei uns vor Ort die Konzerne ihre Geschäfte weiterführen.

Als Reservoirs für billige Arbeitskräfte erfüllen die sogenannten "besetzten Gebiete" in Palästina dieselbe Aufgabe wie die sogenannten "Homelands" in Südafrika. Es ist kein Zufall, daß die beiden Apartheid-Regimes in Israel und in Südafrika eng miteinander zusammenarbeiten: Entwicklung und Herstellung gemeinsamer Waffen; Destabilisierung von fortschrittlichen Ländern in Afrika, Terrorisierung und Liquidierung von afrikanischen Freiheitskämpferinnen. Neben dem Schutz des Regimes in Pretoria vor Umsturz und der Hilfe zur Umgehung von Sanktionen sind die zionistischen subversiven Aktivitäten in Afrika Teil der imperialistischen Strategie zur Unterwerfung afrikanischer Länder unter kapitalistische Interessen und zur Niederschlagung revolutionärer Befreiungsbewegungen.

Hamburg ist der zentrale Importhafen für Früchte aus Südafrika und Israel. In der Oberhafenstraße beim Fruchthof liegt die Verwaltungszentrale der wichtigsten Firmen des internationalen Früchtegeschäfts. Exemplarisch zu nennen ist die SCIPIO-Tochtergesellschaft OLFF & SOHN als Generalagent für südafrikanisches und israelisches Obst, die zugleich den Umschlag und Transport der Ware mitorganisiert und damit zu führenden Partnern der beiden Regimes wird. Wir haben uns bemüht, daß Feuer und Flamme Zugang in die Verwaltungszentrale finden.

Den antiimperialistischen Kampf in den drei Kontinenten aufgreifen und in das "Herz der Bestie" tragen!

Die Widersprüche hier zur Explosion bringen!

Thaura hat al nassr! - Revolution bis zum Sieg!

Asijiki! - Wir werden nicht zurückweichen!

Revolutionäre Zellen

IBM-Niederlassung in Johannesburg

„Wir müssen handeln"

FRA

Die Rolle der palästinensischen Frau im Volksaufstand

(Von einer Vertreterin der Union Palästinensischer Frauenkomitees, übernommen aus Al Karamah)

Die bewaffnete Revolution von 1936 bis 1939 hatte den Charakter eines Volksbefreiungskrieges und brachte das Streben des palästinensischen Volkes um seine Freiheit und die Beseitigung aller Besatzungsformen zum Ausdruck. Palästinensische Frauen trugen die Waffe und kämpften Seite an Seite mit den Männern gegen die britische Kolonialmacht und die zionistische Einwanderung und Besiedlung. Gesellschaftliche und religiöse Bedingungen sowie die Unreife des subjektiven Faktors verhinderten jedoch eine breite Teilnahme der Frauen an der palästinensischen Revolution. Die Ereignisse von 1936–1939 waren dennoch der erste Schritt auf dem Weg zur Herausbildung einer palästinensischen nationalen Identität.

Die nationalen Bewegungen nach 1939 zogen aus der Revolution ihre Lehren, um ihre Kampfformen weiter zu entwickeln. Es wurde u.a. erkannt, daß im revolutionären antikolonialen Kampf die Beteiligung der Frauen als wichtiger Teil der Volksmassen notwendig und unentbehrlich ist. Eine weitere große Rolle nahmen die Gefahren der britischen Besatzungsmacht, sowie der zionistischen Einwanderung als objektiver Faktor für die Mobilisierung und Beteiligung der Frauen am politischen und bewaffneten Kampf ein. Die zionistischen Siedler und ihre Terrororganisationen wie Haganah, Stern u.a. gingen mit Massakern (Kafr Kassem, Deir Yassin u.a.) gegen das palästinensische Volk vor. Die Gründung des zionistischen Gebildes 1948 hatte sodann die Vertreibung und Zwangsumsiedlung zur Folge. Alle diese verbrecherischen Methoden zielten auch darauf ab, die palästinensische nationale und kulturelle Identität zu zerschlagen.

Im Zeitraum zwischen 1948 und 1967 beschränkte sich die Arbeit der Frauen in den Frauenkomitees auf Hilfsmaßnahmen und die Betreuung der Vertriebenen bzw. der Kinder der Gefallenen usw., d.h. auf die humanitären und sozialen Bereiche.

Im Jahre 1964 wurde die palästinensische Frauenorganisation gegründet, die auch an der ersten PNC-Tagung der PLO teilnahm. Die Generalunion palästinensischer Frauen wurde unmittelbar nach der Gründung der PLO ins Leben gerufen.

Die Niederlage der arabischen Regime 1967 kennzeichnete den Beginn einer neuen Phase, da viele Frauen aufgrund eigener Initiative begannen, sich an allen Kampfformen zu beteiligen. Die Gründe für diese Entwicklung waren die tagtägliche Konfrontation mit den zionistischen Besetzern, die Erfahrungen aus den vorangegangenen Jahren, sowie der starke patriotische Aufschwung innerhalb und außerhalb Palästinas durch die palästinensische Revolution. Das Anliegen dieser Frauen bestand nicht nur darin, ihre Stellung als Frauen hervorzuheben und zu konsolidieren, sondern in erster Linie war beabsichtigt, über die gezielte und ernsthafte Arbeit mit Frauen aus allen Schichten eine breite Frauenbasis zu schaffen, die sich am nationalen Befreiungskampf beteiligen und somit ihren natürlichen und unentbehrlichen Platz im Befreiungsprozess sowohl gesellschaftlich, als auch national einnehmen sollte. Die dialektische Beziehung zwischen objektiven Bedingungen (Besatzung etc.) und subjektiven Bedingungen (eigene Initiative etc.), sowie das Voranschreiten der Revolution führte dazu, daß mit dem Ende der 70er Jahre die verschiedenen Frauenorganisationen, der sich die Frauen aus allen Schichten in den besetzten Gebieten anschlossen, einen starken Aufschwung und intensive Verbreiterung verzeichnen konnten.

Die palästinensischen Frauenorganisationen und die Union palästinensischer Frauen-Komitees; deren Aufgaben, Programme und Ziele

Die palästinensischen Frauenorganisationen sind eine Verlängerung der politischen Organisationen innerhalb der PLO. Ihre politischen Forderungen und Programme unterscheiden sich nicht von denen der PLO, sie richten sich vielmehr nach der Nationalcharta und dem politischen Programm der PLO.

Die Union palästinensischer Frauen-Komitees betrachtet die Befreiung der Frau als Teil des Befreiungsprozesses der Gesellschaft insgesamt. Sie sieht, daß die palästinensische Gesellschaft als Ganzes unter einer nationalen und klassenmäßigen Unterdrückung zu leiden hat. Dies erfordert einen erbitterten und ausdauernden Kampf der palästinensischen Frau, damit alle Formen der Unterdrückung sowohl die, welche die Frau im besonderen betreffen, als auch die, unter denen die gesamte Gesellschaft leiden muß beseitigt werden.

UEN

Es wird dann letztlich eine Gesellschaft geben, die sich aus der Unterdrückung befreit hat, sei es die durch die Besatzung oder die der Frau durch den Mann. Um diese Ziele zu erreichen und um ein klares Bild der Frauenarbeit im allgemeinen und der gewerkschaftlichen Arbeit der Frauen in den besetzten Gebieten zu vermitteln, wurden in der Vergangenheit Frauenvereine aufgebaut. So wurde 1981 die Union palästinensischer Frauen-Komitees gegründet. 1981 hatte sie ihre erste Konferenz, 1985 ihre zweite und zur Zeit bereitet sie ihre dritte vor. Die Union richtet sich an die Frauen aller Schichten aus der Bevölkerung in den besetzten Gebieten; so wendet sie sich an die Schülerinnen, Studentinnen, Arbeiterinnen und auch and Hausfrauen. Geographisch gesehen wendet sie sich an die Frauen in den Städten, Dörfern und Flüchtlingslagern, an die Landbevölkerung ebenso wie an die städtische Bevölkerung. Um in diesen Gebieten gezielt und erfolgreich arbeiten zu können, müssen zunächst gründliche, objektive Untersuchungen über die spezifische Situation der Frau im Lager, im Dorf und in der Stadt durchgeführt werden. Denn nur dann kann auf die jeweiligen Vorstellungen und Bedürfnisse der Frauen eingegangen werden. Die Union hat somit in ihrer Arbeit verschiedene Ausgangspunkte.

Der erste Ausgangspunkt ist der soziale. So geht die Union in die Dörfer und Lager, besucht die Frauen zuhause und baut soziale Kontakte zu ihnen auf, um durch Diskussionen, Veranstaltungen und bestimmte Programme, die in den Häusern angeboten werden, deren Bewußtsein zu erhöhen und sie zu mobilisieren, sich einer Frauenorganisation anzuschließen. Zu Anfang wird mit den Frauen zuhause über allgemeine Probleme und über ihre jeweilige Situation im Haus diskutiert. Dann versucht die Union das Bewußtsein der Frauen mithilfe von Kursen und Veranstaltungen zu erweitern.

Die von der Union veranstalteten sozialen Programme für die palästinensische Frau beschäftigen sich immer mit der Situation und der Stellung der Frau in der Familie und in der Gesellschaft. Innerhalb der Familie geht es dabei speziell um die Entwicklung eines neuen Verhältnisses zwischen der Frau und ihrem Mann. Desweiteren geht es um ihr Verhältnis zu ihren Kindern und um Erziehungsfragen. Die Frauen werden zur gleichberechtigten Erziehung ihrer Töchter und Söhne angeregt, sowohl was deren Bildung und die Umgangsweise mit gesellschaftlichen Problemen, als auch die Arbeit betrifft; die heranwachsende palästinensische Frau hat das Recht, sich am gesamten gesellschaftlichen Leben zu beteiligen.

Im direkten Kontakt mit den Frauen aus den Flüchtlingslagern, Dörfern und Städten stößt die Union auf sehr große Schwierigkeiten - nicht nur in der Konfrontation mit den jeweiligen Traditionen, die dort verwurzelt sind, sondern auch mit den religiösen Maßstäben der arabischen Gesellschaft. So versucht die Union zunächst, den religiösen Faktor zu neutralisieren und den gesellschaftlichen Faktor - den nationalen patriotischen Faktor - der für viele Angelegenheiten auf palästinensischer Ebene zum Maßstab geworden ist, bei den palästinensischen Massen in den Vordergrund zu stellen. Natürlich richtet sich die Konfrontation nicht direkt gegen die Religion. Es wird jedoch darauf hingearbeitet, daß die Frauen von sich aus allmählich zu konkreten Überzeugungen in Bezug auf alle Angelegenheiten, die ihre Person betreffen, gelangen, mit dem Ziel, ihre Stellung und Unabhängigkeit voranzutreiben.

Die Union betrachtet es als großen Erfolg, daß sie viele Hausfrauen für sich gewinnen konnte. Sie hat einen Beitrag zur Entwicklung des Bewußtseins dieser Frauen geleistet, besonders der Frauen, die durch die Tradition stark in der palästinensischen Gesellschaft eingebunden sind. Ihre Beteiligung am nationalen Befreiungskampf zeigt sich an ihrer Teilnahme an Sitzstreiks, Märschen, Demonstrationen und Solidaritätsaktionen für die Familien der Gefallenen und Gefangenen, in ihren zahlreichen Unterstützungen der Jugendlichen und Frauen. Wir in der Union sehen es als großen Erfolg an, daß wir diese Frauen mobilisieren konnten und daß sie sogar ihren Töchtern die Möglichkeit gaben, sich zu organisieren. Alles dies erfordert einen langen und mühsamen Kampf von uns, der konkrete Programme, konkrete Formen und die verschiedensten Mittel beibehalten muß.

Eine weitere wichtige Aufgabe, die die Union verfolgt, ist, die palästinensische Frau auf ihre Funktion und Rolle im Produktionsprozeß aufmerksam zu machen und sie daran zu beteiligen. Diese Beteiligung führt zu ihrer finanziellen Unabhängigkeit und trägt zu ihrer gesellschaftlichen Befreiung bei. Um dieses Ziel zu erreichen, richtet die Union viele berufsbildende und auch handwerkliche Kurse in den Lagern, Dörfern und Städten ein.

Die palästinensische Frau soll einen Beruf erlernen, der dazu beiträgt, daß sich ihre Persönlichkeit entwickelt und daß sie aus ihrem eingeschränkten Leben, das auf ihr Haus begrenzt ist, heraustritt und zu einer produktiven Rolle in der Gesellschaft gelangt. Wir streben danach, alle durchgeführten Kurse zu einem späteren Zeitpunkt in Produktionszentren umzufunktionieren - nicht nur, um das Bewußtsein der Frau zu stärken und ihre finanzielle Unabhängigkeit zu sichern, sondern zusätzlich, um die allgemeine ökonomische Situation der palästinensischen Massen zu verbessern und eine lokale nationale Produktion aufzubauen, die dann auf die israelische Regierung in verschiedene Richtungen Druck ausüben kann.

Die Union palästinensischer Frauen-Komitees arbeitet desweiteren auf gewerkschaftlicher Ebene. Sie tritt an die Arbeiterinnen in den Fabriken und Betrieben heran und versucht, diese über ihre Rechte aufzuklären, um jede Form der Ausbeutung abzuschaffen, so z.B. ihre Rechte auf gleiche Anzahl der Arbeitsstunden und gleiche Bezahlung wie der Mann oder ihr Recht auf bessere Arbietsbedingungen auch in gesundheitlicher Hinsicht.

Es soll desweiteren darauf hingearbeitet werden, daß die Arbeiterinnen sich einer Gewerkschaft, einer Organisation anschließen. Die Union versucht, das politische Bewußtsein der Arbeiterinnen zu wecken und zu stärken, da sie als Teil der Gesellschaft genauso wie andere Bevölkerungsschichten am politischen Prozeß teilnehmen sollen. Dies wird durch soziale und politische Programme, Vorträge etc. erreicht.

Im Hinblick auf die Arbeiterinnen konnten von der Union bereits einige Ziele erreicht werden. So war es möglich, eine große Anzahl an Arbeiterinnen zu gewinnen und in den Frauenorganisationen und der Union zu organisieren. Was die Arbeitsbedingungen und Rechte der Frauen betrifft, konnte durchgesetzt werden, daß der Frauentag (8.3.) und der Tag der Arbeit (1.5.) für einen Großteil der Frauen ein bezahlter Urlaubstag geworden ist.

Auf gesundheitlicher Ebene hat die Union palästinensischer Frauen-Komitees bereits viele Projekte durchgeführt, so z.B. Kurse zur Ernährung und Gesundheit, Erste Hilfe, Hausmedizin, Kindererziehung und Umweltschutz. Die Frauen in den Kursen sollen dazu befähigt werden, ihren Kindern eine gesunde und richtige Erziehung zukommen zu lassen, denn diese Kinder werden später einen schweren und erbitterten Kampf führen müssen.

Neben der Teilnahme an den Volkskomitees, die sich in gesellschaftlichen Produktions- und Bildungskomitees konkretisieren, leisten die Studentinnen und Schülerinnen der Union ihre Arbeit an den Bildungsinstitutionen. Ziel ist dabei die Demokratisierung und Nationalisierung der Bildungsinstitutionen. Nationalisierung des Bildungssystems bedeutet z.B. die Anschaffung von Büchern zum Palästina-Problem und der palästinensischen Kultur. Die Zionisten versuchen dies mit dem Ziel zu verhindern, den Palästinensern und Palästinenserinnen Informationen über ihr eigenes Land, ihre eigene Kultur und ihre Geschichte nicht zukommen zu lassen. Demokratisierung der Bildungsinstitutionen bedeutet, daß jeder Palästinenser und jede Palästinenserin ein Recht auf Bildung in den Universitäten usw. hat. Die Besatzungsmacht arbeitet auf die Verhinderung des patriotischen Charakters der Universitäten hin. Sie versucht dies durch eine starke Erhöhung der Studiengebühren zu erreichen. Damit sollen die armen Schichten der palästinensischen Bevölkerung, die ja die Mehrheit darstellen, am meisten unter der Besatzung leiden, aber auch gleichzeitig die Hauptstütze der Revolution bilden, von den Universitäten ausgeschlossen werden. Die Studentinnen nehmen an den verschiedensten Kampfformen auf studentischer Ebene teil, so an Veranstaltungen, Demonstrationen, Sitzstreiks und an der hochschulpolitischen Arbeit, die sie gemeinsam mit den Männern leisten.

Innerhalb der Union arbeitet auch eine Gruppe von Frauen, deren Aufgabenbereich darin liegt, Verbindungen mit Frauenorganisationen und vereinen in der ganzen Welt aufzunehmen, um Diskussionen zu führen, Erfahrungen auszutauschen und auf das Palästina-Problem aufmerksam zu machen.

All diese Aktivitäten der Union verfolgen das Ziel, die Frau für die politische Arbeit und die Teilnahme am nationalen Befreiungskampf zu mobilisieren.

Die Rolle der palästinensischen Frau bei der Organisierung und Fortführung des Volksaufstandes

Die Beteiligung der palästinensischen Frau am Befreiungskampf hat sich in ihrer politischen Arbeit gezeigt. Jetzt im gegenwärtigen Volksaufstand konkretisiert sich ihre Beteiligung in einer äußerst offensichtlichen und produktiven Form.

Es wird deutlich, daß die palästinensische Frau im Prozeß der Befreiung eine sehr wichtige Roolle spielt, daß sie politisiert ist und in der direkten Konfrontation mit der zionistischen Besatzung steht.

Die Frauen nehmen nicht nur an Demonstrationen, Streiks und Märschen teil, sondern sie organisieren auch diese selbst und setzen sie dann in die Tat um, sie treten der Besatzung entgegen, um alle zionistischen Lösungsvorschläge zu vereiteln und die Politik der "Eisernen Faust" zu bekämpfen.

Was z.B. die Gefangenenstreiks im Volksaufstand betrifft, die 21 Tage dauerten, war die Union palästinensischer Frauen-Komitees die Initiatorin unter den Frauenorganisationen bei der Durchführung von unbegrenzten Sitzstreiks, an denen sich die Frauenverbände und -organisationen, sowie Mütter, Schwestern, Kinder und Frauen der Gefangenen und Märtyrer beteiligten. Von den Rotkreuz-Zentren aus, in denen die Sitzstreiks durchgeführt wurden, fanden dann zusätzlich Demonstrationen und Märsche statt, um in die direkte Konfrontation mit der Besatzungsmacht zu treten, um den Druck auf die Gefangenen zu schwächen, sich mit ihnen zu solidarisieren und um einen Beitrag zur Erfüllung der Forderungen der Gefangenen zu leisten.

Der jetzige Volksaufstand ist eine Steigerung aller vorangegangenen Aufstände und Aktionen. Er weist besondere Merkmale auf, die in ihrer Form und in ihrem Ausmaß einzigartig sind und so zuvor noch nicht aufgetreten waren. Die Frau als Teil des Widerstandsprozesses wirkt daran aktiv mit.

Neu ist an diesem Aufstand die Gründung der Vereinigten Nationalen Führung des Volksaufstandes. Sie führt den Volksaufstand auf allen Ebenen. Von ihr aus wurden Volkskomitees gegründet, die den Widerstand organisieren und stützen, so daß der Aufstand weitergeführt wird.

Die palästinensische Frau nimmt selbstverständlich daran teil. So sind die Frauen in den Komitees zur Koordinierung des Widerstandes vertreten. Es sind die Frauen, die den Widerstand auf den Straßen organisieren, die auf den Demonstrationen mitwirken, die Straßensperren errichten etc. Mädchen und junge Frauen stellen sich in den Demonstrationen dem Feind entgegen, stehen in den vordersten Reihen und werfen mit Steinen. Aber auch ältere Frauen besonders im Gaza-Streifen beteiligen sich an den Demonstrationen. Sie spielen eine wichtige Rolle dadurch, daß sie sich direkt vor die Soldaten stellen, wenn diese Jugendliche festnehmen oder schlagen wollen, daß sie Wassereimer zum Löschen der geworfenen Tränengasbomben mit sich tragen oder daß sie Jugendliche in ihren Häusern verstecken.

Die Frauen leisten zudem einen bedeutenden Beitrag im Volksaufstand durch die Gründung von Komitees, die dafür zuständig sind, Spenden zu sammeln, davon Lebensmittel zu kaufen und die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung aufrechtzuerhalten. Die Komitees kaufen Nahrungsmittel ein, bringen sie dann in die einzelnen Dörfer, geben die Rationen in jeweils zwei bis drei Häusern des Dorfes ab, von wo aus sie dann an die bedürftigen Familien verteilt werden.

Die Union führt jeden Winter Aktionen durch, so das Sammeln von Spenden und Kleidern, das Einkaufen und Verteilen von Lebensmitteln an bedürftige Familien. Während des gegenwärtigen Volksaufstandes dienen diese Aktionen gezielt der Unterstützung und Aufrechterhaltung des Volksaufstandes.

Die Erklärung der Union für die Tatsache, daß im gegenwärtigen Volksaufstand insgesamt mehr Männer als Frauen verhaftet und gefoltert werden, ist, daß die zionistische Besatzungsmacht die besondere Stellung der Frau in der arabischen Gesellschaft erkannt hat. Es ist nicht etwa so, daß sie die Rolle der palästinensischen Frau im Kampf gegen die Besatzung unterschätzt, sondern sie will vermeiden, die palästinensische Frau noch weiter zu "revolutionieren", genauso wie sie vermeiden will, daß sich durch Repressalien gegen die Frauen die Aggressionen und der Haß von seiten des palästinensischen Mannes gegenüber der Besatzung verstärken. Der Aufstand wird jedoch fortgeführt werden, solange es eine Besatzungsmacht gibt; selbst wenn eine relative Ruhephase eintreten sollte, heißt das nicht, daß die palästinensischen Massen aufhören werden zu kämpfen. Denn das palästinensische Volk leidet seit jeher und natürlich leidet die palästinensische Frau ebenso wie der Mann. Das gegenwärtige Leid stellt nur eine Fortsetzung dar. In der momentanen kritischen Situation führte das zu einer starken Solidarität und einem ausgeprägten Empfinden der Verbundenheit unter den Massen. Wenn z.B. die Vereinigte Nationale Führung zu einem Generalstreik aufruft, so wird er von allen befolgt, aber er wird ebenso befolgt, wenn zur Unterbrechung für ein bis zwei Stunden aufgerufen wird, damit sich die Massen mit den Grundnahrungsmitteln versorgen können. Die Menschen gehen in dieser Zeit in die Geschäfte und kaufen nur das Nötigste ein. Dabei bricht keine Panik aus, in der jeder versuchen würde, so viel wie möglich für sich zu kaufen, um nicht zu verhungern oder an Knappheit zu leiden. Verbundenheit und Solidarität zeigt sich auch, wenn in einem Dorf oder einem Lager eine Familie genügend Nahrungsmittel hat, während die Nachbarsfamilie an Mangel leidet: Die Familie hilft dann der anderen.

Die Realisierung der Parolen und Ziele der Vereinigten Nationalen Führung verkörpert unsere Bestrebungen in dem Aufstand. Diese dienen dem strategischen Ziel des Rückzugs der israelischen Besatzung und der Errichtung eines unabhängigen Staates. In unserem Kampf gibt es momentane Ziele und Forderungen, wie den Stopp des Siedlungsbaus, die Freilassung der Gefangenen, die Abschaffung aller Internierungslager, die während des Volkaufstandes errichtet wurden und den Boykott aller israelischen Waren. Dazu kommen noch einige Etappenziele, wie die Herauskristallisierung eines einheitlichen Kampfes in allen Schichten der Bevölkerung der besetzten Gebiete.

In diesem Sinne hat die Union palästinensischer Frauen-Komitees einen Plan ausgearbeitet, nach dem alle Frauenorganisationen vereint werden sollen. Dieser Plan wurde von vielen patriotischen Kräften und auch von den politischen Gefangenen unterstützt. Zur Zeit liegt von seiten der Frauenorganisationen jedoch noch keine konkrete Rückmeldung vor.

Insbesondere in der momentanen Etappe ist die Mobilisierung aller Schichten der Bevölkerung für die Realisierung der angestrebten Ziele erforderlich, denn diese sind nicht leicht zu realisieren. Sie erfordern einen langen und konzentrierten Kampf und ein einheitliches Vorgehen. In der Tat zeigt der gegenwärtige Volksaufstand eine große Verbundenheit in der ganzen Bevölkerung. Das gesamte Volk ist bereit, vereint gegen die Besatzung zu kämpfen und jeder tut dies im Rahmen seiner Möglichkeiten.

III

Die Rolle der palästinensischen Frau in der Zukunft

Auch hat die Union palästinensischer Frauen-Komitees die Frauen aufgerufen, Kleider, Pullover und Jacken zu stricken, die dann an die Gefangenen in den Gefängnissen verteilt werden. Viele Frauen beteiligen sich an dieser Aktion, unabhängig davon, ob sie selber einen Sohn oder eine Tochter haben, der/die inhaftiert ist.

Überhaupt ist die Solidarität mit den betroffenen Familien, in denen ein Familienmitglied verhaftet, gefallen oder verwundet ist, ein wichtiger Arbeitsbereich der Frauen. Die betroffenen Familien erhalten von der Union materielle Hilfe und werden moralisch unterstützt. Solche Solidaritätsaktionen finden zum gegenwärtigen Zeitpunkt verstärkt statt, sie wurden aber auch schon vor dem Aufstand durchgeführt. Auch früher schon sind betroffene Familien während des Märtyrertags und des Gefangenentags besucht und mit symbolischen Geschenken und kleinen Gaben moralisch unterstützt worden.

Eine weitere wichtige Rolle spielt die palästinensische Frau bei der medizinischen Versorgung in den Lagern und Dörfern. Die Arbeit der Komitees zur ärztlichen Versorgung gestaltet sich als sehr schwierig, da sie nur in der Zeit während der Aufhebung der Ausgangssperren, die über die Lager und Dörfer verhängt werden, möglich ist. In den wenigen Stunden, in denen die Ausgangssperren aufgehoben sind, fahren die Ärztinnen und Krankenschwestern zusammen mit den Ärzten in die Lager und Dörfer, versorgen die Verwundeten und Kranken und verteilen Medizin. Das alles erfolgt kostenlos.

Was die Repressalien und Unterdrükkungsformen der zionistischen Besatzungsmacht betrifft, so macht sie keine Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Dies zeigt sich im gegenwärtigen Volksaufstand und in früheren Zeiten, in denen auch viele Frauen gefallen sind und mit scharfer Munition beschossen wurden, so z.B. Lina Al-Nabilsi und Tagrid Al-Batma und im gegenwärtigen Volksaufstand Wahda Al-Herbawi und viele andere. Administrativhaft, Folter und Verhaftungen aufgrund von Verdächtigungen, angeblichen Sicherheitsgründen oder politischen Gründen werden auf die palästinensische Frau ebenso angewendet wie auf den Mann.

So wurde z.B. vor einiger Zeit die Generalsekretärin der Union palästinensischer Frauen-Komitees, Maji Mari, für 6 Monate in Administrativhaft genommen, gefoltert und mißhandelt, obwohl sie schwer krank ist und an Gallenkoliken leidet. Ärztliche Versorgung wurde ihr vorenthalten.

Der alltägliche Kampf der palästinensischen Frau ist nur als Teil des Kampfes zur Befreiung der Gesellschaft, der Befreiung von allen Formen der Unterdrückung, insbesondere der durch die zionistische Besatzung zu verstehen. An diese Phase der nationalen Befreiung wird sich die Phase der Errichtung eines palästinensischen volksdemokratischen Staates Palästina anschließen. Selbstverständlich bedarf es in der Phase der nationalen Befreiung der Beteiligung aller patriotischen, revolutionären Kräfte auf der palästinensischen Ebene, die ein wirkliches Interesse daran haben, diesen Staat auf einer klaren strategischen Grundlage zu errichten. Auf wirtschaftlicher wie auf gesellschaftlicher Ebene, also auf allen Ebenen, incl. der Frage der Religion, die es in diesem Staat geben wird.

Was die Rolle der palästinensischen Frau in dem zukünftigen palästinensischen Staat betrifft, so stellt sich die Frage, ob sie Angst oder Bedenken anmelden muß. Das Bestreben der Frau geht nicht allein dahin, am Kampfprozeß teilzunehmen. Ihre Teilnahme stellt nur den Anfang einer ernsthaften Arbeit im Rahmen dieses Staates dar. So eine Arbeit ist nur möglich, wenn es eine fähige patriotische Führung gibt, die der palästinensischen Frau ihre richtige Rolle und Stellung in der Revolution, im gesamten Kampfprozeß und später in dem eigentlichen Staat zuweist.

Die algerische Frau z.B. hat aktiv an der Revolution in Algerien teilgenommen, fast alle algerischen Frauen beteiligten sich am bewaffneten Kampf. Es hätte erwartet werden können, daß die Frau die gesamten Errungenschaften, die sie vor und während der Revolution erkämpft hatte, behalten würde. Aber es fehlte eine Führung, die während der Revolution dazu verhalf, daß die Frauen ihre Rolle verändern konnten. Das Ergebnis war, daß die algerische Frau wieder 100 Schritte zurückging. Heute unterscheidet sich die Situation der algerischen Frau trotz ihrer aktiven Beteiligung an der Revolution nicht von der der anderen arabischen Frauen.

Was die palästinensiche Frau betrifft, so arbeiten wir schon jetzt daraufhin, die Frauen über ihre richtige Position aufzuklären. Wir führen einen Kampf gegen alle Formen der Unterdrückung und treiben den umfassenden Aufbauprozeß voran, mit dem Ziel, die Befreiung und den Sieg gemeinsam mit dem Mann zu erreichen.

RARA

(Revolutionäre Anti-Rassistische Aktion)

eränderungen werden nicht herbei-
skutiert. Veränderungen müssen er-
impft werden. Erkämpft durch hier -
ı imperialistischen Westen - den
ngriff auf alle ökonomischen, politi-
hen und militärischen Institutionen,
e hier und woanders Unterdrückung
möglichen. Das ist die Gemeinsamkeit
ısres Kampfes, unsre einzige Per-
ektive und unsre bedingungslose So-
darität mit dem schwarzen revolu-
onären Kampf in Südafrika, der so
utig erkämpft werden muß. Unter-
ützt die Revolution in Südafrika und
ldet eine Front in Westeuropa (Er-
ärung RARA, 17.5.85).

ARA praktiziert das jetzt schon
ehrere Jahre. Anschläge auf holländ-
sche Multinationals, die mit dem
dafrikanischen Apartheidsregime
ollaborieren. SHV, Shell und Van Leer
erden sei '85 angegriffen, wodurch
ch zumindest SHV gezwungen sah,
ch aus SA zurückzuziehen (der
haden bei SHV betrug 120 Millionen
ilden). Außer RARA sind im militan-
n revolutionären Kampf in den letz-
n Jahren mehrere Gruppen aktiv.
volutionäre Zellen, Autonome Grup-
n und unterschiedliche Kommandos,
e, immer mit neuen Namen, gegen die
ympischen Spiele, Südafrika und
tyforming operieren.

ıs der Besetzerbewegung entwickelte
ch so ein Bewußtsein des Zusam-
nhangs in der weltweiten Unter-
ückung und Ausbeutung. Die prak-
sche und inhaltliche Machtlosigkeit
ırde vor allem mit diesen Aktionen
rchbrochen.

e ganze Zeit (85-88) ist es dem
llenapparat nicht gelungen, Leute zu
rhaften, Prozesse zu führen oder
ute zu verurteilen. Sie dachten, mit
eitgehender Automatisierung, Obser-
tionen, dem Gründen von speziellen
ams mit langfristigem Auftrag und
m Studium von Bullentaktiken -
uptsächlich aus der BRD - einen
rchbruch zu erzielen. Das resultierte
it 87 in der Gründung einer Super-
lizei gegen den sogenannten politi-
hen gewalttätigen Aktivismus, unter
m Namen Landelijk Coordinatie Team
CT). Zu Anfang als ein Experiment
r die Dauer von zwei Jahren ge-
cht, stehen sie unter enormen

Am 11.4. fand in Amsterdam eine Großrazzia statt. Drei Frauen und fünf Männer wurden verhaftet, einer konnte entkommen. Lange Hausdurchsuchungen, bei denen vor allem persönliches Material, Werkzeug, Computer und Klamotten mitgenommen wurden.

Druck, Resultate zu liefern, um so ihre Position politisch zu rechtfertigen und einen kontinuierlichen Charakter zu bekommen. In der Zwischenzeit kamen ab und zu ein paar Informationen über ihre Arbeitsweise an die Öffentlichkeit. Vor allem über deren Ideen über einen sogenannten 'harten Kern', der mit den meisten militanten Aktionen zu tun haben soll. Darin erkennen wir eine Bullentaktik, die in ganz Westeuropa ausgetauscht und angewandt wird.

Die Bullen und die bürgerlichen Medien jubelten, daß nun der harte Kern der RARA aufgerollt sei. Das LCT hatte nach der Klärung der Entführung des Großindustriellen G.J. Heijn am 6.4. innerhalb einer Woche den zweiten 'Erfolg' verbucht. Die Arrestanten wurden sofort über acht verschiedene Bullenwachen verteilt und intensiv verhört; täglich 8-10 Stunden von zwei Rechercheuren des LCT. Aus den Verhören wurde jedoch, angesichts der Tatsache, daß sie nur über persönliche Dinge geführt wurden, schnell deutlich, daß sie keine konkreten Beweise hatten. Sie hofften, mit den schweren Verhören und den Hausdurchsuchungen einen Durchbruch in der langen Liste militanter Aktionen zu erzielen. Alle acht Arrestanten ließen sich jedoch nicht beeindrucken und blieben schweigsam. Nach vier Tagen wurden fünf Leute wieder freigelassen. Nach zehn Tagen noch zwei. Jetzt, am 22.4., ist der letzte Arrestant zu einem langen Vorarrest verurteilt, 'wegen der Untersuchung', wahrscheinlich bis zu seinem Prozeß.

Seit der Razzia gilt absoluter Informationsstop; es wird immer deutlicher, daß es keine Beweise gibt. Die Bullen reden in Terminen von deutlic[illegible] technischen Spuren und Hinweisen, sie haben das bis jetzt jedoch noch nicht konkretisiert.

Der Apparat versuchte uns von den Gefangenen zu trennen, wir stellten dem was gegenüber: Es wurden jeden Abend mit vielen Leuten Solidaritäts- und Krachdemos bei allen Bullenwachen, wo sie saßen, gehalten. Auch wurden im ganzen Land Sabotageaktionen bei Shell Tankstellen durchgeführt. Innerhalb von zehn Tagen wurde eine Broschüre herausgebracht, um den Infostop von unsrer Seite aus zu durchbrechen und am 21.4. gab's eine Demo mit ca. 600 Leuten durch Amsterdam. Gemeinsamer Inhalt der Demo war für uns, den militanten Kampf gegen Apartheid und Rassismus in Westeuropa fortzusetzen und die Forderung, die Gefangenen freizulassen. Die Demo wurde nicht angemel[illegible] und verlief kämpferisch und lebendig, wobei sich die Bullen im Hintergrund hielten.

Langsam aber sich konnten wir die Initiative wieder zurückerobern, und erleidet das LCT eine politische Niederlage. Trotzdem gibt es keinen Grund, übermütig zu sein, angesichts der Schwierigkeiten und Zersplitterungen innerhalb der 'Bewegung' in den letzten 6-7 Jahren.

Dieser Artikel ist als kurze und aktuelle Information gedacht: Wir sind gerade damit beschäftigt, die herausgebrachte Broschüre zu übersetzen.

Peter Riepold im Hungerstreik

Unser Freund und Genosse Peter Riepold, 31 Jahre, befindet sich seit dem 11.4. wieder in Haft. Er hat bereits 10 Jahre Haft in den verschiedensten Gefängnissen der BRD hinter sich. Seit September '87 befand er sich wieder in Freiheit. In den 10 Jahren Knast war er den "hohen Herren" von Justiz und Strafvollzug ein Dorn im Auge, ein renitenter, aufmüpfiger Gefangener, der sich gegen das Unrecht zur Wehr setzte, sich politisch betätigte. So war er etwa maßgeblich an der Entstehung eines unabhängigen Gefangenenrates im Mannheimer Knast beteiligt.

Am 11.4. wurde er mit Haftbefehl aus Hamburg an seinem gemeldeten Wohnsitz festgenommen. In der JVA Ossendorf wurde seiner Freundin der Besuch verweigert, sogar dem Anwalt. Am 18.4. wurde er dann in das Untersuchungsgefängnis Hamburg verlegt. Jeder Besuch wird ihm weiterhin verwehrt. Er bekommt keine Nachrichten, keine Zeitung. Er liegt 23 Stunden am Tag auf der Zelle, 1 Stunde Hofgang; d.h. faktische Isolation. Bis heute hat sein Anwalt keine Akteneinsicht erhalten. Von den zehn Briefen, die er abgesandt hat, haben nur sieben den Empfänger erreicht, der Rest wird von der Zensur zurückgehalten. Peter befindet sich seit dem 21.4. im Hungerstreik. Seine Erklärung hierzu wurde jedoch ebenfalls von der Zensur unterschlagen. Es ist aber davon auszugehen, daß sich sein Protest gegen die beschriebenen Zustände richtet.

Wir fordern mit Peter: Sofortige Aufhebung der Einzelhaft! Unbeschränktes Informationsrecht! Sofortige Erteilung der Besuchserlaubnis! Keine Zensur der Briefkontakte! Akteneinsicht für den Anwalt!

Schreibt ihm: Peter Riepold, Am Holstenglacis 3, 2000 Hamburg 36 (Diese Angaben sind aus einem Flugi vom April, neuere und weitergehende Infos über Peters Situation fehlen uns, d.S.)

Erklärung zum Hungerstreik mit Beginn vom 21.4.1988

Ab dem heutigen Tag trete ich in einen unbefristeten Hungerstreik. Dieser beginnt ab der Frühstücksausgabe und endet, wenn sich faktisch etwas Wesentliches an meiner Situation ändert.

Seit dem 11.4.88 werde ich wegen Tatverdacht - unter falscher Anschuldigung und einer fadenscheinigen Begründung - in Haft gehalten. Wobei ich ohne Vorwarnung aus meinem sozialen Umfeld gerissen wurde.

Ferner wurde es mir bis heute nicht ermöglicht, persönlich, in Begleitung eines Rechtsbeistandes, gegen diese gegen mich erbrachten Anschuldigungen Stellung zu nehmen.

Meine Anträge an den jeweils zuständigen Sozialdienst wurden entweder überhaupt nicht beschieden, oder, wie hier im Untersuchungsgefängnis Hamburg, negativ! Nach Auskunft des Sozialarbeiters Herrn Ritter könnte ich einen Antrag an den Richter stellen. Da meine Freundin einen Anwalt beauftragt hat, kann ich dies nur telephonisch abklären, da der von ihr beauftragte Anwalt (aus Köln) einen weiteren Anwalt (aus Hamburg) hinzugezogen hat, der dann letztendlich meine Verteidigung wahrnimmt. Dessen Name ist mir aber noch nicht einmal geläufig. Denn bis zum heutigen Tage hat mich noch kein Brief von ihr erreicht, auch durfte ich bisher keinen Besuch von ihr empfangen. Dies bedeutet faktisch, daß ich seit meiner Festnahme ohne jeglichen Kontakt zur Außenwelt stehe und ist gleichzusetzen mit Isolationshaft. Das Prinzip der Gleichmäßigkeit und Verhältnismäßigkeit ist nicht gewährleistet.

Meine Entscheidung für diesen Widerstand ist nicht nur eine Politische, sondern auch eine Soziale. Denn auch der soziale Konsens gilt nicht mehr.

Ich bin nicht gewillt, dies weiter hinzunehmen und trete deshalb mit Beginn der heutigen Frühstücksausgabe in einen unbefristeten Hungerstreik. Die daraus entstehenden Konsequenzen tragen alle Verantwortlichen. Der Hungerstreik wird solange fortgesetzt, bis nachstehende Forderungen erfüllt sind.

Forderungskatalog nach Vier-Punkte-System:

1) Sofortige Ermöglichung der Kontaktaufnahme des von meiner Freundin beauftragten Rechtsanwaltes.
2) Anhörung vor dem zuständigen Haftrichter, um gegen die erhobenen Anschuldigungen Stellung beziehen zu können.
3) Überprüfung und Streichung der fadenscheinigen Begründungen im Haftbefehl - womit meine Inhaftierung gerechtfertigt wurde.
4) Aufhebung des Haftbefehls und unverzügliche Freilassung.

Peter Riepold

§ 129a - Prozess in München

Ab dem 9. November findet vor dem Bayer. Obersten Landesgericht in München ein Prozess gegen eine Genossin und einen Genossen wegen Unterstützung der RAF nach § 129a statt. Der Prozess ist auf 12 Tage festgesetzt. Den beiden wird vorgeworfen sie hätten eine „Veranstaltung zur Situation der politischen Gefangenen in der BRD" organisiert. Diese Veranstaltung fand am 4.11.1986 in der Münchner Gaststätte Zunfthaus statt und wurde kurz nach Beginn von der Polizei aufgelöst. Sämtliche 113 Besucherinnen wurden dabei erfasst und durchsucht.

Madrid: Polizei überfällt Hausbewohner

Geo (Grupos especiales Operativos), eine mit der GSG 9 vergleichbaren Spezialeinheit, griffen am 23. Mai gegen 4.40 Uhr zwei Häuser und eine Bar in Leganes, einem Vorort vor Madrid an. Sie waren auf der Suche nach dem "Kommando Madrid", das seit über 90 Tagen den Industriellen Emiliano Revillo festhält.

In einem der Häuser befand sich eine leerstehende Wohnung. Dies und der Umstand, daß eine vertrauliche Mitteilung, es sei ein Auto in der Nähe der Bar mit gefälschtem Nummernschild gesehen worden, veranlaßte die Sicherheitskräfte, 40 Polizeibeamte, darunter 12 Mitglieder der GEO, eines der Häuser zu stürmen. Das Einsatzkommando hatte den Befehl, auf alles zu schießen, was sich bewegte.

Die Türen wurden gesprengt oder mit Maschinenpistolen aufgeschossen. Die Enkelin des Hausbesitzers öffnete, als sie den Krach vor dem Haus hörte, das Fenster, und wurde dabei von Kugeln in den A[illegible] getroffen. Francisco Rodriguez erlitt einen Herzanfall und seine Frau einen Nervenzusammenbruch, als die Polizei sie verhörten.

Am 24. Februar wurde der Industrielle vom ETA-Kommando Madrid entführt. Seitdem hat die spanische Polizei verschiedene Aktionen zur Auffindung und Aushebung des "Volksgefängnisses" durchgeführt.

Am 10. März durchkämmten 50 Polizisten den madrilenischen Stadtbezirk Alcorgen mit dem selben fruchtlosen Ergebnis durch.

Am 26. April hat die französische Polizei die Übergabe von 725 Mio. Pesetas an die ETA verhindert.

DVU-Großkundgebung in Passau

München. Auch die diesjährige Großveranstaltung von Freys „Deutsche Volksunion" (DVU) wird aller Voraussicht nach in Passau stattfinden. Nachdem sich die Stadt Passau geweigert hatte, der DVU die Nibelungenhalle zu nennen, zog diese vor das Verwaltungsgericht Regensburg und bekam dort Recht. Jetzt verweigert die Stadt Passau der DVU die Halle mit der Begründung, daß sie keine Partei sei. Damit wird sie kaum durchkommen, zumal in diesem Jahr die DVU/Liste D als Veranstalter auftritt, die dort ihren Europa-Wahlkampf eröffnen will. Jedenfalls ruft die DVU ihre Mitglieder und Sympatisanten auf, sich den 18. September (Sonntag) auf jeden Fall freizuhalten. Antifaschistische Gegensaktionen werden dann ebenfalls stattfinden. Geplant ist bis jetzt eine Demonstration am 18.9 die um 9.30 am Rathaus-Platz beginnt und zur Nibelungenhalle führen soll.

Termine

10.9.88 Straßenfest gegen die Reichen
München Gollierplatz.

16.9.88 Anti IWF/Weltbank-Demo
München 16 Uhr „Münchner Freiheit"

7.9.88 Demo weil vor 70 Jahren in München die Bayerische Räterepubik ausgerufen wurde
München abends Theresienwiese

Hausbesetzung in Madrid

Über 50 Leute besetzten nach einer Häuserdemo, bei der es zu schweren Auseinandersetzungen mit der Polizei kam, eine leerstehende Mazda-Fabrik. Die Parole der Besetzung heißt: "Gegen den Staat, seine Gewalt, unseren Widerstand". Die Fabrik hat 3 Stockwerke und soll als Kulturzentrum mit politischen Aktivitäten genutzt werden.

Aus "El Pais", 24.5.88

GEDICHTE AUS DEM WIDERSTAND

Sturmvogel

Signale aus unserem täglichen Widerstand 1

SIGNALE
AUS UNSEREM
TÄGLICHEN WIDERSTAND

Band 1
STURMVOGEL

Band 2
GEGEN DEN STROM

je 3,80 DM
incl.Porto
in Briefmarken

Karsten Pinke
Sturmvogel-Verlag
Besserstr.77
4630 Bochum

Gegen den Strom

Signale aus unserem täglichen Widerstand 2

ARBEITSERGEBNISSE DER
LIBERTÄREN TAGE

Endlich sind sie erschienen: Die Arbeitsergebnisse der Libertären Tage Ostern '87 in Frankfurt. Diese und die Arbeitsmappe (Reader) sind nur gegen Vorauszahlung erhältlich beim:

Libertären Zentrum
Kriegkstr. 38
6000 Frankfurt

Die Arbeitsergebnisse kosten 3,-DM + 0,70 Porto und die Arbeitsmappe (Reader) 5,-DM + 1,-DM Porto.
Zahlbar mit Schecks, in Briefmarken oder durch Überweisung (war uns am liebsten) auf folgendes Konto:
G. Neumann (LT)
Postgiroamt Frankfurt
Nr. 500812 - 602
BLZ 500 100 60

Das ID-Archiv (Zentrum für alternative Medien) aus Frankfurt zieht um. Neue Adresse ab Mai 1988:

ID-Archiv im IISG, Kabelweg 51
NL-1014 BA Amsterdam

Neuerscheinung

Kurdistan-Rundbrief

Inhalt: Nachrichten über die Entwicklung des bewaffneten Befreiungskampfes in Kurdistan, über die Zusammenarbeit der BRD mit dem turkischen Regime, über den Widerstand in der Türkei, über die Verfolgung fortschrittlicher Türken und Kurden in der BRD und den Widerstand dagegen, über Aktionen gegen die Türkeihilfe der BRD.

Herausgeber: C.E.D.R.I., Peyka Kurdistan, Freunde des kurdischen Volkes Hamburg, Freunde und Freundinnen des kurdischen Volkes Gießen, AK Kurdistan München.

Erscheint vierzehntägig, 4 Seiten DIN-A-4, im GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1. Erstes Erscheinungsdatum: August. Ein Jahresabonnement kostet 30 DM,- DM.

Bestellungen ab sofort an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, Postfach 2601226, 5000 Köln 1.

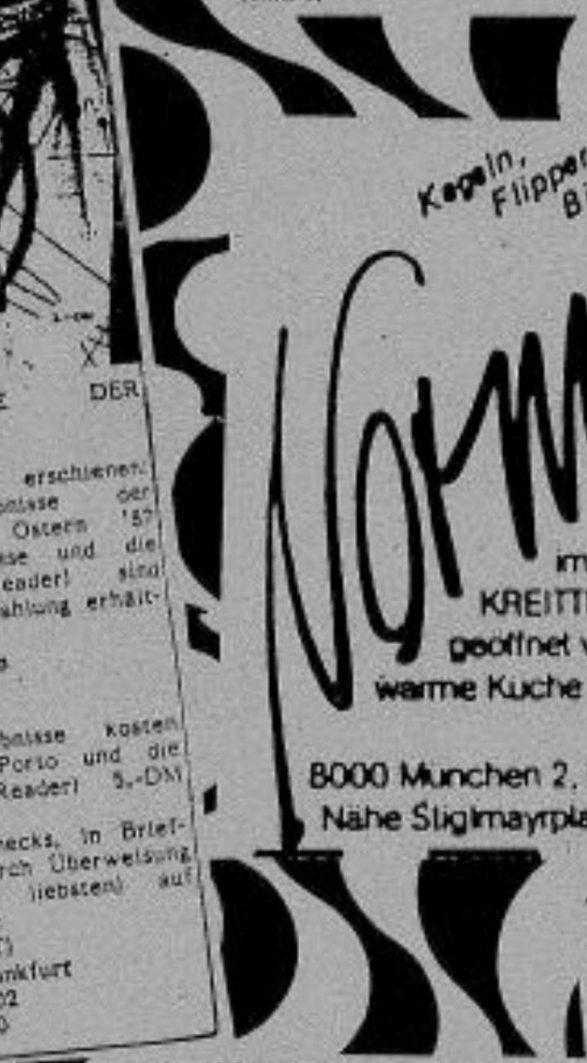
Schluß mit der Zusammenarbeit westdeutscher und türkischer Geheimdienste!

Stoppt die Aktivitäten der MIT in der BRD!

Schluß mit der Verfolgung türkischer und kurdischer Organisationen!

Herausgegeben von: Bund Westdeutscher Kommunisten, Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereine Kurdistans in der BRD (Feyka Kurdistan); Freie Arbeiterunion/Räte-kommunisten, Freunde des kurdischen Volkes Hamburg; Heviya Gel Kivilcim; Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg. Die Broschüre wird weiter unterstützt von: AKSA Antiimperialisten Köln; Arbeitskreis Kurdistan München; Bunte Hilfe Darmstadt; Freunde des kurdischen Volkes Gießen; TKP/ML

Zu beziehen über: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, Postfach 2601226, 5000 Köln 1; Preis: 1,00 DM



ABGEBRANNT

eine wiederaufarbeitung des widerstands gegen die wackersdorf 1981-88 aus autonomer sicht

- ausführliche chronologie der ereignisse
- berichte & analysen zum süddeutschen autonomiespektrum
- städtegartnerschaften
- bündnispolitik
- gewaltfrage & widerstand
- unterstützungsarbeit
- autonome politik in sozialen bewegungen u.v.m.

Bestellungen an:
Buchladen Schwarze Risse
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Bitte Vorauszahlung von DM 5,- pro Exemplar (ab 3 Stück je DM 3,-) auf Kto.-Nr. 3904701 für AKS e.V. bei: Bank für Sozialwirtschaft BLZ 10020190
Kennwort: "Broschüre"

Die neuen Knäste

Forschungsergebnisse
zum Behandlungsvollzug
Psychiatrie
Infos von Drinnen und Draussen

Zu bestellen bei

DURCHBLICK c/o Buchladen
Gneisenaustr. 2a,
1000 Berlin 61

gegen Vorkasse 3 DM

Sonderkonto
Thomas M. Lehmann
Sparkasse der Stadt Berlin West
Konto-Nr. 345 117 860
BLZ 100 500 00

oder Briefmarken

für Gefangene umsonst

- Gefängnisse gibt es auch in Deutschland und darinnen MENSCHEN, die im Widerstand mit ihrer ganzen Person stehen und daher praktische Solidarität brauchen wie zb. Korrespondenz, Briefmarken, Besuche. WIDERSTAND und UBERLEBEN gehen Hand in Hand und schließlich wollen WIR doch alle das EINE, oder? In unserer Situation liegt es an euch statt hohlem Pathos, zu handeln und Taten zu zeigen. Kontakt: Ali Yilmaz / Peter Baumann / Limburgerstr. 122/JVA, D-6252/Diez. "

Stimmung: Innenstaatssekretär Peter Gauweiler mit Polizisten, die als Randalierer kostümiert sind, bei der Vorführung der neuen Greiftrupps der bayerischen Polizei. Sie sollen bei Demonstration und bei Randale im Fußballstadion eingesetzt werden.

Gauweilers schnelle Greifer brüllen schon recht kräftig

Bei Vollmond wurde die neue bayerische Spezialtruppe vorgestellt

Von Jochen Reiss

Die Barrikade brennt. Davor hundert Vermummte in Lederklamotten. Sie brüllen „Schweine“, werfen Molotowcock-tails. Die Polizei schlägt mit einem Panzer-Fahrzeug eine Schneise in die Feuerwand, Greiftrupps sprinten vor, packen die Chaoten. Nur zwei Minuten, dann macht der „gewalttätige Störerblock“ keinen Muckser mehr. Ein bißchen hat es so ausgesehen wie Kung-fu-Fighting.

Innenstaatssekretär Peter Gauweiler präsentierte seine neuen harten Jungs, die „bayerische Antwort auf die Polizisten-Morde von Frankfurt“. Nachdem bisher alle Reporter-Anfragen, einmal einen Trainingstag der neuen Sondereinheiten beobachten zu können, abgeblockt worden waren, nun eine Vorführung für alle aus der Distanz. In der Dunkelheit „Das hat sich der Herr Staatssekretär so ausgedacht“, sagt einer vom Führungsstab.

Eine etwas eigenwillige Inszenierung bei Vollmond. Mit Blaulicht und Martinshorn werden die Journalisten vor die Tore Münchens gekarrt, „sie sollen mitbekommen, wie unseren Leuten zumute ist“. Plötzlich fliegen Holzklötzchen (statt Steine) und Eier. Eine Hundertschaft junger Polizisten hat sich Sturmhauben übergezogen oder als Punker verkleidet. Für ihre Maskerade ist ein Tag dienstfrei versprochen.

Sie haben sich Transparente gemalt. Was so dabei herauskommt, wenn junge Polizisten Demo-Sprüche klopfen: „Wir sind die wilden Horden / Wir wollen plündern und morden.“

Diese Störer haben gegen Gauweilers neue Männer keine Chance. „Hautnah“ sollen die Sondereinheiten im olivgrünen Overall mit kugelsicheren Westen, Suspensorium und Armschützern beim Motocross“ mit gelandegängigen Fahrzeugen zu den „Brennpunkten unfriedlicher Ansammlungen und Zusammenrottungen“ vorpreschen und „voll eindringen“. Sie tragen keinen Schutzschild, aber einen dicken Holzprügel. „Das ist unser Werkzeug“, sagt Hundertschaftsführer Georg Rieger.

Mit diesem „Räum- und Abdrängstock“ haben sie nach dem Vorbild der asiatischen Kampfsportart Kendo trainiert. Sie schreien laut, „das haut die innere Spannung auf und die Angst ab“. Sie zeigen, was ihnen beigebracht wurde: der Boxhieb gegen die Kehle, der Stoß in die Weichteile, der Stiefeltritt ins Gesicht.

Mindestalter der 819 so gedrillten Beamten ist 22 Jahre. Es sind ausschließlich Freiwillige, eine Zulage von 200 bis 300 Mark ist in Aussicht gestellt. Fragen nach der psychologischen Ausbildung werden nicht beantwortet.

Fest im Griff: Ein Polizist der neuen Einheit hat einen „Störer“ zu lassen bekommen. Fotos: Mike Schmalz